

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

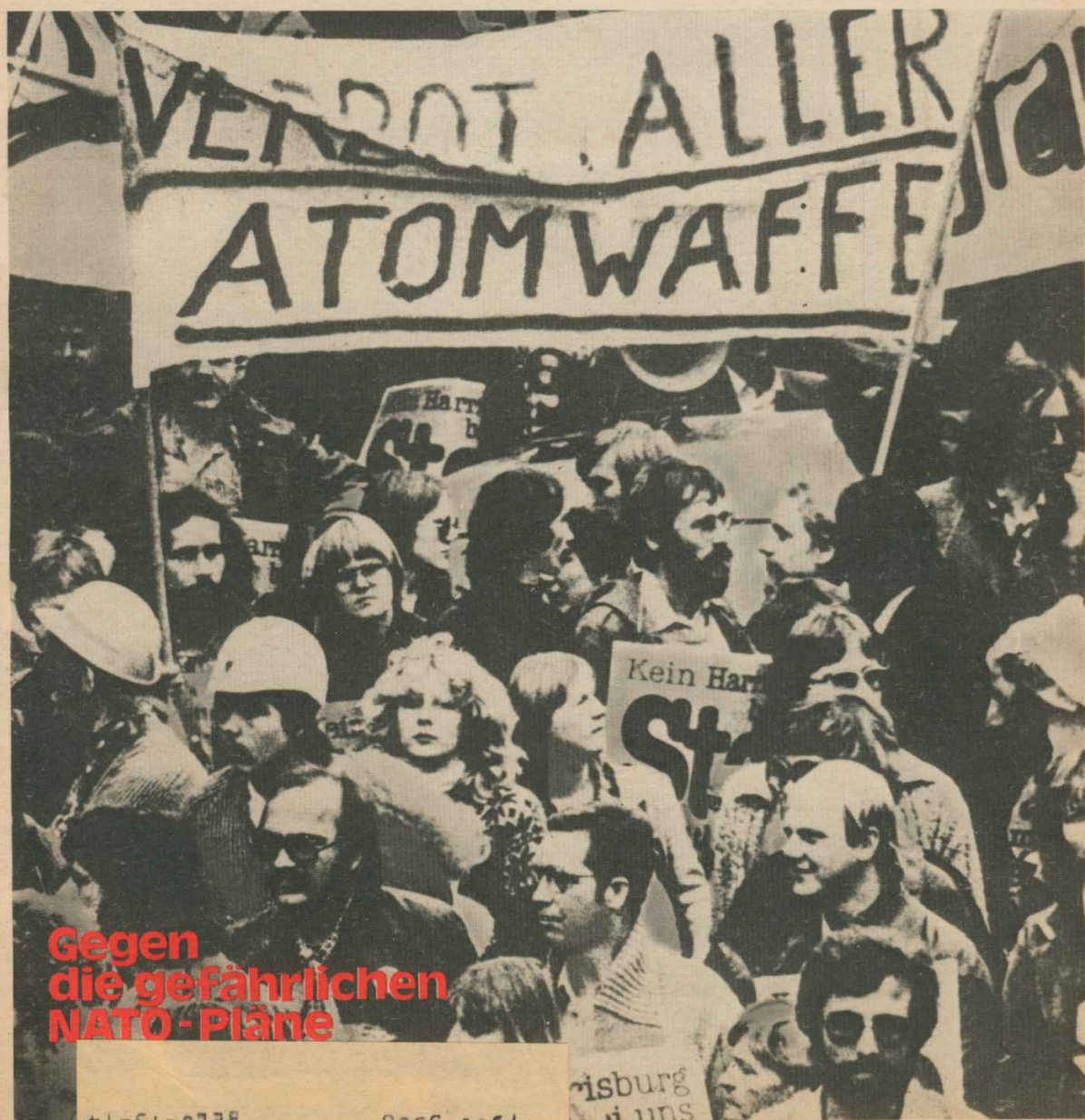
Stad- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305

JANUAR 1980

2

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum



Gegen
die gefährlichen
NATO-Pläne

14159=2 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308
BELS-13-14



Werke der Volkskunst. Sie verdanken ihr Entstehen eingebungsvollen Meistern und verschönernden Menschen ihr Heim. Auch als moderner Zimmerschmuck eignen sie sich vorzüglich, und viele können sie sich aus ihrer Umgebung nicht fortdenken. In der UdSSR wird das Kunstgewerbe aber nicht einfach deshalb gefördert, weil seine stilvollen, oft altertümlichen Erzeugnisse modern sind. Vielgestaltig in Form und Ausführung, sind sie Zeugen der Geschichte und des reichen Kulturerbes der Völker, die in der Sowjetunion beheimatet sind. Nicht ihresgleichen haben die himmelblauen Keramiken aus Mittelasien, die Spielsachen aus Pensa, die Teppiche aus Alwani, die Wologdaer Spitzen, die jakutischen Pelzsachen mit Glasperl-

In einem Saal
der Ausstellung

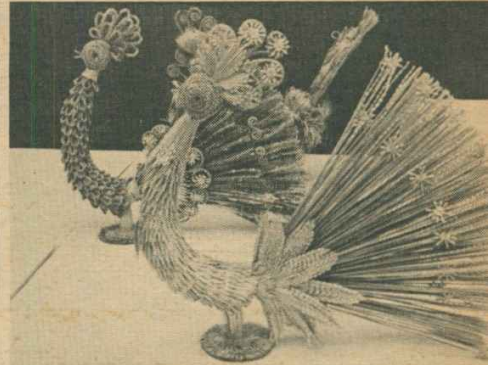
Spielzeug aus Dymkowo

Beinschnitzereien



Lettsische Puppe
in Nationaltracht

Belorussisches
Spielzeug
aus Stroh



stickerei, die aus Archangelsk kommenden Schnitzarbeiten aus gebeiztem Holz usw. usf.

Über die Volkskunst gibt es Bücher, Alben, Reproduktionen und Ansichtskarten. Solche Erzeugnisse sind auch in Museen zu finden. In den Sowjetrepubliken ist es üblich, Messen abzuhalten, auf denen Kunstgewerber ihre Erzeugnisse vorführen. Auch finden Ausstellungen der schönsten dieser Erzeugnisse statt.

Eine in Moskau eröffnete Volkskunstausstellung lockt Einwohner und Gäste der Stadt zu Tausenden an. Die 7000 Ausstellungsstücke zeugen von vielseitigem Talent, von Phantasie und viel Geschmack.

Fotos: A. Motschalin



Russische
Matrjoschkas

Bemalte
Samoware



Fragment einer
Skulptur (Litauen)



UNBEUGSAMER WILLE ZUM FRIEDEN

Die antisowjetische Kampagne im Westen um die Entwicklung in Afghanistan zeigt klar: Dem Imperialismus und der Reaktion ist jeder Vorwand recht, um die positiven Prozesse, die die Weltpolitik in den 70er Jahren zunehmend bestimmten, zu torpedieren. Notorische Entspannungsgegner wie die amerikanischen Falken, die westdeutschen Revanchisten und die ihnen sekundierenden Hegemonisten aus Peking würden am liebsten schon den Grabesgesang für die Entspannung anstimmen. Bedauerlich ist, daß zu diesem Chor — und zwar als Stabführung — hohe Politiker gehören, denen eine ganz besondere Verantwortung für den Frieden obliegt — man denke an Carters Fernsehrede vom 4. Januar.

Bei weitem nicht zum ersten Mal unternimmt Washington Versuche, die Entwicklung der Verbindungen zu Moskau davon abhängig zu machen, daß die UdSSR ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern überprüft. Als „Gegenleistung für die Entspannung“ verlangen sie von der UdSSR seit langem, die Sache der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts nicht mehr zu unterstützen. Das war der Fall, sobald der Nahostkonflikt aufflammte, auch bei der Intervention der Rassisten in Volksangola und bei der Aggression gegen das revolutionäre Äthiopien. Wie viele Reden westlicher Politiker und Kommentare der bürgerlichen Presse liefen auf die zynische Forderung hinaus: Verzichtet auf eure internationalistischen Prinzipien, gebt eure Freunde in der afro-asiatischen Welt ihrem Schicksal (genauer: dem Imperialismus) preis, dann bekommt ihr die Entspannung. Für die imperialistischen Kreise bedeutet die Entspannung, daß die UdSSR die blutigen Ausschreitungen gegen die afghanische Revolution und die Umwandlung Afghanistans in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion schweigend hinnehmen muß. Das ist jedoch Unsinn. Jetzt wird das ganz eindeutig bewiesen.

Bewiesen mit Nutzen für die Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit. Selbstbetrug in der Politik kann nämlich tragische Fehler zur Folge haben. Und ist es nicht ein Selbstbetrug des Westens, wenn er denkt, den sozialistischen Ländern die Bedingungen der friedlichen Koexistenz diktieren zu können?

Eine solche Koexistenz brauchen Washington und Bonn nicht weniger als Moskau oder Warschau, besonders bei dem heutigen internationalen Kräfteverhältnis, bei welchem es sich nicht nur um militärische, sondern auch um politische und wirtschaftliche Kräfte handelt. Man muß in der Tat die Selbstsicherheit des nackten Kaisers haben, um auf die Rolle des Alleinherrschers über die Geschicke der Welt unter den Verhältnissen zu reflektieren, da der Dollar stürzt, die Erdölkrise wie ein Damoklesschwert über der kapitalistischen Wirtschaft schwebt und Millionen in Teheran antiimperialistische, antiamerikanische Losungen im Sprechchor rufen.

In der am 7. Januar veröffentlichten TASS-Erklärung heißt es u. a.: „Niemand in den USA soll daran zweifeln, daß die UdSSR imstande sein wird, ihre legitimen Interessen und die Interessen ihrer Bündnispartner und Freunde zu behaupten. Wer das ignorieren möchte, läuft stets Gefahr, in der Politik einen Fehltritt zu machen und dem eigenen Land, dem eigenen Volk mehr Schaden zu bringen als denjenigen, gegen die der eine oder andere Schritt gerichtet wird.“

Wir in der Sowjetunion sind, genauso wie alle Menschen, die den Frieden erhalten möchten, betrübt und besorgt über den Beschluß des Weißen Hauses, die Lesung von SALT II im USA-Senat aufzuschieben und die sowjetisch-amerikanischen Kontakte in verschiedenen Bereichen einzuschränken. Doch neigen wir am wenigsten dazu, die Lage zu dramatisieren. Die Amerikaner selbst, beispielsweise der bekannte Beobachter James Reston, geben zu, daß die UdSSR die entsprechenden Waren und Technologien auch in anderen Ländern erhalten kann.

Es war ja das unerbittliche Bedürfnis nach neuen Märkten, das Washington z. B. dazu veranlaßte, der UdSSR Getreide zu verkaufen, und die Farmer in Iowa werden Präsident Carter die Maßnahmen gegen dieses für sie nutzbringende Geschäft kaum zu danken wissen. Mit vollem Grund schreibt die „New York Times“ warnend auch darüber, daß der Beschluß, die SALT-II-Ratifizierung aufzuschieben, „wie ein Bumerang auf die USA selbst zurückschlagen wird“, da die Alternative zur Erfüllung dieses Vertrages „die offensichtliche Gefahr eines unkontrollierten Wettrüstens“ sei.

Natürlich werden die Völker sich nicht mit den Versuchen des Imperialismus abfinden, ihnen diesen Amoklauf zur Katastrophe aufzuzwingen und die Entspannung zu unterminieren. Ihr Friedenswille ist unbeugsam. Die westlichen Politiker werden das auch diesmal erleben. Wer von ihnen in den 80er Jahren „dabei sein“ will, dem wird nur ein verantwortungsbewußtes, weitsichtiges Herangehen an die internationalen Angelegenheiten realen Nutzen bringen. Nach wie vor ist die UdSSR für ein solches Herangehen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 2 JANUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Unbeugsamer Wille zum Frieden	1
M. Lwow — An der Jahrzehntwende	5
G. Anatoljew — Afghanistan: Abfuhr für imperialistische Einmischung	8
J. Gudkow — USA. „Neue Politik“!	10
A. Uswatow — Indira Gandhis Comeback	11
T. Gushenko — Als gute Nachbarn (Interview)	12
A. Stepanow — USA—Iran. Eskalation der Drohungen	12
A. Smirnow — Peru. Start in den Wahlkampf	14
F. Gorjunow — Das Gold und der Dollar	15
Notizen ♦ Glossen	16
V. Sidenko — Am Instabilitätsbogen entlang	18
Biographisches: Charles Haughey, Hayrettin Erkan	20, 27
B. Assojan — Äthiopien. In der Revolution geboren	21
Oliver Tambo: Wir sind überzeugte Internationalisten (Interview)	22
W. Pawlow — Großbritannien. Die Tories in der Offensive	24
J. Tawrowski — Die wichtigste Lehre (Das politische Buch)	24
K. Karagesian — BRD. Zeugen der Anklage	26
M. Tschernoussow — Damals in Teheran (Aus jüngster Vergangenheit)	28
Unsere Russisch-Seite	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Millionen Menschen in Westeuropa sind sich bewußt, daß der NATO-Beschluß für eine Stationierung neuer US-Raketen auf dem Kontinent und das militaristische Programm Washingtons in direktem Widerspruch zum Streben der Völker nach Frieden und Sicherheit stehen. Das Waffentrüben beenden, der Neutronenbombe und den „eurostrategischen Waffen“ den Weg versperren sowie alle Atomwaffen zu verbieten — unter diesen Losungen fanden auch in der Bundesrepublik viele Demonstrationen statt, an denen Tausende teilnahmen.

Fotochronik TASS

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 1. Januar beging das kubanische Volk feierlich den Tag der Befreiung, das Fest der siegreichen Revolution. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Fidel Castro Ruz, den Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas sowie Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, eine Grußbotschaft: „Unter den denkwürdigen Ereignissen des 20. Jahrhunderts ist die kubanische Revolution ein bedeutendes und würdiges Ereignis. Ihr Sieg war und ist ein Quell der Inspiration und des Bewußtseins der eigenen Kraft für viele Völker, die den Weg der nationalen Befreiung und fortschrittlicher gesellschaftlicher Umgestaltungen betreten.“

In Afghanistan wurde die an der Macht befindliche Mörderclique des Exministerpräsidenten Hafisullah Amin und seiner Helfershelfer, Agenten des US-Imperialismus, gestürzt. Ein Revolutionsgericht verurteilte Amin wegen Verbrechen gegen das Volk von Afghanistan zum Tode. Das Urteil wurde vollstreckt. Eine neue Regierung unter Ministerpräsident Babrak Karmal wurde gebildet. Babrak Karmal wurde ferner zum Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und zum Vorsitzenden des Revolutionsrates gewählt. Leonid Breshnew richtete an Babrak Karmal eine Grußbotschaft, in der er der Gewißheit Ausdruck verlieh, daß das afghanische Volk unter den heutigen Bedingungen die Errungenschaften der Aprilrevolution, die Souveränität, die Unabhängigkeit und die nationale Würde des neuen Afghanistan verteidigen können wird (siehe S. 8).

Am 7. Januar beging das Volk von Kampuchea feierlich den ersten Jahrestag seines Sieges. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten eine Grußbotschaft an Heng Samrin, den Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates der VR Kampuchea und Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchees.



Unser Bild: Auf einer Straße von Phnom Penh

Foto: B. Kalaschnikow (TASS)

„NEUE ZEIT“ 2-80



Das afghanische Volk hat die entschiedenen Maßnahmen zur Verteidigung der Errungenschaften der Aprilrevolution, die die neue Regierung der Republik unternimmt, mit Zustimmung aufgenommen. Unser Bild: Einwohner von Kabul lesen die erste Nummer des Regierungsorgans, die Zeitung „Hakikate ingilabe sau“ („Wahrheit der Aprilrevolution“).

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

Am 7. Januar traf eine Delegation der FKP unter Generalsekretär Georges Marchais auf Einladung des ZK der KPdSU in Moskau ein. Anfang Januar hatte Georges Marchais Kuba einen Besuch abgestattet und Gespräche mit Fidel Castro, dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, geführt. Am 5. Januar besuchte Georges Marchais Rom, wo er mit IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer zusammentraf, wobei internationale Fragen erörtert wurden.

Am 2. Januar trafen der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarew, und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Karen Brutenz, mit einer Delegation der Jordanischen KP — mit dem Ersten Sekretär des ZK der JKP, Faik Warrad, und dem Mitglied des Politbüros des ZK der JKP, Naim Ashhab — zusammen. Die Teilnehmer des Treffens verurteilten entschieden die aggressiven, neokolonialistischen Pläne des Imperialismus gegen die Völker des Nahen und Mittleren Ostens, gegen deren nationale Unabhängigkeit und Entwicklung auf dem Weg des Fortschritts. Sie bezeichneten den unter dem Druck der USA gefaßten Beschluß der NATO, neue Typen von Atomraketen in Europa zu stationieren, als verantwortungslos und friedensgefährdend.

Am 4. Januar trafen Boris Ponomarew und Vitali Schaposchnikow, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit dem Vor-

sitzenden der KP Norwegens, Gunnar Knutsen, im ZK der KPdSU zusammen. Wie einmütig konstatiert wurde, ist der von der Dezembertagung des NATO-Rats gefaßte Beschluß für die Produktion und die Stationierung neuer Typen von US-Raketenwaffen in Westeuropa ein Versuch, das bestehende Kräftegleichgewicht zu stören und eine weitere Runde des Wettrüstens einzuleiten.

Am 31. Dezember beging das kongolesische Volk feierlich den zehnten Jahrestag der Bildung der Kongolesischen Partei der Arbeit (PCT). Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an das ZK der PCT: Die KPdSU tritt entschieden gegen die Einmischung imperialistischer Mächte in die Angelegenheiten der jungen Staaten auf und kämpft beharrlich für den Frieden, gegen das vom Imperialismus aufgezwungene Wettrüsten, das die schöpferischen Anstrengungen der Völker untergräbt.

Am 5. Januar begann der XXIV. Parteitag der KP Kanadas. Das ZK der KPdSU richtete an die Parteitage delegierten eine Grußbotschaft: „Treue den Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus tritt die KP Kanadas konsequent für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung ein. Die sowjetischen Menschen schätzen die Anstrengungen Eurer Partei zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen unseren Ländern, im Interesse der Freundschaft zwischen den Völkern Kanadas und der Sowjetunion hoch ein.“

Am 1. Januar sind 30 Jahre seit der Bildung der Fortschrittlichen Volkspartei Guayanas (PPP) vergangen. Das ZK der KPdSU gratulierte dem ZK der PPP zu diesem Jubiläum.

Durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 25. Dezember 1979 wurde der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VDR Jemen ratifiziert.

Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung in der UdSSR vom Januar 1979 wurden veröffentlicht. Demzufolge betrug am 17. Januar 1979 die Bevölkerung der UdSSR 262 436 000 Personen — gegenüber der Volkszählung von 1970 ein Zuwachs um 20,7 Millionen oder um 9%.

In Phnom Penh hat ein Treffen der Außenminister von Kampuchea, Vietnam und Laos stattgefunden. Die Minister tauschten Meinungen über die Lage in Indochina aus, erörterten Fragen der internationalen Zusammenarbeit und bekräftigten die Entschlossenheit, das Zusammenwirken zwischen den Völkern ihrer Länder zu festigen.

Der Generalrat des Britischen Trade Union Congress wandte sich gegen den NATO-Beschluß, amerikanische Cruise Missiles in England zu stationieren. 12 Millionen britische Werktätige, heißt es in der Erklärung des Generalrates, verlangen, daß England nicht mehr auf eine Forcierung des Kernwaffenpotentials setzt.

Die USA verstärken den politischen und wirtschaftlichen Druck sowie die militärischen Drohungen gegen den Iran (siehe S. 12).

Die USA, deren Verbündete und China drängten dem UN-Sicherheitsrat eine Debatte über die „afghanische Frage“ auf (siehe S. 8).

Am 2. Januar begann in Großbritannien ein Generalstreik von mehr als 100 000 Hüttenarbeitern (siehe S. 24).

Am 3. und 6. Januar fanden in Indien außerordentliche Wahlen zum Unterhaus des Parlaments statt (siehe S. 11).

Die US-Administration billigte die Bereitstellung „dringender militärischer Hilfe“ für Pakistan im Werte von über 100 Mio. Dollar. Artilleriegeschütze, Schützenpanzerwagen, Raketen und Flugzeuge sollen geliefert werden. Der Beschluß Washingtons, Waffen in sein Aufmarschgebiet für Subversionsakte gegen Afghanistan und andere Länder der Region zu liefern, löste Empörung und Proteste aus. In einer Erklärung der Allindischen Organisation für Frieden und Solidarität heißt es, daß die Wiederaufnahme der Lieferungen moderner Waffen an Pakistan unter dem Vorwand der „afghanischen Gefahr“ erfolgt, doch eine Gefahr geht gerade von den USA aus, die in engem Bündnis mit China afghanische Konterrevolutionäre auf pakistanischem Territorium ausbilden, diese mit Geld und Waffen versehen und nach Afghanistan zu Subversionsakten gegen die gesetzmäßige Regierung einschleusen. Indiens Ministerpräsident Charan Singh erklärte in einem Brief an Präsident Carter, daß dieser Beschluß der USA den Interessen der Staaten des Subkontinents zuwiderläuft und ernste Besorgnis in Indien hervorruft.

Nachdem Maria de Lourdes Pintasilgo, die die Übergangsregierung Portugals geleitet hatte, am 27. Dezember zurückgetreten war, ernannte Antonio Ramalho Eanes, der Präsident der Republik, Sá Carneiro, den Führer der Sozialdemokratischen Partei, der bei den Zwischenwahlen zur Versammlung der Republik eine relative Mehrheit erhalten hatte, zum Ministerpräsidenten. Am 3. Januar wurde das neue Kabinett vereidigt und nahm seine Amtsgeschäfte auf.

Am 5. Januar traf US-Verteidigungsminister Harold Brown zu einem achttägigen Besuch in der VR China ein.

Der Chef des Generalstabs der türkischen Streitkräfte, General Evren, sowie die Oberkommandierenden der Waffengattungen und der Gendarmerie suchten am 1. Januar Präsident Korutürk auf und überreichten ihm einen schriftlichen Appell an „alle verfassungsmäßigen Organisationen, Einheit, Solidarität und gegenseitige Unterstützung zu erreichen, um das Land vor allen Gefahren zu retten und es aus der jetzigen Sackgasse herauszuführen“. Der Zeitung „Hürriyet“ zufolge heißt es in der Erklärung, daß die Armee, falls die verfassungsmäßigen Organe den in dem Dokument genannten Forderungen nicht nachkommen werden, „ihre Pflicht zum Schutz der Republik erfüllen wird“.

Entsprechend den Beschlüssen der Londoner Konferenz wurde am 28. Dezember in Rhodesien die Feuereinstellung erklärt. Der britische Gouverneur Lord Soames gab die Wahltermine bekannt. Die weiße Minderheit, der 20% der Parlamentssitze vorbehalten sind, wird am 14. Februar abstimmen. Die Wahlen für die afrikanische Bevölkerung sind auf den 27. bis 29. Februar angesetzt. Es wird gemeldet, daß Kämpfer der Einheiten der Patriotischen Front von Simbabwe in den vorgesehenen Sammelpunkten eingetroffen sind.



Scharen von Afrikanern begrüßen auf dem Flughafen von Salisbury Offiziere der Patriotischen Front, die nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens aus Sambia zurückgekehrt sind.

Am 7. Januar ging die 34. UNO-Vollversammlung zu Ende.

In den chinesischen Städten kommt es zu Massenunruhen, die durch steigende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik ausgelöst wurden. Viele Protestaktionen erklären sich insbesondere durch die stark gestiegene Arbeitslosigkeit. Die Behörden greifen, um die Unruhen niederzuschlagen, zu radikalsten Maßnahmen bis hin zum Einsatz regulärer Armee-Einheiten.

Bei einem Referendum in Togo wurde der Verfassungsentwurf gebilligt, den der außerordentliche Parteitag der Vereinigung des togolesischen Volkes, der Regierungspartei des Landes, vorgelegt hatte. Zugleich wurden die Nationalversammlung und der Präsident der Republik, das jetzige Staatsoberhaupt General Eyadéma, gewählt.

Im vergangenen Jahrzehnt hat die Erdbevölkerung um etwa 700 Millionen zugenommen. Sie beträgt jetzt ca. 4,4 Milliarden.

Auf den internationalen Devisenbörsen kletterte der Preis für die Unze Feingold in den ersten Januartagen auf 650 Dollar (siehe S. 15).

Ihre Zeitschrift hat mich auf Leonid Breshnews Buch „Frieden, Entspannung und die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen“ aufmerksam gemacht. Wie gut, daß die „Neue Zeit“ den Lesern im Ausland darüber berichtet hat. Ich entlieh mir daraufhin dieses Buch in der öffentlichen Bücherhalle von Oakdale und zeigte es auch den Geistlichen aller 15 Kirchen unserer Stadt. Ich wünsche aufrichtig Frieden auf Erden, und mögen guter Wille und Gerechtigkeit überall triumphieren!

W. ROWLEY
Oakdale, USA

Der Beschluß des NATO-Blocks, neue US-Atomraketen systeme in Westeuropa zu stationieren, hat mich an einen lateinischen Aphorismus erinnert: Wenn die Götter jemanden ins Unglück stürzen wollen, dann nehmen sie ihm den Verstand. Nur schwer kann man sich etwas Unvernünftigeres, Sinnloseres vorstellen als diesen Beschluß. Er kann nur zu einer verstärkten Konfrontation zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern in Europa führen. Allein politische Analphabeten können ernstlich meinen, daß die US-Raketen die Sicherheit des Westens garantieren. Diese Länder setzen sich allergrößter Gefahr aus, wenn sie US-Raketentrampen bei sich installieren.

A. KRASNOW
Glasow, Udmurtische ASSR

Ausgezeichnet waren die Artikel von Prof. Jakowlew, die die verbrecherischen Aktivitäten der wahnsinnigen Hegemonisten entlarvten, die in den USA seinerzeit an der Macht waren und die 1950 fast einen dritten Weltkrieg entfesselt hätten, der die Erde in einen atomaren Friedhof hätte verwandeln können. Ihnen wurde nur dadurch Einhalt geboten, daß sie sich ihres Sieges nicht ganz gewiß waren, da die UdSSR damals glücklicherweise bereits über derartige oder sogar stärkere Waffen verfügte als die Pentagon-Falken. Rechtzeitig verstanden sie, daß sich die Unbesiegbarkeit des Sowjetvolkes durch seinen glühenden Patriotismus und sein internationalistisches Pflichtbewußtsein erklärt.

Juan Lucio TORRES
Torreón, Mexiko

An der Jahrzehntwende

Michail LWOV

Die Welt ist in ein neues Jahrzehnt getreten, die Uhr der Geschichte zeigt den Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts an.

Die Zeitabschnitte im Kalender sind natürlich etwas rein Bedingtes. Keinerlei Gesetze der sozialpolitischen und sozialökonomischen Prozesse schreiben vor, daß Geschehnisse eines bestimmten Formats ein Jahr, Geschehnisse größeren Formats ein Jahrzehnt usw. zu dauern hätten. Die Geschichte geht viel gewundenere Wege. Sie ordnet ihre Marksteine nach konkreten Daten an und richtet sich dabei nicht nach den astronomischen Gesetzen, sondern nach denen der sozialen Entwicklung.

Dennoch wird eine Jahrzehntwende als ein Zeitpunkt empfunden, an dem etwas Wichtiges zu Ende geht und etwas nicht minder Wichtiges, wenn nicht sogar noch Wichtigeres, aber vorläufig Unbekanntes seinen Anfang nimmt. Das ist der Fall, nicht nur, weil man so zu denken gewöhnt ist, sondern auch, weil es die Erfahrung der Menschheit lehrt. Ein Jahrzehnt ist im Leben einer jeden Generation ein Zeitabschnitt, groß genug, um greifbare Resultate zu zeitigen, aber auch übersehbar genug, daß man Lehren aus diesen ziehen kann.

Das gilt besonders jetzt, wo sich der Gang der Ereignisse enorm beschleunigt hat. Um das zunehmende Tempo der Wandlungen so recht zu spüren, genügt ein Vergleich zwischen der Weltkarte vom 1. Januar 1960, als fast die Hälfte des Festlandes die Farben des britischen, französischen bzw. portugiesischen Kolonialreiches trug, und der vom 1. Januar 1980, auf der fast alle früheren Kolonien als selbständige Staaten eingezeichnet sind. Dabei liegen nur zwei Jahrzehnte dazwischen.

Im letzten Jahrzehnt allein haben in Äthiopien, im Iran, in Afghanistan, Süd-jemen und Nikaragua radikale demokratische Revolutionen stattgefunden. In Europa wurden die letzten faschistischen Regimes gestürzt. Mehr als ein Dutzend Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben sich für die sozialistische Orientierung entschieden.

In diesem einen Jahrzehnt haben Millionen das Farbfernsehen kennengelernt, wurden regelmäßig Raumflüge angetreten, sind die letzten Brutherde der Pokken ausgeräumt und bei der Lösung des Problems der steuerbaren thermonuklearen Synthese große Fortschritte gemacht worden.

Infolge der immer schnelleren Entwicklung, des zunehmenden Lebens-tempos der Staaten und Völker ist es jetzt schwieriger denn je, für Jahrzehnte und sogar noch kürzere Zeitabschnitte politische Prognosen zu stellen. Aber das war ja nie leicht. Mit Sicherheit kann man jedoch sagen, daß die 80er Jahre noch größere Wandlungen und neue große Fortschritte der Menschheit bei ihrer sozialen und nationalen Befreiung mit sich bringen werden. Hierbei kann man versuchen, sich nicht auf Fragen zu konzentrieren wie etwa die, welche Wendung die Dinge nehmen werden und wie was enden wird, sondern vielmehr darauf, welche wichtigsten Probleme und Aufgaben aus den 70er Jahren in den 80ern zu lösen sind. Einschränkung sei gesagt, daß sich der Versuch nur auf einen Teil der Probleme, nämlich die weltpolitischen, erstrecken, also fragmentarisch bleiben wird.

* * *

Von welcher Seite man die Weltpolitik jetzt auch angeht, es ist klar, daß der Kampf gegen das Wettrüsten in den 80er Jahren das Problem Nr. 1 sein wird. Die Entwicklung und Stationierung von Waffensystemen einer horrenden Schlagkraft und Zerstörungsgewalt haben einen derartigen Umfang angenommen, und die daraus resultierenden Gefahren für Frieden und Entspannung und für das Leben der Völker sind so groß und unverkennbar, daß jeder ehrliche Mensch sagen muß: So kann es nicht weitergehen. Nicht von ungefähr heißt es im Berliner Kommuniqué des Komitees der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten nach der Aufforderung zu sofortigen militärischen Entspannungsmaßnahmen klipp und klar: „Je-

ner Staat, jene Regierung, die in entgegengesetzter Richtung handelt, würde eine schwere Verantwortung gegenüber der Menschheit auf sich laden.“

Die Regierungen der USA und der anderen Mitgliedstaaten des NATO-Militärblocks haben diese enorm schwere Verantwortung auf sich geladen. Besonders gefährliche Schritte wurden Ende der 70er Jahre unternommen. Seit Mai 1978 nahm jede Tagung des NATO-Rats neue Programme für den Ausbau der Streitkräfte und für die Einführung der jeweils perfektesten nuklearen und konventionellen Waffen an. Im Dezember 1979 gab die US-Regierung ein fünfjähriges Programm für eine weitere Aufstockung des Militäretats und Steigerung der globalen militärischen Vorbereitungen bekannt. Über der Welt hängt der Schatten einer neuen Runde im Wettrüsten.

Und doch hinterlassen die 70er den 80er Jahren nicht nur die Gefahr weiterer solcher Runden, sondern auch vieles, was im Kampf gegen das Wettrüsten erreicht worden ist.

In den 70er Jahren haben die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten umfangreiche und zugleich konkrete und ausführbare Vorschläge zu den Kardinalfragen des Kampfes gegen das Wettrüsten und für den Übergang zur Abrüstung gemacht. Diese Vorschläge — die globalen und die für Europa, die die nuklearen wie auch die konventionellen Waffen betreffenden — sind allgemein bekannt. Jeder ist nicht nur eine gewichtige Beisteuer zur internationalen Tagesordnung, sondern trägt auch dazu bei, daß sich die verschiedensten Kreise in aller Welt darüber klarwerden, wie brennend das Problem der Einstellung des Wettrüstens ist und wie dringend notwendig positive Maßnahmen zu seiner Lösung sind.

Die reaktionären militaristischen Kreise haben jede solche Initiative mit unverhohlener Abneigung oder sogar Feindseligkeit aufgenommen. Aber schon die Tatsache, daß sich die sozialistischen Staaten so energisch für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung einsetzen, ist ein gewichtiger Faktor der Weltpolitik geworden. Ohne jeden Zweifel wird er in den 80er Jahren in Politik und Praxis eine noch größere Rolle spielen.

In den 70er Jahren wurden, erstmalig in der Geschichte, gangbare Wege zur Begrenzung der strategischen Rüstun-

gen gebahnt. Das hat seinen Niederschlag im SALT-I und SALT-II-Abkommen sowie darin gefunden, daß SALT-III-Gespräche in Aussicht stehen.

In den 70er Jahren haben sich parallel dazu — ebenfalls erstmalig in der Geschichte — sachliche Verhandlungen über eine Anzahl konkreter, materieller Aspekte einer Einschränkung und Einstellung des Wettrüstens angebahnt: angefangen vom völligen und allgemeinen Verbot der Kernwaffenteste bis zum Verbot, Strahlenwaffen zu entwickeln und zu erzeugen; vom Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa bis zur Begrenzung und späteren Einschränkung der militärischen Betätigung im Indik; vom Verbot und von der Vernichtung der chemischen Waffen bis zur Begrenzung des Verkaufs und der Lieferung konventioneller Waffen.

Die Verhandlungen gehen nicht gleichmäßig vonstatten, die dabei erzielten Fortschritte sind verschieden. Zu manchen Fragen kommen die Verhandlungen nicht weiter oder sind eingestellt worden, weil die USA sie nicht fortsetzen wollten. Dennoch übernehmen die 80er Jahre in allen diesen Bereichen ein größeres oder kleineres Aktivum, und in manchen Fragen bestehen Chancen auf eine baldige Erledigung.

Und schließlich ist in den 70er Jahren der Kreis der Teilnehmer an den früher geschlossenen multilateralen Abkommen über eine Einschränkung des Wettrüstens in einzelnen Bereichen größer geworden: an den Verträgen über das Verbot der Kernwaffenteste in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser; über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen; über das Verbot und die Vernichtung der bakteriologischen und toxischen Waffen usw. Im neuen Jahrzehnt müssen alle diese Vereinbarungen noch umfassender werden.

Alle friedliebenden Staaten, alle an der Wahrung des Friedens interessierten politischen Kräfte müssen in den 80er Jahren größte Anstrengungen machen, um eine neuerliche Eskalation des Wettrüstens zu vereiteln und endlich einen entscheidenden Durchbruch im Kampf für seine Einstellung zu erzielen. Heute kann niemand sagen, ob er in einem bestimmten Augenblick des neuen Jahrzehnts eintreten wird. Er ist aber keine Utopie, sondern möglich, man muß nur darum kämpfen.

* * *

Womit haben in Europa die 80er Jahre begonnen? In den 70ern wurde hier wie in keinem anderen Gebiet der Welt ein Fundament für stabile friedliche Beziehungen zwischen den Staaten gelegt. Die größten Bausteine im Fundament der europäischen Entspannung sind die bilateralen Verträge der UdSSR, Polens, der CSSR und der DDR mit der BRD, die dynamische Entwicklung der politi-

schen Kontakte sowie der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten, das viersseitige Abkommen über Westberlin und schließlich die erfolgreiche KSZE, die in der Annahme der Schlußakte von Helsinki gipfelte. Wie es darin heißt, bieten sich große Aussichten „zur Entwicklung besserer und engerer Beziehungen untereinander auf allen Gebieten und damit zur Überwindung der aus dem Charakter ihrer früheren Beziehungen herrührenden Konfrontation sowie zu besserem gegenseitigem Verständnis“.

In der ersten Zeit nach der KSZE haben sich die Dinge in Europa allgemein in diesem Sinne entwickelt. Es mehrten sich die positiven Momente in allen Bereichen der Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Das wichtigste war die merkwürdige Vertiefung des politischen Dialogs über die wichtigsten Probleme Europas und der Welt.

Allmählich traten aber entgegengesetzte Tendenzen immer krasser in Erscheinung. Von Jahr zu Jahr strengten sich die Gegner der Entspannung, die reaktionären und militaristischen Kräfte mehr an, Europa wieder in die unbeständige Situation, die Konfrontation und die Krisen zurückzuwerfen. Das erste Signal war das obstruktive, unverhohlene feindselige Verhalten der USA und einiger ihrer Alliierten zu den sozialistischen Ländern auf der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz von 1977/78.

In der Schlußakte hatten alle Staaten erklärt, sie seien interessiert „an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken“. In vollem Einklang mit dieser Verpflichtung ergriffen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder großzügige Friedensinitiativen, um in Europa eine militärische Entspannung zu gewährleisten. Diese Initiativen boten die Möglichkeit, nicht nur das militärische Gleichgewicht in Europa zu konsolidieren, sondern allmählich auch die militärische Konfrontation abzubauen. Ihre Verwirklichung hätte die Lösung großer Probleme ermöglicht, vor allem in bezug auf die nuklearen Mittelstreckenraketen, die für diesen Kontinent bestimmten schlagkräftigsten Waffensysteme. Man hätte mit der Festigung des Vertrauens in Europa gut vorwärtskommen und reale Abrüstungsmaßnahmen in Europa erreichen können.

Auf Erden oder jedenfalls in Europa gibt es wahrscheinlich niemanden, der nicht wüßte, wie die USA und ihre NATO-Partner den Vorschlag der UdSSR beantwortet haben, unverzüglich Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenwaffen aufzunehmen. Der Beschluß der NATO, in einigen Ländern Westeuropas neue amerikanische Atom-

raketensysteme zu stationieren, die die UdSSR treffen können, hat die Grundlage für solche Verhandlungen zerstört und die Situation in Europa erschwert. Statt der Aussicht auf eine gründliche militärische Entspannung sieht sich Europa einer Intensivierung des Wettrüstens gegenüber.

Das Weitere wird von vielen Faktoren abhängen. Der wichtigste aber ist der Kampf der friedliebenden Staaten und der Völker Europas selbst gegen die Drohung einer anwachsenden Kriegsgefahr.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist es, die von den sozialistischen Staaten vorgeschlagene Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa möglichst bald vorzunehmen. Dieser von den Warschauer Vertragsstaaten am 15. Mai 1979 in Budapest vorgebrachte Gedanke und das umfangreiche Programm für die Konferenz, das am 6. Dezember 1979 in Berlin vorgeschlagen wurde, haben in allen Ländern Europas lebhaftes Interesse gefunden, was selbst die Gegner der militärischen Entspannung nicht leugnen können. Es ist um so reger, als Berührungspunkte zwischen dem Vorschlag der sozialistischen Staaten und den von einigen anderen Ländern, namentlich Frankreich, geäußerten Gedanken vorhanden sind. Die Frage der Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa ist aus den 70er in die 80er Jahre übernommen worden.

Ein Aktivum aus den 70er Jahren ist auch der durch die KSZE eingeleitete Prozeß. Die nächste Nachfolgekonferenz ist nicht mehr fern. Sie tagt im kommenden November in Madrid. Man muß alles daransetzen, daß sie mehr Positives und Wichtiges als die Belgrader zeitigt. Das scheinen jetzt außer den sozialistischen auch viele kapitalistische Staaten Europas zu wollen, wenigstens erklären sie das nachdrücklich. Zweifellos werden aber gewisse Kräfte einem Erfolg in Madrid entgegenwirken. Also muß darum gekämpft werden.

* * *

Schwierig und mannigfaltig sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, mit denen die vom Kolonialjoch befreiten jungen unabhängigen Staaten, die Entwicklungsländer, in die 80er Jahre treten. Sie wählen sich verschiedene Modelle für ihre soziale Entwicklung, suchen verschieden nach Lösungen für ihre Probleme, auch ihre Lebensverhältnisse sind ungleich, aber enorme Probleme haben sie alle. Ihr Vorwärtskommen ist oft von stürmischen Ereignissen begleitet, von einer Verschärfung des Klassenkampfes, von einer Erschwerung ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten und manchmal auch zueinander.

So wird es offenbar auch weiter sein, das ist nun einmal der Lauf der Geschichte. Aber welche politische Rich-

tung die verschiedenen Entwicklungsländer auch halten mögen, sie erkennen immer deutlicher, daß sie mit den Kardinalfragen ihrer Entwicklung nur auf antiimperialistischen Wegen fertig werden können, dadurch, daß sie die Herrschaft der Monopole stürzen und sich von der politischen, wirtschaftlichen und jeder anderen neokolonialistischen Abhängigkeit frei machen.

Anders können die jungen Staaten ihre Unabhängigkeit nicht konsolidieren, können sie ihre Souveränität und territoriale Integrität nicht wahren. Anders werden sie nie eine auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit beruhende neue Weltwirtschaftsordnung durchsetzen.

Nur auf antiimperialistischer Grundlage sind auch die äußerst komplizierten Probleme bestimmter Gebiete lösbar, sei es der Nahe Osten, Südostasien, der Süden Afrikas oder Mittelamerika. Die Erfahrungen aus den 70er Jahren haben eindeutig bestätigt: die Erfahrungen der Völker Indochinas, der ehemaligen portugiesischen Kolonien und der so verschiedenen Länder, wo im letzten Jahrzehnt Revolutionen siegreich waren.

Der Gedanke, daß es nur einen Weg vorwärts gibt — den antiimperialistischen —, zieht sich wie ein roter Faden durch die vorjährige Deklaration von Havanna, die vom 6. Gipfel der nichtpaktgebundenen Länder angenommen wurde.

Der Imperialismus weiß das alles und zieht daraus seine Konsequenzen. Er legt es darauf an, nicht nur seine Einfluß- und Herrschaftspositionen in den Entwicklungsländern zu halten, sondern auch auf deren Kosten, durch noch größere Ausplünderung ihrer Völker einen Ausweg aus seiner eigenen tiefen Krise zu finden. Daher rührte Ende der 70er Jahre die wesentliche Zunahme der hegemonistischen Tendenz zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und zur gewaltsamen Einwirkung auf ihre Politik.

Jetzt geht es natürlich nicht mehr an, daß die amerikanischen Geheimdienste wie früher fast unverbrämt in verschiedenen Ländern reaktionäre Umstürze anstiften und konterrevolutionäre Interventionen in die Wege leiten. Aber erstens haben die Imperialisten solche Aktionen keineswegs aufgegeben, sondern sind dazu übergegangen, sie sorgfältig zu tarnen, und zweitens wird aus Washington immer nachdrücklicher gefordert, daß „mit dem Vietnamsyndrom ein Ende gemacht“ und „in der dritten Welt Ordnung geschaffen wird“.

Werden die USA in den 80er Jahren versuchen, wieder die Rolle des Weltgendarmen zu spielen? Ende der 70er Jahre lagen Anzeichen dafür vor, daß es so kommen kann. Es genügt, auf den unlängst bekanntgegebenen Plan hinzuweisen, mehr materielle Möglichkeiten für eine rasche Entfaltung der militäri-

schen Schlagkraft der USA in einem beliebigen Gebiet der Welt zu schaffen; ferner auf die fieberhafte Suche nach neuen Militärstützpunkten, besonders in der Nähe der Ölländer, und auf die bedeutende Verstärkung der amerikanischen Seestreitkräfte. In erster Linie und am meisten richtet sich das gerade gegen die jungen unabhängigen Staaten und zielt darauf ab, ihre Lebensinteressen und legitimen Rechte zu schmälern, insbesondere ihr Recht darauf, frei über ihre Naturschätze zu verfügen. Ein stichhaltiger Beweis dafür ist es, daß Ende 1979 im Vorgelände des Irans Stoßkräfte der US-Marine, auch Flugzeugträger, zusammengezogen wurden.

Folglich geht die ständige Gefahr krisenhafter Eruptionen in verschiedenen Weltteilen aus den 70er in die 80er Jahre über — kein Volk und kein Staat wird kampflos vor dem Imperialismus kapitulieren und seine um den Preis vieler Opfer errungene Freiheit hergeben. In dem rechtmäßigen Bestreben, ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen imperialistische Anschläge zu behaupten, können die jungen Staaten immer auf die politische, wirtschaftliche und moralische Hilfe und Unterstützung der sozialistischen Staaten rechnen. In Ausnahmefällen, wenn auswärtige feindliche Kräfte die revolutionären Errungenschaften eines Volkes direkt bedrohen, kann auch von einer militärischen Hilfeleistung die Rede sein. Ein Beispiel dafür aus jüngster Zeit ist die Gewährung einer entsprechenden Bitte der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan durch die UdSSR.

Infolge der Gefahr solcher Eruptionen durch die Wühlakte des Imperialismus war schon in den 70er Jahren die Frage aktuell, wie den jungen Staaten in ihrem gerechten Kampf um die Konsolidierung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit ausreichende Hilfe gewährleistet und zugleich der Imperialismus daran gehindert werden kann, große Kriegskonflikte anzuzetteln. Das ist ein großes Problem, und es wird in den 80er Jahren wahrscheinlich noch größere Tragweite erlangen. Zu seiner Lösung wird immer Grundsätzlichkeit, Ausdauer und ein hohes Verantwortungsbewußtsein notwendig sein.

* * *

Bei einem Überblick über die einzelnen Sparten der Weltpolitik an der Wende der beiden Jahrzehnte muß auch von China die Rede sein. Seine jetzige Politik, d. h. die der Gruppen, die dort jetzt an der Macht sind, ist in jeder Hinsicht, im Hinblick auf jedes Problem und jedes Gebiet der Erde negativ.

Mit Feindseligkeit gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, mit einer unverhohlenen Anwendung von Methoden der Aggression und Provokation, mit hegemonistischen Anmaßungen, mit eifrigen Bemühungen darum, die Entspannung zu torpedieren, den Kampf um die Einstellung des Wettrü-

stens möglichst zu erschweren und einer friedlichen Bereinigung von Konfliktsituationen entgegenzuwirken, und schließlich mit der Orientierung auf ein direktes Bündnis mit den reaktionärsten imperialistischen Kreisen — mit diesem politischen Gepäck ist China am Ende der 70er Jahre angelangt. Es muß gesagt werden, daß seine seit mehr als zwei Jahrzehnten unverändert destruktive Politik in den letzten Jahren unverkennbar noch destruktiver geworden ist.

Soll das heißen, daß in den 80er Jahren in der Politik Chinas keine Wendung zu erwarten sei? Das kann man jetzt nicht sagen, genau weiß man nur eins: Der vom XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU festgelegte Kurs der UdSSR China gegenüber bleibt unverändert. In ihm vereint sich ein unerschütterlicher Widerstand gegen beliebige Aktionen Chinas, die sich gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder richten, mit der Bereitschaft zu einer Normalisierung der Beziehungen auf grundsätzlicher Basis. Das ist ein konstruktiver Kurs. Er liegt im Interesse sowohl des sowjetischen als auch des chinesischen Volkes, im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit und ist ein wichtiger Faktor der internationalen Stabilität. Bei den Verhandlungen mit der VR China hält sich die UdSSR konsequent daran.

* * *

Die Geschehnisse nehmen einen schnellen Lauf. In jedem Jahr tragen sich gewöhnlich mehr und wichtigere Ereignisse als im vorhergehenden zu. Man hat sogar das Gefühl, als seien die Jahre und Jahrzehnte kürzer geworden. Dem menschlichen Bewußtsein scheint der Lauf der Zeit schneller, wenn sich die Geschehnisse jagen, und langsamer, wenn Pausen zwischen ihnen eintreten.

Die Länder sind verschieden ins neue Jahrzehnt getreten. Die kapitalistischen eher pessimistisch, die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit Hoffnung, in die sich Befürchtungen mischen. Für die Welt des Sozialismus ist im neuen Jahrzehnt ebenso wie früher ein historischer Optimismus charakteristisch, der nicht darauf beruht, daß die in weltpolitischen Angelegenheiten unvermeidlichen Schwierigkeiten veruscht würden, sondern auf ihrer realistischen Beurteilung und auf der Entschlossenheit, sie mit aller Energie und Aktivität zu überwinden und ein Vorwärtsgelangen zu gewährleisten.

Niemand kann die sozialistischen Länder vom leninistischen Kurs auf Frieden und Entspannung, vom Kampf um die Einstellung des Wettrüstens und von der Unterstützung des Kampfs der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit abbringen. Ebenso wird es niemandem gelingen, den sozialistischen Ländern für die internationalen Probleme Lösungen aufzuzwingen, die ihre legitimen Interessen schmälern und ihre Sicherheit beeinträchtigen würden.

ABFUHR FÜR IMPERIALISTISCHE EINMISCHUNG

Gennadi ANATOLJEW

In diesem Jahr erlebt Afghanistan einen für hiesige Verhältnisse recht rauen und schneereichen Winter. Eine dicke Schneeschicht liegt in den Bergen und im Vorgebirge und hat die Pässe blockiert. Die Kälte hat sich nur im Süden des Landes, in der subtropischen Zone nicht breitgemacht.

Die Afghanen haben diesen Winter und den Schnee mit besonderer Ungeduld erwartet. Erstens, weil reichlicher Schnee ein gutes Anzeichen dafür ist, daß das kommende Frühjahr fruchtbar wird. Zu einem Sprichwort wurde eine durch die Jahrhunderte überlieferte afghanische Bauernregel: Kabul bleibt besser ohne Gold als ohne Schnee. Und zweitens hofften die Afghanen, besonders im Binnenland, die die endlosen Überfälle konterrevolutionärer Banden überhaben, daß mit dem Anbruch der Kälte und der Schließung der Pässe solche Aktivitäten nachlassen würden, daß man letztlich zumindest einige Wintermonate lang ruhiger friedlicher Arbeit nachgehen könne. Doch es kam anders.

Rebellionen und bewaffnete Aktionen gegen die Regierung, die seit dem letzten Frühjahr durch die Verschwörung äußerer imperialistischer Kräfte und der einheimischen Reaktion gegen die revolutionären Errungenschaften des afghanischen Volkes an Kraft zugenommen hatten, dauerten an. Die aus dem Ausland unterstützte Konterrevolution, die es nicht vermochte, die Massen Afghanistans vom gewählten Weg abzubringen, ging zu Sabotageakten gegen die Demokratische Republik über — in der einen oder anderen Provinz wurden Brücken gesprengt sowie Straßen und Nachrichtenverbindungen unterbrochen. Terrorakte gegen Mitglieder der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, gegen Lehrer und Studenten, gegen Bauern, die von den revolutionären Machtorganen Boden erhielten, wurden Bestandteil der Taktik, die die Feinde der Aprilrevolution anwandten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die innere Konterrevolution vernichtend geschlagen worden wäre, wenn sie nicht faktisch unbegrenzte Hilfe von außen erhalten sowie nicht

über ein Netz von Militärstützpunkten und -lagern außerhalb Afghanistans verfügen würde, insbesondere in Pakistan und China.

Bezeichnenderweise streiten es die führenden Politiker dieser Staaten nicht einmal ab, daß Gebiete an der pakistanisch-afghanischen Grenze sowie die chinesische Provinz Xinjiang ein Sammelgebiet zur Ausbildung bewaffneter Banden der afghanischen Konterrevolution wurden. In der Presse wurde bereits überzeugend nachgewiesen, daß nicht nur pakistanische und chinesische Ausbilder, sondern auch CIA-Agenten unmittelbar an der Ausbildung afghanischer Rebellen auf diesen Stützpunkten teilnehmen. Rogers Brock, Lynn Robinson und andere langjährige CIA-Agenten entwickeln Korrespondentenmeldungen zufolge im Raum der pakistanisch-afghanischen Grenze Aktivitäten. Daß die Erklärungen offizieller Vertreter des US-Außenministeriums über eine „Nichteinmischung“ der USA in die inneren Angelegenheiten Afghanistans „in höchstem Maße heuchlerisch sind“, schrieb vor kurzem insbesondere die US-Zeitschrift „Counterspy“. Bei der Aufstellung und Finanzierung antiafghanischer Bandi-

Eine erste Gruppe der in Afghanistan freigelassenen politischen Häftlinge

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

tentrupps aller Schattierungen wirken Pressemeldungen zufolge ferner die Geheimdienste Ägyptens und Saudi-Arabiens mit. Einheiten der afghanischen Streitkräfte und der Volksmiliz haben wiederholt bei ins Land eingeschleusten Rebellen und Söldnern große Partien von Waffen amerikanischer, britischer und chinesischer Produktion erbeutet.

Die Regierung der DR Afghanistan hat wiederholt an die pakistanische Regierung appelliert, ihr Territorium nicht für die militärische Ausbildung von Söldnern zu überlassen und nicht mehr die afghanischen Konterrevolutionäre zu unterstützen, da die ständigen militärischen Interventionen die Sicherheit der Republik und deren Unabhängigkeit gefährden.

Man kann nicht sagen, Islamabad hätte auf diese Aufrufe nicht reagiert: Unter Hinweis auf allerlei Schwierigkeiten versprach es „Maßnahmen“. Doch nur die Lager für die Ausbildung und Ausrüstung der konterrevolutionären Banden, die nach Afghanistan geschickt werden, wurden tiefer in pakistanisches Territorium verlegt. Um derartige Aktionen zu „rechtfertigen“, begann die pakistanische Propaganda von einem künstlichen Problem „afghanischer Flüchtlinge“ zu tönen und verlangte, ihnen „humanitäre Hilfe“ zu erweisen. Dieses Thema wurde nur zu gern von den Massenmedien westlicher Länder und Chinas aufgegriffen. Unter der Maske des „Humanismus“ wurden ständig Interventionstrupps nach Afghanistan eingeschleust, die dann Verbrechen gegen das afghanische Volk verübten. Das waren also koordinierte, von Imperialismus und Reaktion gelenkte Aktionen von pakistanischem Territorium aus, um alle Errungenschaften des afghanischen Volkes nach dem Sieg der Aprilrevolution planmäßig zu zerstören. Der Imperialismus und seine



Agenten wollten vor allem jene günstigen Bedingungen liquidieren, die die Aprilrevolution für die Lösung der vorrangigen sozialökonomischen Aufgaben im Interesse der gesamten afghanischen Gesellschaft geschaffen hat.

Es sei dabei gesagt, daß die abenteuerliche Politik von Hafisullah Amin, der nach der physischen Abrechnung mit dem rechtmäßigen Staatsoberhaupt, dem ersten Vorsitzenden des Revolutionsrates der DR Afghanistan, Nur Mohammad Taraki, in den letzten Monaten eine unverhüllte Diktatur im Lande errichtet hatte, in nicht geringem Maße den Kräften der inneren und äußeren Reaktion in die Hand gespielt hat. Unter ständigem Mißbrauch entfesselte er eine Repressionskampagne gegen die afghanischen Patrioten, vor allem gegen Mitglieder der Demokratischen Volkspartei.

Und wie sich heute das Heer der bürgerlichen Schreiberlinge auch mühen mag, Amin in lichten Tönen zu zeichnen, welche Krokodilstränen US-Präsident Carter auch über das Schicksal des „rechtmäßigen Präsidenten“ vergießen mag — das afghanische Volk hat gesprochen. Jene geheimnisvollen Schüsse, die Mitte September im Kabuler Haus des Volkes fielen, wurden von den ehrlichen Afghanen als Verschwörung gegen den rechtmäßigen Vorsitzenden des Revolutionsrates der DR Afghanistan, Nur Mohammad Taraki, sowie die Handlungen Amins und seiner Helfershelfer als schweres Verbrechen gegen die Aprilrevolution, gegen die Interessen des gesamten afghanischen Volkes bezeichnet. Die Demokratische Volkspartei hat den Kurs des Usurpators Amin jetzt als Diskreditierung der Parteilinie eingeschätzt. Die gesunden Kräfte in der Partei unter Babrak Karmal, einem Mitbegründer der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, haben Ende Dezember 1979 die historische Initiative zur Rettung der Aprilrevolution ergriffen. Der gestürzte Diktator erhielt sein gerechtes Urteil. Der neuen Führung gehören auch einige politische Häftlinge der Amin-Diktatur an.

Seit der Aprilrevolution hat Kabul wiederholt die UdSSR um vielseitige Unterstützung gebeten — um wirtschaftliche, moralisch-politische und militärische Hilfe. Die Sowjetunion hat treu den Prinzipien des Internationalismus und der traditionellen guten Nachbarschaft zwischen unseren Ländern Afghanistan wiederholt Hilfe in verschiedenen Formen erwiesen — um so mehr, als unsere Freundschaftsbande im sowjetisch-afghanischen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zu-

sammenarbeit vom Dezember 1978 verankert sind. Doch die UdSSR hat von militärischer Hilfe für Afghanistan angesichts der immer stärker werdenden imperialistischen Einmischung und der Wüßhabe lange Zeit abgesehen. Sie meinte, daß die imperialistischen und proimperialistischen Kräfte die Realitäten anerkennen und eine gewisse Grenze nicht überschreiten werden, wenn ihnen die Endgültigkeit der revolutionären Umgestaltungen in Afghanistan klargeworden ist. Zugleich hat die Sowjetunion deutlich gemacht, sie werde es nicht zulassen, daß das benachbarte Afghanistan zu einem antisowjetischen Aufmarschgebiet wird.

Doch die imperialistische Einmischung in Afghanistan nahm immer gefährlichere Formen und Dimensionen an. Ebendeshalb beschloß die Sowjetunion, als die an die Macht gekommene neue Regierung unter Babrak Karmal erneut nachdrücklich um sofortige Unterstützung im Kampf gegen die äußere Aggression bat, dieser Bitte nachzukommen. Nach Afghanistan wurde ein sowjetisches Truppenkontingent von begrenzter Stärke entsandt, um den afghanischen Freunden bei der Abwehr der bewaffneten Einmischung von außen zu helfen, um die territoriale Integrität und die nationale Unabhängigkeit der DR Afghanistan zu schützen. Eine solche Aktion steht im Einklang mit Artikel 4 des sowjetisch-afghanischen Vertrages von 1978 und mit Artikel 51 der UNO-Charta. Das sowjetische Truppenkontingent wird vollständig aus Afghanistan abgezogen, sobald seine Präsenz nicht mehr notwendig ist.

Als Antwort auf die entschiedenen Schritte zur Abwehr der imperialistischen Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans erhoben die amerikanische und die chinesische Propaganda einen ohrenbetäubenden Lärm über eine „sowjetische Invasion“ und eine „sowjetische Bedrohung“ der ganzen Region. Offenbar wollen Washington und seinesgleichen das Fiasko ihrer konterrevolutionären Pläne durch hysterische Propagandaausfälle kompensieren. Hierzu wurde dem UN-Sicherheitsrat eine Debatte über die „afghanische Frage“ aufgezwungen. Die reaktionärsten militaristischen Kreise in den USA, die schon seit langem die Spannungspolitik untergraben, wollten sich die Vorgänge in Afghanistan zunutze machen. Gerade unter deren direktem Druck hat die jetzige US-Administration, die sich nicht durch Konsequenz und eine strikte Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der UdSSR auszeichnet, durch Präsident Carter erklären lassen, sie habe einige einseitige Maß-

nahmen ergriffen, um den Handel, die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit der Sowjetunion zu drosseln. Das ist ein Rückfall in den kalten Krieg! Statt Vernunft und Zurückhaltung zu zeigen und die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder zu beenden, erklärte Carter, Pakistan erhalte weitere Gelder (über 100 Mio Dollar), um Invasionen von außen nach Afghanistan zu unterstützen. Zugleich verhandelt Pressemeldungen zufolge US-Verteidigungsminister Harold Brown, der sich zur Zeit in Peking aufhält, über eine Verstärkung der chinesischen Militärhilfe an Pakistan.

Die Lage in Afghanistan nach den Vorgängen vom Dezember beruhigt, normalisiert sich. Die Verkündung der allgemeinen Amnestie und die Freilassung aller politischen Häftlinge hat ein positives Echo bei der Bevölkerung gefunden. Das wird als erster praktischer Schritt der neuen Führung angesehen, um die proklamierte Absichtserklärung zu verwirklichen, die Gesetzmäßigkeit wiederherzustellen und die persönlichen Freiheiten zu garantieren. In Afghanistan wird die Rede- und die Glaubensfreiheit auf der Grundlage der Achtung des Islams gewährleistet. All das festigt das Ansehen der neuen Staatsmacht bei Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intelligenz, Geistlichkeit, den Stämmen, bei Kaufleuten und Handwerkern. Die Demokratische Volkspartei Afghanistans, die Anfang des Jahres ihren 15. Gründungstag beging, schließt ihre Reihen.

In diesen Tagen treffen ungezählte Briefe, in denen die Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten ihre Unterstützung für die neue Führung bekunden und dem Sowjetvolk für die Hilfe danken, aus vielen Landesteilen bei Regierung und Parteilührung ein. Wie der Vorsitzende des Ulema-Rates, Abdul Aziz Seddiq, ein namhafter geistlicher Würdenträger Afghanistans, erklärte, ist das ganze afghanische Volk fest entschlossen, auf dem Weg der Aprilrevolution, des vollen Zusammenschlusses aller nationalen und fortschrittlichen Kräfte, der Schaffung eines neuen stolzen, freien und unabhängigen Afghanistan voranzuschreiten. Nachdem die Sowjetunion auf unsere Bitte hin die notwendige Hilfe erwiesen hat, sagte der Vorsitzende des Ulema-Rates, haben wir einen verlässlichen Schutz gegen die imperialistischen Aggressoren und Provokateure...

Jetzt kann die Demokratische Republik Afghanistan alle ihre Kraft einsetzen, um die schöpferischen Aufgaben der Aprilrevolution anzupacken.

„NEUE POLITIK“?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Wenn die Amerikaner an der Schwelle des neuen Jahrzehnts ein Fazit ziehen, verfolgt sie wie ein Alpdruck die Erinnerung an die schlimmen Jahre, als das Land die verberlichen Folgen des Kurses auf militärische Einmischung unmittelbar erleben und sich von der Ausichtslosigkeit der Jagd nach militärischer Überlegenheit überzeugen mußte. Amerika war in einer Sackgasse: Die schroffe Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die Massenbewegung gegen den Krieg, das katastrophale Sinken des internationalen Ansehens waren direkte Folgen dieses abenteuerlichen Kurses.

So trat die Umwertung der Werte ein, qualvoll, aber letzten Endes zur Erkenntnis von Realitäten der heutigen Welt führend. Es ergaben sich weite Möglichkeiten für neue Initiativen im allgemeinen Interesse.

Nun sind wir Zeugen einer neuen Wendung. In seiner Fernsehrede vom 4. Januar sagte Präsident Carter etwas, was in einer Zeit, wo man ein Fazit zieht, merkwürdig scheint: „Die Geschichte gibt wohl sehr wenig eindeutige Lehren.“

Was war das? Ein überraschender Anfall von politischer Blindheit? Die Unfähigkeit, soziale Faktoren zu analysieren? Weder — noch.

Der Präsident möchte, daß zusammen mit ihm auch seine Landsleute die Vergangenheit vergessen, denn diese kehrt nach Washington von heute zurück. Der Beginn der 70er Jahre brachte eine Distanzierung vom Erbe der Abenteurer mit sich. Der Beginn der 80er Jahre zeugt von der Rückkehr zur Politik von gestern, die vom USA-Volk und von der Weltöffentlichkeit verurteilt ist. „Kalter Krieg“, schreit eine in Balckenlettern gesetzte Überschrift auf Seite eins der „New York Post“ dem Leser entgegen. Dieses Blatt zeichnet sich durch einen hemmungslosen Antisowjetismus aus. Aber die Eingebungsquelle seiner Redakteure ist der offiziell verkündete Kurs. „Es gibt keine Politik ohne Stärke. Die Diskussion in Washington dreht sich jetzt um Stärke, vor allem militärische Stärke“, stellt die respektable „Time“ fest.

Die Rede des Präsidenten war eine Art Fazit. Allerdings bezog es sich

nicht auf die gesammelten Erfahrungen, sondern auf die kürzlichen Schritte, die sämtlich darauf gerichtet waren, das Wettrüsten wieder anzukurbeln sowie mobile Kräfte für militärische Interventionen weitab von der amerikanischen Grenze aufzustellen. All das geschieht unter der verschlissenen Flagge des Antisowjetismus.

Der Präsident verkündete eine „neue Politik“ und die Absicht, die Ratifizierung von SALT II im Senat auf unbestimmte Zeit aufzuschieben. Der „neuen Politik“ zufolge spricht die Administration dem afghanischen Volk das Recht ab, über seine innere Entwicklung zu entscheiden, sich selbst aber das Recht zu, sich in die souveränen Angelegenheiten der Demokratischen Republik Afghanistan einzumischen. Carter ging in seiner Rede auf die Entwicklung in Iran ein und versuchte zum x-ten Male, die Festnahme der Mitarbeiter der USA-Botschaft in Teheran zwecks Erpressung und Bedrohung der UdSSR zu benutzen. Dabei sagte er kein Wort über Europa, wo die Entspannung eine besonders starke Entwicklung erfahren hat.

Die „neue Politik“ bedeutet ferner eine Reduzierung der aus Verschulden der amerikanischen Seite ohnehin beschränkten wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Kontakte zwischen der UdSSR und den USA. So wurde amerikanischerseits die Absicht bekanntgegeben, die volle Realisierung der Kontrakte über den Ankauf amerikanischen Getreides zu verhindern.

Der offiziell angegebene Grund für all das ist die Hilfe, die die UdSSR Afghanistan bei der Zurückweisung der Umtriebe der imperialistischen Kräfte und der äußeren Aggression erweist. Der wirkliche Grund ist die Rückkehr zu einer friedensfeindlichen Politik. Als „neu“ wird diese

Politik ausschließlich aus propagandistischen Motiven bezeichnet, denn dahinter steckt die seit langem gehegte, inzwischen aber gescheiterte Hoffnung, in der Auseinandersetzung die Oberhand zu gewinnen. Was sind die Ursprünge der vom Präsidenten melodramatisch verkündeten „neuen Politik“?

Die Presse nannte die Weisung des Weißen Hauses über die Entwicklung und Stationierung der interkontinentalen ballistischen MX-Raketen „den wichtigsten Beschluß über die strategischen USA-Kernkräfte im bevorstehenden Jahrzehnt“. Nicht nur deshalb, weil das MX-Programm mindestens 33 Md. Dollar kostet. Dieser Beschluß leitet eine neue Etappe im nuklearen Wettrüsten ein, kompliziert unermeßlich die Aufgabe der Kontrolle, vor allem aber gibt er Washington das Mittel zum ersten Schlag oder „die Möglichkeit, viele Arten der sowjetischen militärischen Ziele anzugreifen“, wie sich Carter ausdrückte.



Washington. Friedensanhänger bei einer Protestdemonstration gegen das Wettrüsten fordern die Ratifizierung von SALT II.

Foto: J. Lewtschenko (TASS)

Selbstverständlich hat Washington eine Erklärung parat. Es beruft sich auf die „Überlegenheit“ der UdSSR, obwohl die annähernde strategische Parität von allen anerkannt wird. Diese Erklärung erwies sich als haltlos, so lieferte man eine andere. Regierungssprecher erläuterten, das MX-Programm werde die Senatoren für die SALT-II-Ratifizierung gewinnen.

Ein Wettrüsten zwecks Einschränkung der Rüstungen? Das Argument kam fast täglich, ohne deshalb überzeugender zu wirken. Nun ist die Ratifizierung auf die lange Bank geschoben worden, man hat es nicht mehr nötig, mit der Öffentlichkeit zu flirten. Mittlerweile wird an der MX wie auch an der ballistischen Trident-Rakete für Atom-U-Boote weitergearbeitet. Zugleich munkelt man, das Programm für antiballistische

Raketen, Laserwaffen u. ä. sei wieder aktuell.

20 Jahre sahen die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten keine Gefahr in den Mittelstreckenraketen, die auf sowjetischem Boden stationiert sind. Die amerikanischen interkontinentalen Raketen, Bomber und Atom-U-Boote, die britischen und französischen Kernkräfte galten als ein ausreichendes Gegengewicht. Im vorigen Jahr zwangen die USA unter dem Vorwand der alten „sowjetischen Bedrohung“ Westeuropa die Flügelraketen und die Pershing 2 auf, was das bis dahin bestehende Kräftegleichgewicht störte und nach einem Ausdruck der Zeitschrift „Inquirer“ „die Verstärkung des Wettrennens und größere Spannungen in den Beziehungen zur UdSSR nach sich zog“.

Ein weiteres Beispiel für die Heuchelei ist die Geschichte mit der „sowjetischen Brigade“ auf Kuba. Die „Krise“ war von A bis Z erfunden, hinterließ jedoch den sogenannten karibischen operativen Verband mit dem Stab in Key West, Florida, und den Plan einer „Eingreiftruppe“, der jetzt eiligst verwirklicht wird. Die Krise in den Beziehungen zu Iran, ausgelöst durch die Zustimmung zur Ankunft des Schahs in den USA, lieferte den Vorwand für die Wiederbelebung der „Diplomatie der Kanonenboote“, d. h. für die bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Das war eine Fortsetzung der „Kuba-Krise“.

Im Mai v. J. sagte USA-Außenminister Cyrus Vance: „Der Einsatz von Truppen kann und darf nicht eine erwünschte Antwort der USA-Politik auf innere Ereignisse in anderen Staaten sein.“ Heute kreuzen Kriegsschiffe vor der iranischen Küste. Zusätzlich zu den Flotten im Atlantik, im Pazifik und im Mittelmeerraum sollen vor fremden Küsten schwimmende Stützpunkte mit Waffen und Munition für die Invasionskräfte entstehen. Spezielle Transportflugzeuge zur schnellen Truppenbeförderung sind im Bau. Der Grund ist die zunehmende Abhängigkeit vom nahöstlichen Erdöl. Aber Berufungen auf „außerordentliche Umstände“ sind nur etwas für Menschen mit kurzem Gedächtnis.

Der Bau schwimmender Arsenale wurde bereits 1967, mitten im Vietnamkrieg, vorgeschlagen, und zwar von Präsident Johnson, der die USA-Einmischung gern erweitert hätte. Der Senatsausschuß für Angelegenheiten der Streitkräfte lehnte den Plan ab. Sein Vorsitzender Richard Russell, der nicht gerade zu den Tauben im Senat gehörte, motivierte das wie folgt: „Wenn unsere Einmischung in fremde Konflikte rascher und leichter erfolgen kann,

wird das eine Versuchung sein, in viele Situationen einzugreifen.“ Die Ernüchterung, die nach dem Vietnamabenteuer kam, machte sich schon bemerkbar. Aber dem Sicherheitsberater des Präsidenten Zbigniew Brzezinski sind solche Zweifel fremd. Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, erklärt er, die Eingreiftruppen „befähigen uns, rasch, wirksam und vielleicht zeitig in jenen Regionen einzugreifen, wo wir wichtige Interessen, aber keine Truppen haben“.

Soweit die Position der stimmungsgewaltigen Kämpfer für die Einhaltung der Völkerrechtsnormen. Hört man den überseeischen Theoretikern zu, so bedeutet die Aufstellung der Verbände für militärische Einmischung das Ende der Nixon-Doktrin, die die amerikanische „Teilnahme“ auf Waffen- anstatt Truppenlieferungen beschränkte. Aber nicht einmal das trat ein. Heute belaufen sich die Waffenlieferungen an das Ausland auf mehr als 13 Mrd. Dollar im Jahr (gegenüber 0,5 Mrd. in den 50er und den 60er Jahren) und steigen weiterhin rasch an. Am 4. Januar erfuhr die Welt von einer weiteren „Veränderung der Politik“. Die General Dynamics und die Northrop wurden angewiesen, FX-Kampfflugzeuge eigens für den Export zu bauen. Als „Bedarfstäger“ werden schon Pakistan, die Türkei und Taiwan genannt.

Wie man ohne weiteres sieht, wurzelt der für das neue Jahrzehnt abgesteckte Kurs in der Vergangenheit, und die Argumente, die ihn rechtfertigen sollen, sind haltlos oder längst widerlegt. Das Programm von Sanktionen gegen die UdSSR vom 4. Januar verrät die wirklichen Ziele dieses Kurses und erweckt die Gespenster der Vergangenheit zu neuem Leben, die für die internationale Sicherheit und die USA gleichermaßen gefährlich sind. Es handelt sich um einen eindeutigen Rückfall in den kalten Krieg. Prof. S. Hoffmann von der Harvard University schreibt, um die Zickzackpolitik Washingtons zu erklären: „Die Administration hat nie eine klare Politik gegenüber der UdSSR gehabt und bis jetzt keinen Konsens über die Richtung erzielt, in der die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu entwickeln sind.“ Dieses Vakuum wurde von den Politikern der Stärke ausgefüllt, die sich lange Zeit in der Verteidigung befanden. Auch in den USA ist man über den Rückfall besorgt. Die Wochenschrift „New Republic“ vertritt folgende Auffassung: „Die Sicherheit des amerikanischen Volkes beginnt mit der Erkenntnis, daß alle Menschen auf der Erde in einem Boot sitzen.“

New York, den 7. Januar

KOMMENTAR **NZ**

INDIRA GANDHI'S COMEBACK

Die außerordentlichen Parlamentswahlen in Indien sind vorbei. Die meisten Parlamentssitze im Unterhaus erhielt der von Indira Gandhi geführte Indische Nationalkongreß (I). Somit hat sich die in der Presse vorherrschende Prognose nicht bestätigt, daß keine Partei in der Lage sein werde, allein eine Regierung zu bilden. Knapp drei Jahre nach den letzten Wahlen kam es wieder zu einem einschneidenden politischen Stimmungsumschwung und zwar zugunsten der Partei Indira Gandhi.

Was ist denn die Ursache für die so stark schwankenden Sympathien der indischen Wähler? Das rührt wahrscheinlich daher, daß diese sich nicht immer in den Nuancen der flexiblen Wahlpositionen der bürgerlichen Parteien auskennen und stimmen deshalb nicht so sehr mit „ja“, sondern vielmehr mit „nein“. Sie stimmten 1977 klar gegen die Exzesse des Notstandes und ebenso deutlich war jetzt ihre Ablehnung der Janata Party, deren innere Unstimmigkeiten zur Aufspaltung der Partei geführt haben. Die Bevölkerung war über die politischen Gegner des INK (I) äußerst enttäuscht. Besonders deren letzte Regierungsperiode ist durch ein rapides Hochschnellen der Preise gekennzeichnet; auch das Problem der Arbeitslosigkeit ist akut geblieben; in einzelnen Landesteilen kam es zu blutigen Zusammenstößen, hervorgerufen durch religiösen oder Kastenhader.

Die meisten Stimmen büßten die Janata Party (frühere Regierungspartei) und die Lok Dal-Partei ein, deren Führer Charan Singh die Übergangsregierung geleitet hat. Die Kommunistische Partei Indiens und die marxistische Kommunistische Partei, die bei diesen Wahlen gemeinsam unter der Losung der Vereinigung aller progressiven Kräfte auftraten, haben ihre Positionen im Unterhaus stärken können.

In Indien kommt also nach dreijähriger Pause der Indische Nationalkongreß (I) unter Indira Gandhi wieder an die Macht. Frau Gandhi soll wieder Ministerpräsidentin werden. Sie formulierte die Schwerpunkte ihres Regierungsprogramms so: Wiederherstellung von Gesetzlichkeit und Ordnung, der Teuerung Schranken setzen, die Wirtschaftslage verbessern. Das indische Volk erwartet nun die schnelle Verwirklichung dieser Versprechen.

A. USWATOW

ALS GUTE NACHBARN

Im Dezember v. J. fand im Tokioter Hotel New Otani eine Round-Table-Konferenz der sowjetischen und der japanischen Öffentlichkeit statt. Das Thema lautete: „Rolle und Aufgaben der Öffentlichkeit bei der Festigung der Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem japanischen Volk“. Der sowjetische Delegationsleiter Timofej GUSHENKO, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft „UdSSR—Japan“, Minister der Seeflotte der UdSSR, gewährte dem NZ-Korrespondenten Leonid Mletschin nachstehendes Interview.



Eine solche Konferenz wurde, soviel ich weiß, zum erstenmal abgehalten!

Ja, und das erste Experiment ist, nach allem zu urteilen, gelungen. Fünf einflussreiche japanische Massenorganisationen bereiteten die Konferenz vor: die Gesellschaft für Japanisch-Sowjetische Freundschaft, die Parlamentsassoziation für japanisch-sowjetische Freundschaft, die Japanische Assoziation für den Handel mit der UdSSR, der Japanische Verband für Kulturverbindungen mit dem Ausland und die Gesellschaft für japanisch-sowjetische Beziehungen. Japanischerseits beteiligten sich an der Konferenz fast 200 Personen: Vertreter einzelner Parteien (darunter Parlamentsabgeordnete), der Gewerkschaften, der Jugend- und Frauenorganisationen, Geschäftsleute, Journalisten, Wissenschaftler und Kulturschaffende.

Welche Ziele setzten sich die Konferenzteilnehmer!

Ihre Meinungen auszutauschen und darüber nachzudenken, was wir für den Ausbau der Beziehungen tun können. Es waren offene Diskussionen, sowohl auf der Konferenz als auch bei anderen Zusammenkünften: Wir hatten Gespräche mit dem Generalsekretär des Ministerkabinetts Masayoshi Ito, mit den Vorsitzenden beider Parlamentskammern, mit Exponenten der Geschäftswelt und mit den Chefredakteuren großer Zeitungen. All das förderte sehr die gegenseitige Verständigung und die Annäherung der Standpunkte.

Die Konferenz hatte vier Kommissionen. Sie erörterten Fragen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die Perspektiven der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit sowie die Rolle der Öffentlichkeit bei der Entwicklung der Freundschaft zwischen den Völkern. Die einmütige Meinung lautete dahingehend, daß die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit noch ungenügend genutzt werden.

Das sagte auch der Präsident der Gesellschaft für Japanisch-Sowjetische Freundschaft Munenori Akagi, Parlamentsabgeordneter von der Liberal-Demokratischen Partei. Wie er betonte, erreichen die japanisch-sowjetischen Beziehungen noch nicht das gebührende Niveau und müssen entwickelt werden, weil Frieden und Stabilität für Japan seiner Meinung nach auf ebendiesem Weg gesichert werden, was für die Festigung des Friedens auch in Ostasien und im Fernen Osten wichtig ist.

Ich finde, daß unsere Beziehungen gegenwärtig an einem Wendepunkt angelangt sind. Unsere Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Technik und Kultur hat uns solide Erfahrungen gebracht, und sie zeigen, daß sich das Fehlen von Regierungsdokumenten negativ auf den bilateralen Handel und auf die Verwirklichung von Großprojekten auswirkt. Die UdSSR schlug Japan wiederholt vor, verschiedene Aspekte der Zusammenarbeit in Verträgen und Abkommen zu fixieren. Aber die japanische Seite lehnte unter Berufung darauf ab, daß bei ihnen das Privatunternehmertum besteht und die Einmischung in die Angelegenheiten der Gesellschaften inopportun wäre. Dabei beruhen die Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu anderen kapitalistischen Ländern auf langfristigen Regierungsabkommen. Jetzt setzt sich auch in Japan der Standpunkt durch, daß unsere Beziehungen dokumentarisch festgelegt werden sollten. Im Hauptreferat der japanischen Seite hieß es: „Es ist an der Zeit, ein ähnliches Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR zu schließen.“ Selbstverständlich begrüßen wir eine solche Tendenz.

Handelte es sich um ein Abkommen nur auf wirtschaftlichem Gebiet!

Nicht nur. Die Konferenzteilnehmer kamen zu folgendem Schluß: „Die UdSSR und Japan müssen möglichst bald mit der Ausarbeitung eines Dokuments über die Prinzipien der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der guten Nachbarschaft und der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit im Interesse des sowjetischen und des japanischen Volkes, des Friedens und der Sicherheit in Asien beginnen.“ Meiner Überzeugung nach wird dieser Weg dazu führen, eine Atmosphäre von Vertrauen, Wohlwollen und Zusammenarbeit zu schaffen.

Einige Kreise in Japan reden davon, daß die UdSSR bei ihrer Zusammenarbeit mit Japan auf „einseitigen Vorteil“ bedacht sei.

Ich habe so etwas sagen hören. Meines Erachtens sind solche Befürchtungen einfach nicht ernst zu nehmen. Übrigens betonten auch die japanischen Teilnehmer der Round-Table-Konferenz, daß ein Ausbau der bilateralen Kontakte für beide Seiten von Vorteil wäre. Die UdSSR ist ein zuverlässiger und ergiebiger Partner, sie beliefert Japan mit stark gefragten Rohstoffen und kauft Erzeugnisse des Hüttenwesens und des Maschinenbaus, also der Zweige, die in den letzten Jahren Absatzschwierigkeiten haben. Die Wirtschaften unserer beiden Länder konkurrieren nicht miteinander, vielmehr ergänzen sie sich. Im japanisch-sowjetischen Handel kann es das nicht

USA—IRAN

Eskalation der Drohungen

Iran sei ernsthaft von der UdSSR bedroht, erklärte Sicherheitsberater Brzezinski unlängst. Seit 35 Jahren hätten nur die USA Irans Unabhängigkeit garantiert. Gemeint ist also, daß jetzt niemand mehr da ist, der sie garantieren würde.

Ist das nicht ein Hohn auf das iranische Volk? Am 5. Januar gingen über eine Million Teheraner auf die Straße. Sie protestierten voller Zorn — nicht etwa gegen die „sowjetische Bedrohung“, sondern gegen die grobe Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans, gegen die nichtabreißenden Drohungen Washingtons, wirtschaftliche Sanktionen und Militärgewalt gegen Iran anzuwenden.

Einen Tag früher sprach Präsident Carter in seiner Fernsehrede von

geben, was es z. B. im japanisch-amerikanischen und japanisch-westeuropäischen Handel gibt: Tarifkriege, gegenseitige Drohungen usw. Japan hat es nicht leicht im Handelskrieg mit dem Westen: Einst hatte es eine erhebliche Ausfuhrspitze im Handel mit den USA, heute ist es ein großes Defizit. Hinzu kommt der geographische Faktor. Die Seetransporte aus Japan in die sowjetischen fernöstlichen Häfen und zurück sind viel billiger als die Transporte nach Westeuropa, in die USA und nach China. Die UdSSR offeriert konjunktur-unabhängige Geschäfte sowie langfristige Projekte, die der japanischen Industrie eine sichere Perspektive für viele Jahre bieten. Das ist eine Garantie der wirtschaftlichen Stabilität. Deshalb setzt sich die Geschäftswelt Japans für die Zusammenarbeit ein.

Einige japanische Presseorgane schrieben während der Konferenz, man müsse von der UdSSR eine „weichere“ Position erzwingen. Hierbei wurde ins Treffen geführt, daß sich Japan und China rasch annähern.

Widerum die „chinesische Karte“, die man auszuspielen hofft. Ich glaube, die vernünftigen Menschen in Japan haben dieses Spiel langsam satt. Viele Japaner hegen große Befürchtungen über die Annäherung an China, dessen Hegemoniebestrebungen wohlbekannt sind. Die Frage der Shenkakuinseln bleibt offen, sie wurde während des Peking-Besuchs von Premierminister Ohira nicht einmal erörtert, aber die chinesische Führung hat ihre Ansprüche nicht aufgegeben. Die Gewährung von

Anleihen und der wirtschaftlichen Hilfe bei der Verwirklichung der „vier Modernisierungen“ ist ebenfalls keine sehr eindeutige Sache, und Chinas Nachbarländer sind nicht von ungefähr beunruhigt. In Tokio hörten wir auch die Gegner einer Annäherung an China. Sie sagten, daß Japan sich faktisch an der Modernisierung der chinesischen Streitkräfte beteiligt, wenn es China im Bereich der Wissenschaft, Technik und Industrie hilft.

Bei unseren Gesprächen sagten wir immer wieder, man möchte uns doch richtig verstehen, wir sind nicht gegen die japanisch-chinesischen Beziehungen, doch sind Versuche, dadurch die Position der UdSSR zu beeinflussen, aussichtslos.

Während der Konferenz wurde versucht, ihnen die Erörterung der „territorialen Frage“ aufzuzwingen.

Man hat uns sogar eine Petition irgendwelcher pomphaft benannten Gruppen unterbreitet. Natürlich können wir nicht übersehen, daß genügend einflußreiche Kreise die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in Zweifel ziehen, die nationalistischen Stimmungen schüren und der Tendenz zur Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen zur UdSSR entgegenwirken. Als z. B. eine seriöse Zeitung, die insgesamt wohlwollend über den konstruktiven Charakter unserer Konferenz schrieb, doch eine ganze Spalte der „Gebietsfrage“ widmete, ging es meiner Meinung nach um eine vorsätzliche Geschichtsfälschung, die vor allem die Jugend irreführen sollte.

Ich möchte hier einige Angaben aus der „Akahata“ zitieren: Die Regierung Japans steigert neuerdings die Ausgaben für die Aktivierung antisowjetischer Kampagnen unter dem Vorwand der erfundenen sowjetischen Bedrohung. Im laufenden Finanzjahr werden für diese Zwecke 12,7 Md. Yen bereitgestellt. Demgemäß nimmt die Zahl antikomunistischer Äußerungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu.

Gewiß wirkt sich so etwas aus. Unsere Delegationsmitglieder berichteten ausführlich über die Geschichte der sowjetisch-japanischen Beziehungen, und verschiedene Menschen sagten uns danach aufrichtig, daß sie nichts davon gewußt hatten. Wenn man die Kulturkontakte betrachtet, so liegt auf der Hand, daß die Sowjetbürger über ihre japanischen Nachbarn viel besser informiert sind als umgekehrt.

Die Round-Table-Konferenz der Öffentlichkeit ermöglichte uns eine Diskussion über den gesamten Fragenkreis unserer wechselseitigen Beziehungen. Die japanischen Kollegen versprachen, die Regierung von den Konferenzergebnissen als Meinung der Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen. Wichtig ist, daß immer mehr Japaner die Auffassung vertreten: Trotz unterschiedlicher Ansichten müssen unsere beiden Völker als gute Nachbarn miteinander leben.

der Absicht, „die langfristigen Interessen der USA zu schützen“ und die Freilassung der amerikanischen Geiseln „ohne Blutvergießen“ zu erwirken, schwieg sich jedoch über die gerechte Forderung Irans aus, den Schah, diesen Verbrecher, dessen Despotie 35 Jahre durch Washington garantiert wurde, auszuliefern und dem iranischen Volk die vom Schah zusammengeraubten und in den USA-Banken deponierten Reichtümer zurückzugeben. Carter berief sich heuchlerisch auf die „sowjetische Bedrohung“, sagte jedoch kein einziges Wort über den USA-Flottenverband, den größten seit dem zweiten Weltkrieg, der im Persischen Golf und im Arabischen Meer konzentriert ist, und über die geheimen CIA-Aktivitäten mit dem Ziel, die antilimperialistische Revolution in Iran von innen zu sprengen.

Indessen werden die modernsten Schiffe der USA-Marine auf die antiranische Operation vorbereitet: die Träger „Midway“ und „Kitty Hawk“, ferner „Nimitz“ und „Coral

Sea“, die mit Voldampf auf das vermutliche Schlachtfeld hinsteuern. Washington rechnet damit, von mehreren Ländern dieser Region (genannt werden Somalia, Oman, Saudi-Arabien und Kenia) die Erlaubnis zur Unterbringung der Invasionskräfte auf ihrem Territorium zu erhalten.

Allerdings erklären sich nur zwei Staaten — Israel und Ägypten — offen bereit, bei diesem gefährlichen Abenteuer mitzumachen. Sie haben die USA aufgefordert, ihre bewaffnete Aktion gegen Iran zu forcieren, und ihnen Stützpunkte für Operationen im Nahen und Mittleren Osten angeboten. Während die Kriegsvorbereitungen forciert werden, wird gleichzeitig ein Geheimkrieg geführt. USA-Agenten stiften Unruhen, organisieren Aktionen von Separatisten, versuchen, die iranische Führung zu spalten sowie unterschiedliche politische und religiöse Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Davon zeugen die bewaffneten Zusammenstöße, zu denen es

Anfang Januar in Qum, Täbris und anderen iranischen Städten kam.

In dieser Situation besuchte UNO-Generalsekretär Waldheim in einer Pause zwischen zwei Sitzungen des Sicherheitsrates das Land. In einer Mitteilung des iranischen Außenministeriums zu diesem Besuch heißt es, Waldheim habe die „schlechte Informiertheit“ der UNO über das Geschehen in Iran und über die Ausmaße der Verstöße des Schahregimes gegen die Menschenrechte hervorgehoben. Der iranische Außenminister Ghotbzadeh sagte, die Frage der Freilassung der Geiseln sei mit den legitimen Forderungen Irans in Verbindung zu bringen. Wie ein Sprecher des UNO-Generalsekretärs sagte, haben seine Verhandlungen mit den iranischen Führern „den Boden für eine friedliche Beilegung der entstandenen Krise mit vorbereitet“. Zweifellos bestehen Möglichkeiten für einen solchen Ausgang, wird aber Washington sie wahrnehmen?

A. STEPANOW

START IN DEN WAHLKAMPF

Von unserem ständigen Berichterstatter
Alexander SMIRNOW

In Peru verspricht der Sommer 1980 heiß zu werden, womit ich nicht so sehr das Wetter wie die Voraussagen der politischen Beobachter meine. Das Land rüstet zu den Wahlen, die am 18. Mai stattfinden. Nach fast 12 Jahren Amtsdauer der Militärregierung steht den Peruanern die Rückkehr zu den demokratischen Regierungsformen, die Wahl eines Präsidenten, zweier Vizepräsidenten und beider Parlamentskammern bevor. Das Wort Rückkehr könnte ich in Anführungszeichen setzen, denn die früheren Zivilregierungen glichen kaum dem bürgerlich-demokratischen Modell. Gerade während der Herrschaft der nationalistischen Militärs habe sich — so die britische „Financial Times“ — bei vielen Peruanern der Wunsch geregt, Rechte zu fordern, von denen sie vorher keine Ahnung gehabt hatten.

Die politischen Kräfte sind bereits am Start zum Wahlkampf angetreten. Eifrig bereiten sich darauf die wichtigsten bürgerlichen Parteien vor, die schon Erfahrungen aus dem Kampf vor den Wahlen zur Konstituante (Juni 1978) besitzen, die die neue Verfassung der Republik annahm. Da über 30% der Stimmen für die Linke abgegeben wurden, sahen sich diese Parteien genötigt, ihr Wahlprogramm und die Ausdrucksweise ihrer Führer zu korrigieren. Heute nennen sich so gut wie alle bürgerlichen Parteien links oder schlimmstenfalls linkszentristisch. Das tut die Volkspartei (APRA), die Partei Volksaktion unter Ex-Präsident Fernando Belaúnde Terry und sogar die mit dem Großkapital liierte ausgesprochen rechte Christliche Volkspartei (PCP).

Diese Verwandlungen sind kein Zufall. Infolge der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt wird die Lage der Volksmassen in Peru mit jedem Tag schwerer. Auf der Suche nach einem Ausweg mußte die Regierung vom Internationalen Währungsfonds diktierter Maßnahmen treffen, die unpopulär sind. Sie hat die Aufwendungen für den Staatsapparat stark gekürzt und ihre Subventionen für importierte Nah-

rungsmittel eingestellt. Dadurch steigen die Preise rapide und wird das Arbeitslosenproblem akuter. Die Streiks nehmen zu und erfassen ganz verschiedene Berufsgruppen. Gestreikt haben die Metallurgen, die Bankangestellten, die Verkehrsarbeiter und die Lehrer.

Aus Furcht, der Einfluß der wirklich fortschrittlichen Parteien und anderen Organisationen könne zunehmen, führen die bürgerlichen Parteien den Kampf für soziale Gerechtigkeit im Munde.

Indessen sind in diesen Parteien, besonders den größten, linke Tendenzen aufgekommen und wachsen an. Das gilt in erster Linie für die APRA. In den gut 50 Jahren ihres Bestehens hat sie viele Verwandlungen durchgemacht. Vom antiimperialistischen Standpunkt, den sie in den 20er Jahren einnahm, ging sie allmählich über den streitbaren Antikommunismus zu einem bürgerlich-reformistischen Programm über. Ihre Geschichte folgte dem Lebensweg Víctor Raúl Haya de la Torres. Dieser starb im vergangenen August 84jährig, kaum daß er als Vorsitzender der Konstituante die neue Verfassung unterzeichnet hatte.

Durch seinen Tod veränderte sich merklich die Situation in der APRA, verstärkte sich der Kampf zwischen ihren verschiedenen Strömungen. Dieser Kampf schwoll besonders an, als der Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden sollte. Er entspann sich vor allem zwischen Andrés Taunsend, der den konservativeren Flügel repräsentiert, und Armando Villanueva, der namentlich an die APRA-Mitglieder aus der Arbeiter- und Studentenschaft appelliert. Villanuevas Erklärungen haben antiimperialistische Untertöne. Er verspricht, die APRA zu den Idealen der 20er Jahre zurückzuführen. Überhaupt sei er, wie er sagt, für das Modell der europäischen Sozialdemokratie. Die Tatsache aber, daß die APRA je nach der politischen Konjunktur schon oft ihre Stellung gewechselt hat, veranlaßt viele zur Vorsicht den Wahlversprechungen des APRA-Kandidaten gegenüber und dazu, sich keine Illusionen zu



machen. Zum Unterschied von vielen namhaften Apristen, darunter auch dem verstorbenen Haya de la Torre, und den Führern anderer bürgerlicher Parteien anerkennt Villanueva öffentlich die Wichtigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die die Militärregierung vorgenommen hat, und verspricht, falls er bei den Wahlen siege, sie zu vertiefen. Er erklärt sich für eine Regierung aus allen politischen Kräften des Landes mit Ausnahme der Ultralinken.

Wie dem auch sei, seine Taktik hat gewirkt. Auf dem APRA-Parteitag vom Oktober nahmen 641 (gegen 432) Delegierte dafür Stellung, daß er zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten der APRA nominiert wird.

Die rechtsstehende Christliche Volkspartei nahm den Wahlkampf bei einem großen Verlust ihres politischen Gepäcks auf. Bei den Wahlen zur Konstituante kritisierte sie nur die Regierung als die Hauptschuldige an der Wirtschaftskrise des Landes und an der schlechteren Lage der Massen. Ein eigenes konkretes Programm für die Lösung der Wirtschaftsprobleme aber hatte sie den Wählern nicht zu bieten. Der Führer der PCP, Luis Bedoya Reyes, weiß, daß er keine Aussicht auf die Präsidentschaft hat, und bemüht sich, möglichst viele seiner Anhänger ins Parlament und in die neue Regierung hineinzubringen.

Die Volksaktions-Partei Ex-Präsident Belaúnde Terrys ist im Rennen nach wie vor ein Außenseiter. Sie hat sich an den Wahlen zur Konstituante nicht beteiligt und so ihr Wahlpotential geheimgehalten. Auf die bevorstehenden Wahlen aber bereitet sich Belaúnde Terry rührig vor. Er ist wohl der einzige Präsidentschaftskandidat, der alle Leistungen der Militärregierung hartnäckig leugnet. Das ist auch kein Wunder. Die nationalistischen Militärs entzogen 1968 ja gerade ihm die Präsidentschaft.

In seinem Wahlkampf legt Belaúnde den Akzent auf die „guten alten Zeiten“, verschweigt aber, daß, als er regierte, das US-Kapital und die multinationalen Konzerne in fast allen Lebensbereichen des Landes das Heft in der Hand hatten. Er setzt sich auch jetzt energisch für

eine Orientierung auf die USA ein und rechnet auf allseitige Unterstützung des Weißen Hauses und vor allem auf nordamerikanisches Geld für seinen Wahlkampf.

Ebenso wie Bedoya Reyes stützt sich Belaúnde auf die reichsten Bevölkerungsschichten und die Kompradoren-Großbourgeoisie. Beide verfolgen, abgesehen von gewissen Unterschieden, ein und dasselbe Ziel: das Land im kapitalistischen System festzuhalten und nicht zuzulassen, daß das soziale und wirtschaftliche Experiment der patriotischen Militärs wiederholt wird.

Obwohl sich die APRA-Führung mit linken Losungen einigermaßen in Gegensatz zu den Rechten gebracht hat, halten viele Beobachter

nehmen, kämpfen energisch für eine wirkliche Demokratisierung.

Am konsequentesten sind die Peruanische Kommunistische Partei (PKP), die Sozialistische Revolutionäre Partei (PSR) und die vor zwei Jahren gebildete Volksfront der Arbeiter, Bauern und Studenten (FOCEP). Sie erkennen die Gefahren eines Machtantritts der Rechtskoalition, haben deshalb einen Wahlblock gebildet und andere linke Organisationen aufgefordert, ihm beizutreten.

Dem Zustandekommen einer breiten Linksfront sind die Spalterumtriebe verschiedener trotzkistischer und maoistischer Gruppierungen hinderlich. Sie haben eigene Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Unter diesen Umständen hat der Linksblock beschlossen, eine eigene Wahlliste und als Kandidaten für die Präsidentschaft Rechtsanwalt Jénaro Ledesma Isquieta, den Vorsitzenden der FOCEP, aufzustellen, für den Posten des ersten Vizepräsidenten Jorge del Prado, den Generalsekretär des ZK der PKP, und für den des zweiten Vizepräsidenten Antonio Meza Cuadra, den Generalsekretär der PSR.

Mitte Dezember wurden die Wählerlisten fertiggestellt. An den Wahlen können schätzungsweise 6 Millionen Personen teilnehmen, um 2 Millionen mehr als an den Wahlen zur Konstituante. Zum erstenmal dürfen auch Analphabeten wählen. Anders als bei früheren Wahlen

gibt es einen einzigen Wahlzettel, auf dem die Wähler durch Kreuzchen kenntlich machen werden, wen sie wählen. (Früher hatte jede Partei ihren eigenen, was viele Möglichkeiten zu Schiebungen bot.)

Es steht bereits fest, daß die neue Zivilregierung ihr Amt am 28. Juli 1980, am Unabhängigkeitstag Perus, antritt. Dann beginnt eine neue Phase im Leben des Landes. Aber die 12jährige Regierungsdauer der Militärs, die von ihnen eingeleiteten sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen im Interesse der Massen werden, trotz allen Fehlern und Abweichungen, nicht spurlos vorübergehen. Was für eine Regierung die jetzige auch ablösen mag, sie wird den inzwischen eingetretenen Wandlungen und der großen politischen Aktivität der früher entrechteten Volksmassen Rechnung tragen müssen.

Lima



Der Linksblock hat zum Kandidaten für den Posten des ersten Vizepräsidenten Jorge del Prado, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Perus, nominiert.

Foto aus der Wochenschrift „Unidad“

eine Wahlabmachung der drei bürgerlichen Parteien nicht für ausgeschlossen.

Ihre Vertreter haben bereits über ein Gentleman's Agreement beraten, dank dem ein Präsidentschaftskandidat durchkommen könnte, der zwar die meisten, aber nicht die erforderlichen 36% der Stimmen bekäme. Die Fortschrittskräfte sind gegen eine solche Vereinbarung. Sie sind der Meinung, daß sie unter den Verhältnissen Perus nicht so sehr — was ihre Urheber behaupten — eine Stabilität der Zivilregierung gewährleisten wie dazu führen würde, den revolutionären Prozeß im Interesse des Auslandskapitals und der inländischen Oligarchie zu unterbinden.

In den letzten Jahren ist das Lager der Linken in Peru wesentlich erstarkt. Die fortschrittlichen Parteien und Organisationen, die innerhalb und außerhalb der Konstituante die Interessen der Volksmassen wahr-

KOMMENTAR NZ

DAS GOLD UND DER DOLLAR

Das Tempo, in dem in den ersten Januartagen die Goldmarktpreise stiegen, war beispiellos. So wurde am 3. Januar eine Unze (31,1 g) auf westeuropäischen Börsen jede Stunde um einen Dollar teurer. In einer Woche stieg der Goldpreis insgesamt von 550 auf 650 Dollar die Unze.

Die Hauptgründe für dieses „Goldfieber“ bleiben die alten: An der Kaufkraft der westlichen Währungen zehrt eine chronische Inflation, und die Reichen beeilen sich, ihr Geld in Gold anzulegen. Seine Gewinnung in der kapitalistischen Welt bleibt aber in den letzten Jahren ohnehin hinter der schnell steigenden Nachfrage zurück. Wie auch schon früher flüchtet man am schnellsten vom Dollar zum Gold.

Das Mißtrauen gegenüber der US-Währung wird nicht nur durch die hohen Inflationsraten und die eindeutige Unfähigkeit der Administration Carter, der Teuerung Einhalt zu gebieten, gespeist. Der Dollar wurde international auch durch die Ereignisse Ende 1979 ausgehöhlt: Blockierung der iranischen Dollarkonten, Anheizung der Spannung in der Region am Persischen Golf und erneutes Anziehen der Ölpreise durch die OPEC-Länder.

Der letzte Faktor gab der Konkurrenz zwischen den drei Zentren des Imperialismus einen neuen Aspekt: Da der Dollar nach wie vor die Leitwährung für die Verrechnungen mit den OPEC-Ländern bleibt, führt seine Talfahrt dazu, daß das Erdöl die EWG und Japan billiger zu stehen kommt, wenn sie es mit ihren nationalen Währungen bezahlen. So seien diese Länder der westlichen Presse zufolge an einem Sturz des Dollarkurses interessiert.

Und noch ein Rekord. Eine Billion Dollar — das war ein Rekordumsatz auf dem internationalen Geldmarkt, an dem die US-Währung maßgeblich beteiligt ist. Enorme Geldmittel, die sich wegen ihrer Fluktuation jeder Kontrolle entziehen, bewirken das ständige Bergab des Dollars und das Bergab des Goldpreises.

Das „Goldfieber“ zerstört die Hoffnungen Washingtons auf eine Stabilisierung des Dollarkurses. Dort hat man nämlich erwartet, daß die Wirtschaftslaute in den USA zu einem Rückgang des Imports und zur Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz führen werde, was eine zeitweilige Erhöhung des Währungskurses bewirkt hätte. Dennoch: Die Situation des Dollars ist heute so schlecht, daß viele Finanzexperten im Westen die Prognose wagen, der Goldpreis habe noch nicht sein Maximum erreicht.

F. GORJUNOV

KONSORTEN

In Peking ist in den letzten Jahren ein altes chinesisches Sprichwort besonders beliebt: „Ob eine Katze nun schwarz oder weiß ist — die Hauptsache, sie fängt Mäuse.“ Möglicherweise hat man sich an dieses Sprichwort auch an dem Tag erinnert, als die chinesische Führung beschloß, unter den Führern des bereits vor einem Jahr gestürzten Pol-Pot-Regimes einige Umbesetzungen vorzunehmen.

Staff Pol Pot wurde der „Renmin ribao“ zufolge Khieu Samphan, der „Staatschef“ blieb, zum „Ministerpräsidenten“ ernannt. „Pol Pot aber bekam als „Trostpflaster“ das Amt des „Oberkommandierenden“. In der neuen „Kabinettsliste“ finden sich

nicht wenige Namen anderer Henker — Ieng Sary, Son Sen, Ieng Thirith... Bei dem kürzlichen Tribunal in Phnom Penh wurden sie des Genozids an ihrem eigenen Volk für schuldig befunden.

In Peking hofft man, die westlichen Länder würden es ohne Pol Pot leichter haben, das gestürzte Regime offen zu unterstützen. Dort rechnet man offenbar auch damit, die Überreste von Pol Pots Mörderbanden, die mit ihnen konkurrierenden Mitglieder der Terroristenorganisation „Khmer Serei“ und die Sihanouk-Anhänger fester zusammenzufassen.

„Da nun alle „Führungsanwärter“ in entsetzliche Verbrechen verwickelt sind und folglich keine „weiße Katze“ zur Verfügung steht, bleibt nur, die schwarzen Katzen auszuwechseln.

J. DIMOW

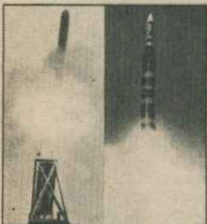
...UND SCHWIEG

Ein guter Arbeiter soll seinen „Arbeitgeber“ lieben, sich nicht an Streiks beteiligen, sich fern von der Allgemeinen Arbeitskonföderation (CGT), der Französischen Demokratischen Arbeitskonföderation (CFDT) und erst recht von der FKP halten.

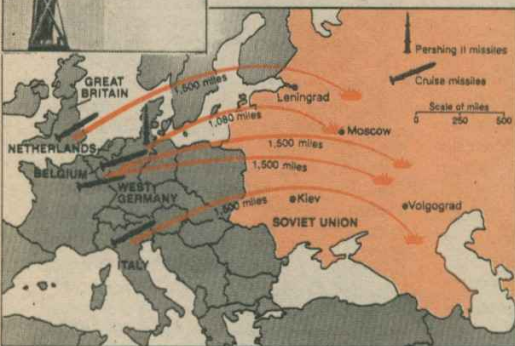
Ein schlechter Arbeiter hingegen mag seinen Patron nicht, streikt, gehört der CGT oder der CGDT an und macht, was besonders schlimm ist, gemeinsame Sache mit Kommunisten.

So sieht in Kürze eine Klassifizierung des Personals in einem Betrieb des Automobilkonzerns Peugeot im Departement Doubs aus. Über jeden Arbeiter hat man dort eine Geheimakte angelegt, die die verschiedensten Angaben über die Privat-

sphäre des Arbeiters enthält. Sondere... schen un... pathien... te-Syste... „völlig u... gezeichn... Die „M... Geheimal... erwiesen... höhungen... nen. Die... derartige... Was de... lich über... letzung d... beitsgeset... trages? A... eine ent... sche Anfr... refitte ri... das brisa...



Interpretationshilfe



In Vorwegnahme der Ergebnisse der NATO-Ratstagung, die den Beschluß faßte, neue US-Raketen in Westeuropa zu stationieren, erklärte Zbigniew Brzezinski: „In enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten sind wir bemüht, die Bedrohung seitens der auf Westeuropa gerichteten sowjetischen Kernwaffen abzuwenden.“

Jede NATO-Aktion wird als „defensiv“ offeriert. General Bernard Rogers aber, der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, bezeichnete die neuen Waffen nicht nur als Mittel zur „Verteidigung“, sondern auch zur „Abschreckung“.

„U. S. News & World Report“ stellt seinen Lesern diese „Verteidigungs- und Abschreckungsmittel“ vor — die Cruise Missiles und die Pershing-2-Raketen. Was unter „Verteidigung“ und „Abschreckung“ wirklich zu verstehen ist, verdeutlicht eine Karte aus dem Nachrichtenmagazin.

V. GRIBATSCHOW

UND DANN?

Gleich nach dem Beschluß, daß es seine Lebensader Nilwasser für die Bewässerung der Negev-Wüste in Südisrael zu nutzen, ordnete Präsident Sadat der Kairoer Wochenzeitschrift „October“ zufolge an, ein Projekt für eine Ableitung dieses Wassers unmittelbar nach Jerusalem auszuarbeiten. Durch eine Pipeline unter dem Suezkanal soll das Nilwasser zur Sinaihalbinsel, dann in die Negev-Wüste und anschließend nach Jerusalem gepumpt werden.

Gesagt, getan — Sadat war persönlich beim feierlichen Baubeginn der Wasserleitung zugegen. Doch nicht alle in Ägypten teilen die Begeisterung der amtlichen Propaganda. Die Zeitung „Al-Shaab“, Organ der Sozialistischen Partei der Arbeit, schrieb: Paradoerweise helfen wir mit eigenen Händen den alten Traum der Zionisten von einem „Großisrael“ vom Nil bis zum Euphrat zu verwirklichen, nachdem Tel Aviv seine Pläne mit Gewalt nicht hatte verwirklichen können. Und das Bulletin der Nationalen (linken) Fortschrittspartei, „At-Takaddum“, äußerte sich so: „Während Tel Aviv weiterhin arabische Gebiete besetzt hält und behauptet, Jerusalem bleibe für alle Zeiten die Hauptstadt Israels, wird vom ägyptischen Volk erwar-

opfert, um israelische Gebiete zu bewässern und Jerusalem mit Wasser zu versorgen. So etwas und die Israel garantierten Lieferungen von

ANDERE FLÜCHTLINGE

Wie oft wird in Washington den Flüchtlingen helfen! Doch wenn v... linge aus Haiti auftauchen, erwar... einen wandern ins Gefängnis, and... rechtloses Dasein fristen. Etwa 90... es in den USA.

Sie fliehen vor dem Wüten der Lebenszeit“, Duvalier jr., einer D... tchetregime aufnehmen kann, flie... das Schicksal Tausender politische... wohl noch am Leben! — nicht zu... drückt alle gewerkschaftlichen Ak... erhalten nur die Kinder der Grob... bung von Duvalier. Infolgedessen... Analphabeten. Ebendeshalb flie... Lebensgefahr auf Fischerbooten... bei der 1200 km langen Seefahrt... beunruhigt Washington nicht.

In Haiti, wo drei Viertel der... Unterernährung und Auszehrung... der ausländischen „Hilfe“ in den... Duvalier-Regime liegt Washington... dort für „taktlos“ erachtet, den Fl... blik zu helfen.

VERSUCHSBALLON

Der Beschluß der NATO-Führung, neue US-Atomraketen-systeme zu stationieren, hat die Militäristen zu beiden Seiten des Atlantiks mobilisiert. Die Ritter des kalten Krieges wittern Morgenluft. Das war ja auch so gedacht von jenen, die der Welt unter dem Vorwand der Wiederherstellung eines „gestörten militärischen Gleichgewichts“ eine noch härtere, qualitativ höhere Runde des Wettrüstens aufzwingen wollen.

Der Beschluß über eine NATO-„Nachrüstung“ mit Cruise Missiles und Pershings scheint gewissen Leuten schon „nicht ausreichend“. Die „Frankfurter Allgemeine“, Sprachrohr einflußreicher militärischer und politischer Kreise der BRD, schrieb in einem Leitartikel: Für den Westen bedeutet das „keine entscheidende Verbesserung... der Gleichgewichtslage...“ Was für eine „Verbesserung“ wollen diese Kreise eigentlich denn noch? Lang ist ihr Wunschzettel.

Seinerzeit setzte das Oberkommando der Wehrmacht seine Hoffnungen auf die „Tiger“, dann auf die „V“ oder auf eine andere „Wunderwaffe“, die es ihnen ermöglichen würde, den Krieg doch noch zu gewinnen. Der Bundeswehrklüngel giert nach Waffen, die ihm schlagartig die herbeigesehnte militärische Überlegenheit geben würden. „Dazu bräuchte es noch dringender der kleinsten Kernwaffen, der Neutronenwaffe...“ Klein, aber oh!

Es geht hier um jene barbarischen Waffen, deren Produktion Washington wegen des energischen Widerstands der europäischen Öffentlichkeit aufschieben mußte. Doch jetzt läßt die „Frankfurter Allgemeine“ bereits einen Versuchsballon für eine „Neutronen-nachrüstung“ der NATO auf.

Die Militäristen haben große Ambitionen — heute Cruise Missiles und Pershings, morgen Neutronenbomben. Welche „Verbesserung“ werden die Generale übermorgen verlangen?

W. KUZNEZOW



Spielereien der „Selbstverteidigungskräfte“

„Manövriertfähig, mit sehr fester Panzerung“ — so lobt ein lächelnder Junge im Sturzhelm den neuesten japanischen T-74-Panzer. Auf einer anderen Seite läßt ein anderer, nicht weniger sympathischer Bursche dazu ein, doch einmal einen Blick in ein U-Boot zu werfen. Der Kapitän drückt sich ans Sehrohr, der Operator hat die Hand auf dem Startknopf. Im nächsten Augenblick rast ein Torpedo auf den Gegner zu. Das Kind ist hell begeistert: „Nein, in solcher Enge und so viele Geräte!“

Das japanische Verteidigungsamt hat sich diese Reklame ausgedacht: Ein nettes Kindergesicht soll die Flugzeuge, U-Boote und Raketen in der Propaganda der „Selbstverteidigungskräfte“ als völlig harmlos erscheinen lassen, als ob die ständige Verstärkung der Armee und deren Ausrüstung mit moderner nicht nur „defensiver“ Kriegstechnik keine schwere Verletzung der japanischen Verfassung darstellt, sondern nur ein Kinderscherz ist.

Im Haushaltsvoranschlag für das neue Finanzjahr hieß es, das Budget des Verteidigungsamtes für derartiges „Spielzeug“ solle etwas gekürzt werden, doch die

Generale machten sich stark. Sie griffen zu bewährten Argumenten: Von der „militärischen Bedrohung“ seitens der UdSSR bis hin zu Warnungen, daß „diese Entscheidung die japanisch-amerikanischen Beziehungen gefährdet“. Wenige Tage später meldete die Zeitung „Nihon Keizai“ befriedigt: Vertreter des Militär-Industrie-Komplexes haben den Kabinettsbeschluß zur Erhöhung der Rüstungsausgaben gebührend gewürdigt. Jetzt wird das Verteidigungsamt eine zusätzliche Anzahl „Spielzeug“ bestellen — Düsenjäger vom Typ F-15, die in der Luft aufgetankt werden können, Torpedoboote und T-74-Panzer.

Spielzeug ist zum Spielen da. Das Verteidigungsamt hat gerade erst die Erlaubnis erhalten, bei „außerordentlichen Umständen“ (die nicht näher präzisiert werden) ohne Zustimmung der Regierung und des Parlaments Kampfhandlungen aufzunehmen. Doch die Generale des Verteidigungsamtes, die heute die Jugend für den militaristischen Wahn begeistern wollen, können Japan morgen schon in ein hochgefährliches Spiel hineinziehen.

M. LEONIDOW

Sinai-Öl jährlich zu hohen Preisen bedeuten die Gefahr für die Sinaihalbinsel. Israel nicht zum Nil dann kommt eben sein (mit Hilfe Sadats) ael.

S. ANDREJEV

FLÜCHTLINGE

sprochen, man müsse die Küste Floridas Flüchtlingen schweres Los. Die sen als „illegale“ ein urtliche Flüchtlinge gibt

des „Präsidenten auf die es mit dem Pino-Willkür, fliehen, um unge — wie viele sind Die Regierung unter- Zugang zur Bildung isie und der Umge- 10% der Bevölkerung ie Menschen unter e von ihnen kommen eben. Doch all das

erung unter ständiger andet fast die Hälfte- Duvalier-Clans. Das Herzen, daß man es en aus der Inselrepu-

W. ROSEN

AM INSTABILITÄTSBOGEN ENTLANG

Viktor SIDENKO

Einmal forderte der amerikanische Konsul in der Republik Anchuria bei seiner Regierung durch Eilteleogramm dringend zwei Kanonenboote zur Niederwerfung der rebellierenden Eingeborenen an. Wie staunte er, als er nach einiger Zeit eine Postsendung mit zwei Kanarienvögeln aus Washington bekam, wo man ihn mißverstanden hatte.

Werter Leser, Sie wissen wahrscheinlich, daß diese Episode dem Roman „Kohlköpfe und Könige“ von O. Henry entnommen ist. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Riesige Flugzeugträger unter US-Flagge, neben denen Kanonenboote wie Vergnügungsdampfer aussehen würden, durchfurchen die Meere und bedrohen den Frieden und die Sicherheit der Völker. Jederzeit können von ihnen Überschalljäger mit Kernbomben aufsteigen.

Ende vorigen Jahres gab Präsident Carter bekanntlich ein fünfjähriges Programm für die Aufstockung der amerikanischen Streitmacht in Gebieten bekannt, „die nicht von Militärböcken unter Beteiligung der NATO erfaßt sind“. Er stellte eine Erhöhung der militärischen Aufwendungen im Jahresdurchschnitt um 4,5% greifbar in Aussicht. Der Drang nach militärischer Überlegenheit kommt in dem Beschluß des amerikanischen Regierungschefs zum Ausdruck, Eingreifkräfte aufzustellen und sie mit einer neuen Kriegsflotte, mit großen Transportflugzeugen, mit Panzern usw. auszurüsten. Auch Atomraketen und konventionelle Waffen hat man nicht vergessen.

Das erklärt man wie gewöhnlich mit einer angeblichen Kriegsdrohung der UdSSR. Dabei hat Carter noch vor einem Jahr behauptet, daß „die USA einem beliebigen Militärpotential der Sowjetunion gewachsen sind, wie groß es auch sein mag“. Hat diese es etwa in einigen Monaten fertiggebracht, die USA militärisch so weit zu überrunden, daß sie ein langfristiges Programm militärischer Vorbereitungen brauchen, um aufzuholen? Daß solche Argumente nicht stichhaltig sind, liegt auf der Hand.

Und hier ein anderes Argument. Carter hat die meisten seiner sozialen und wirtschaftlichen Versprechen von 1976 nicht gehalten und sucht jetzt, aus Zugeständnissen an den Militär- und Industriekomplex, an die chauvinistischen Kreise der USA

politisches Kapital zu schlagen. In diesem Zusammenhang äußert die Londoner „Times“ den „schweren Verdacht, daß die politischen Wahlkampf motive die Oberhand über die Interessen der Nation gewinnen“. Das hat etwas Wahres, und gar nicht so wenig. Treiben die herrschenden Kreise der USA aber nur aus diesen Motiven ihr frevlerisches Spiel mit dem Frieden? Stopft Washington etwa nur aus diesen Gründen immer neue Mittel dem Kriegsmoloch in den Rachen?

Zu diesen Fragen veranlassen uns einige Stellen in der erwähnten Rede Carters, die im Westen schon „eine Variation der Fulton Rede Churchills“ genannt wird. Carters Rede enthält die Drohung, „anderen eine Abfuhr zu erteilen“; er nimmt für die USA in Anspruch, „das mächtigste Land der Welt mit besonderen Verpflichtungen“ zu sein, und verkündet die Absicht, „einen beliebigen Lauf der Ereignisse in verschiedenen Gebieten“ zu unterbinden, falls er für die USA unvorteilhaft sein sollte. Man fragt sich: Wen meint er mit „anderen“? Was für „besondere Verpflichtungen“ maßt man sich am Potomac an? Wo denkt man, „den Lauf der Ereignisse“ zu unterbinden?

Man braucht nicht erst lange auf der Weltkarte zu suchen, um herauszubekommen, wen die US-Imperialisten meinen. Sie versuchen nicht nur, eine militärische Überlegenheit über die sozialistischen Länder zu erlangen, sondern auch das Schwert gegen die Entwicklungsländer und alle Völker zu ziehen, die sich nicht von den USA diktieren lassen wollen.

Bär und Bienenstock

Das Scheitern des Vietnamabenteuers Washingtons war für die herrschende Elite der USA ein schwerer Schlag. Man sprach von einem „vietnamesischen Trauma“ und einem „indochinesischen Katzenjammer“. Und man schwor: „Vietnam wird sich nie wiederholen!“ Das war eine Niederlage nicht nur für die amerikanischen Waffen, es war ein Fiasko für das ganze System der Beziehungen zwischen Washington (mit seinen Imperiumsgelüsten) und den Entwicklungsländern. Der Glauben an die Macht des

militärischen Diktats, an das Faustrecht war in den USA für eine Zeitlang erschüttert.

US-Senator Hart schilderte die Stimmung, die damals unter den Mächtigen Amerikas herrschte, bildhaft wie folgt: „Nach Vietnam führen wir uns wie ein Bär auf, der in einen Bienenstock gegriffen hat, aber keinen Honig herausholen konnte, obendrein von den Bienen über und über gestochen worden ist und deshalb jeden anderen Bienenstock mit großer Vorsicht beäugt. Vietnam hat uns u. a. gelehrt, wählerischer zu sein.“

Das hat zu einer gewissen Umstellung in der neokolonialistischen Strategie Washingtons, will sagen, zu einer gewissen Versetzung der Akzente in der Politik der USA den Entwicklungsländern gegenüber, geführt. Man hat sich immer öfter darauf orientiert, diese unter politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und ideologischen Druck zu setzen, und versprach sich davon, daß sich dort die Situation allmählich zugunsten der USA verändern würde. Man befehligte sich eines „differenzierten Herangehens“ an diese Länder mit Rücksicht auf die Vieltätigkeit ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch ihrer sozialen und wirtschaftlichen Orientierung. Von der unverhohlenen Konfrontation mit den fortschrittlichen Regimes ging man allmählich dazu über, sich bei ihnen anzubiedern. Die Errichtung und Stützung diktatorischer Regimes war immer öfter mit einem Kurs auf ein Bündnis mit dem gemäßigten Reformismus in der Freiheitsbewegung und mit den bürgerlich-demokratischen Regimes verbunden. Etwas anders wurde auch die Wirtschaftsstrategie des Neokolonialismus, die darauf abzielte, die einheimische Bourgeoisie hochzupäppeln, die dem Neokolonialismus in Zukunft eine Stütze sein kann, und mit ihr als Juniorpartner zusammenzuarbeiten. Kurz gesagt, nahm man darauf Kurs, den Entwicklungsländern einen „abhängigen Kapitalismus“ aufzuzuktroieren.

Gewisse Kreise im imperialistischen Lager rechneten offensichtlich darauf, daß die internationale Entspannung, die sich inzwischen schon recht gut anließ, zum Abflauen des Befreiungskampfes beitragen werde. Sie faßten sie als eine Art Garantie für das Fortbestehen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Status quo in der Welt auf. Man rechnete darauf, daß die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder „der Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zum Westen zuliebe“ aufhören würden, den Freiheitskampf der vom Imperialismus unterjochten Völker

zu unterstützen, daß sie ihren Prinzipien und ihrer internationalistischen Pflicht diesen Völkern gegenüber entsagen und diese im Angesicht des Imperialismus im Stich lassen würden.

Es muß gesagt werden, daß wir niemals Anlaß zu derartigen Illusionen gegeben haben, so daß es nicht unsere Schuld ist, wenn jemand sie hegte. Wer in dieser Hinsicht Pläne schmiedete, muß für folgenden Ausspruch Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU taube Ohren gehabt haben: „In den Entwicklungsländern wie auch überall stehen wir auf seiten der Kräfte des Fortschritts, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit und verhalten uns zu ihnen wie zu unseren Freunden und Kampfgenossen.“

Übrigens zerstreuten sich die Illusionen über ein Abbremsen des antiimperialistischen Kampfes sehr bald.

Die Entspannung erwies sich nicht als Hemmschuh, sondern als ein zusätzlicher starker Impuls für den antiimperialistischen Kampf der Völker der Entwicklungsländer, die die Solidarität und den Beistand der sozialistischen Welt genießen. Das vorige Jahr brachte nicht nur zahlreiche Beispiele für diesen Kampf, es ließ auch besonders anschaulich einige Gesetzmäßigkeiten erkennen, die davon zeugen, daß er sich ausdehnt und vertieft hat und in ein qualitativ neues Stadium getreten ist.

Drei neue Faktoren

Erstens sind in den antiimperialistischen Kampf Gebiete einbezogen worden, die noch vor kurzem eine „tote Zone“ in der nationalen Freiheitsbewegung zu sein schienen. Dort sind unmerklich Kräfte des Protests herangereift und hat sich bei den Massen revolutionäre Energie gesammelt.

Ein wichtiger Schlag gegen die Positionen des Imperialismus war der Sieg der gegen den Schah gerichteten Revolution im Iran. Dabei hatte das Schah-Regime fast als das zuverlässigste militärische und politische Bollwerk des Neokolonialismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegung des Mittleren Ostens, als „subimperialistischer Kraftgenerator“ in diesem Raum und als wichtiges Kettenglied der Politik gegolten, die auf eine imperialistische Einkreisung der UdSSR abzielt. Nun ist dieses Bollwerk wie ein Kartenhaus umgefallen.

Die Aufhebung der iranischen Monarchie hat um so größere Bedeutung, als nicht einfach ein Glied aus der Kette der imperialisti-

schen Herrschaft ausgefallen, sondern ein ganzes Modell neokolonialistischer Entwicklung zusammengebrochen ist, das der Imperialismus auch den anderen Entwicklungsländern aufzunötigen versuchte.

Vom weiteren Anwachsen der antiimperialistischen Bewegung in der Welt zeugt die starke Aktivierung des revolutionären Prozesses in Mittelamerika.

Die lateinamerikanischen Revolutionäre sehen den Sturz der auf die USA orientierten Diktatur in Nicaragua als den größten Sieg der dortigen Völker nach der Revolution auf Kuba an.

Fortschrittliche Wandlungen sind auf Jamaika und in Grenada eingetreten. In anderen Ländern gärt es. Das alles zeugt davon, daß in Mittelamerika noch ein Brennpunkt des Befreiungskampfs der Völker gegen den Imperialismus entstanden ist und auf die Situation in ganz Lateinamerika revolutionierend wirken kann und auch schon wirkt. Nicht von ungefähr hat die US-Zeitschrift „Nation“ Nicaragua mit einem Brand und dessen Nachbarländer mit trockenem Reisig verglichen.

Auch an den herkömmlichen allergischen Punkten der Erde, solchen wie dem Süden Afrikas und dem Nahen Osten, ist der antiimperialistische und antirassistische Befreiungskampf nicht ins Stocken geraten. Der Widerstand des Volks von Namibia gegen die Rassistenherrschaft der RSA wird stärker. Nach der Londoner Rhodesienkonferenz ist die Freiheitsbewegung auch in Rhodesien in ein neues Stadium getreten. Die Bewegung gegen die Apartheid in der RSA dehnt sich aus. Durch die entschlossenen Gegenaktionen der arabischen Völker im Nahen Osten ist die amerikanisch-israelische Politik der Separatabmachungen völlig festgefahren.

Ein weiteres und — wir betonen — äußerst wichtiges Moment in der Entwicklung des revolutionären antiimperialistischen Prozesses besteht darin, daß sein sozialer Inhalt profunder geworden ist und daß der Klassenfaktor darin eine immer größere Rolle spielt.

Am deutlichsten zeigt sich das darin, daß der Kreis der sozialistisch orientierten Länder größer geworden ist und sich konsolidiert hat. Die Erfahrung lehrt, daß diese Orientierung nichts Ausgedacht, den Völkern von außen Aufgezwungenes ist, sondern daß in ihr eine gesetzmäßige Entwicklungstendenz zum Ausdruck kommt. Ungeachtet einzelner Unterbrechungen und Fehlschläge „reproduziert“ sie sich immer von Neuem. In den letzten Jah-

ren sind zu den Ländern, die sich nichtkapitalistisch entwickeln, weitere gestoßen.

Die fortschrittlichen Regimes in anderen Ländern — solchen wie Äthiopien, Moçambique, Angola und die VDR Jemen — erstarken politisch und wirtschaftlich. Zugleich werden in den anders orientierten Ländern die Kommunisten und die revolutionär-demokratischen Kräfte, die den Kapitalismus als Instrument zur Lösung der akuten Entwicklungsprobleme ablehnen, immer einflußreicher.

Der Sieg der revolutionär-patriotischen Kräfte in Kampuchea über das promaoistische Henkerregime Pol Pots hat gezeigt, daß auch die Ideen des „Kasernenhofkommunismus“ bei den Völkern der Entwicklungsländer keinen Rückhalt finden. Die Errichtung der wirklichen Volksordnung in Kampuchea, die ein Fiasko für das „Exportmodell des Maoismus“ bedeutete, kann mit gutem Grund als ein wichtiges Glied in der Kette der revolutionären Errungenschaften der Völker angesprochen werden.

Das dritte neue Moment schließlich ist, daß der nationale Befreiungskampf sowohl seiner Form als auch seinem Inhalt nach immer mehr einen internationalen Charakter annimmt. Besonders sieht man das im wirtschaftlichen Bereich. Immer entschlossener wirken die frei gewordenen Länder gemeinsam auf eine radikale Umstellung im System ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum Westen hin, darauf, daß sich in diesem Bereich die Grundsätze der Demokratie und Gleichberechtigung durchsetzen, womit sie das „Allerheiligste“ des Imperialismus antasten.

Der internationale Charakter des Befreiungskampfes der Völker tritt in den letzten Jahren deutlich darin zutage, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenen immer mehr eine antiimperialistische Ausrichtung annimmt. Die Beschlüsse des 6. Gipfels der Nichtpaktgebundenen in Havanna zeugen, obwohl manche Formulierungen durch Kompromisse zustande gekommen sind, davon, daß diese Bewegung im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden und Entspannung zunehmend ins Gewicht fällt. Sie arbeitet immer enger mit der Welt des Sozialismus zusammen.

Das zeigte sich vor kurzem auch darin, daß die Entwicklungsländer dem Antrag der UdSSR in der UNO zugestimmt haben, in einer Resolution den Hegemonismus zu verurteilen. Der von einer Gruppe nichtpaktgebundener Länder eingereichte

Resolutionsentwurf enthielt das Wichtigste aus dem sowjetischen Entwurf. Die Annahme dieser Resolution hat vor Augen geführt, daß das Zusammenwirken der Entwicklungs- und der sozialistischen Länder im antiimperialistischen Kampf auch in der Weltpolitik und Diplomatie konkreten Charakter annimmt.

Das Fazit fällt also keineswegs zugunsten des Imperialismus aus. Es ist nicht gelungen, die Freiheitsbewegung mit neuen Mitteln zum Abflauen zu bringen. Die neokolonialistische Taktik, die in der iranisch-amerikanischen Krise am krassen Ausdruck kommt, ist festgefahren.

„Geostrategische“ Sackgasse

Unter diesen Umständen werden die aggressivsten Tendenzen der Politik des US-Imperialismus virulenter. Die Sehnsucht nach der Kanonenbootdiplomatie hat wieder zugenommen, sie überspielt den „Vietnamkatzenjammern“, macht aus den gestrigen Kanarienvögelchen und Tauben Falken und nimmt den Machthabern die Fähigkeit zu nüchternem Urteilen.

Alle diese Verwandlungen sind natürlich nicht über Nacht eingetreten. Symptome der Sehnsucht nach den Zeiten des „großen Knüppels“ zeigten sich schon früher. Der erste konkrete Schritt dazu, die USA wieder zum Weltgendarmerie zu machen, wurde im September 1979 getan, als Washington beschloß, in Key West (Florida) einen Sonderstab einzusetzen und ihm Eingreiftruppen zur Kontrolle über den Karibikraum beizugeben. Die US-Presse nannte das die Antwort auf die revolutionären Wandlungen in diesem Raum.

Das weitere zeigte ganz deutlich, daß das kein lokales Vorgehen war. Ebenso wenig kann man den Beschluß der kürzlichen NATO-Rats-Tagung, neue Systeme amerikanischer Atomraketen zu stationieren, als eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit nur Europas ansehen. Gefährdet ist der ganze Mittelmeerraum, von Gibraltar bis zum Nahen Osten. Ein großer, ja sogar größerer als vorher beabsichtigt gewesener Teil dieser Waffen soll ja gerade in diesem Raum — in Italien — stationiert werden, von wo aus sie Ziele überall im Nahen Osten treffen können. Diese Wendung ist um so gefährlicher, als die Entscheidung, Atomraketen zum Einsatz zu bringen, ganz von Washington abhängen wird. Folglich bekommt es neue Mittel in die Hand, auf die Länder dieses Raums zu drücken, um eine gerechte Bereinigung der Nahostkri-

se zu vereiteln und die dortigen Völker zu unterjochen.

Die „New York Times“ berichtete schon am 15. März 1979, Washington sei dazu übergegangen, den südostasiatischen Nachbarn Indochinas mehr militärische Hilfe zu erweisen. Auch dort wird ein Herd des Wettbewerbs angezündet.

Aus den militärischen Aktivitäten der USA ergibt sich ein Gesamtbild ihrer aggressiven Betätigung in globalem Umfang.

Sieht man denn nicht, daß der Kurs auf eine globale Aufstockung der US-Streitmacht eine in die Vergangenheit weisende Politik ist? Mit der Vergangenheit hat er vieles gemein, nicht zuletzt auch die abgedroschene Lesart von der Hand Moskaus. Dieses Lügenmärchen ist nicht totzukriegen. Es spricht auch aus den Auffassungen der Atlantikstrategen, die nicht anerkennen wollen, daß die revolutionären Wandlungen in den Entwicklungsländern real und unwiderruflich sind. Nicht umsonst verlangt Zbigniew Brzezinski, der Konstrukteur des berühmten „Instabilitätsbogens“, daß der Plan zu einem „Reagieren von jenseits des Horizonts“ ausgeführt wird, mit dem man eine Einmischung des Pentagons in die inneren Angelegenheiten der auf besagtem „Bogen“ liegenden Länder rechtfertigen will. Die geostrategischen Gesichte, die Franz Josef Strauß erscheinen, sind noch monströser. Er sieht das „Umsichgreifen des sowjetischen Expansionismus“ nicht nur auf dem „Bogen“, sondern auf einer riesigen Parabel, die an einer Seite bis Pakistan und an der anderen bis Südafrika reicht.

Mit alledem wolle man dem Westen wertvolle Energiequellen und andere „für die westlichen Industrienationen lebensnotwendige Rohstoffe“ nehmen und in einem Aufwasch, wo immer möglich, „proletarische Revolutionen anstiften“ („Welt am Sonntag“ vom 11. Dezember, Beitrag mit der Überschrift „So will uns Moskau in die Zange nehmen“). Und erst die hysterische Kampagne, die die westliche Presse im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Afghanistan aufgezo-gen hat!

Das alles wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. Besorgniserregend sind diese Versuche, den Rückfall in die Vergangenheit mit der „sowjetischen Bedrohung“ sogar einiger westlicher Beobachter begründen zu wollen. Im „Wall Street Journal“ schreibt William Quandt: „Das Gerede von einem ‚Instabilitätsbogen‘ hilft wenig. Die Realitäten sind viel ernster.“

Im gleichen Tonfall äußert sich Thom Wicker in der „New York Times“. Er zitiert den forschen Polizeipräsidenten von Los Angeles, Darryl Gates, der sagte, er brauche nur eine tüchtige Polizeistreife nach Teheran zu schicken, um dort „Ordnung zu schaffen“, und fügt hinzu: „Das ist nur ein bißchen absurder als Präsident Carters Plan, neue Eingreiftruppen aufzustellen, die schnell in Position gebracht werden könnten, um den Indik und die dritte Welt zu überwachen.“

Sehr wahr. Der Rückfall des Imperialismus in die Politik der Stärke und des militärischen Diktierens kann ihm nur neue, noch schwerere Niederlagen bringen.

BIOGRAPHISCHES



MINISTERPRÄSIDENT IRLANDS CHARLES HAUGHEY

Charles Haughey (geb. am 16. September 1925 in Castlebar, Grafschaft Mayo, Irland) studierte an der National University und der juristischen Hochschule King's Inns (Dublin).

1947—1957 Dienst in der irischen Armee; seit

1957 Parlamentsabgeordneter der Fianna Fáil. 1960 Parlamentssekretär des Justizministers, 1961 Justizminister; 1964—1966 Minister für Landwirtschaft und Fischerei, 1966 bis 1970 Finanzminister.

1970 wurde er der Verbindungen mit der verbotenen Irischen Republikanischen Armee beschuldigt; das Oberste Gericht bestätigte diese Beschuldigung nicht, trotzdem mußte Ch. Haughey zurücktreten. Das brachte ihm Popularität und den Ruf eines Anhängers der Vereinigung Irlands ein. 1972 wurde er Vizepräsi-

dent der Fianna Fáil, 1974 ihr Ehrensekretär.

1977 wurde Haughey Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge in der Regierung Lynch.

Am 7. Dezember 1979 wurde Haughey auf einer Sitzung der Parlamentsfraktion der Fianna Fáil zu deren Vorsitzendem gewählt, am 11. Dezember vom Präsidenten der Republik zum Regierungsoberhaupt ernannt. Beobachter schreiben, als Regierungspartei hoffe die Fianna Fáil, ihre Positionen bis zu den Parlamentswahlen (Mitte 1982) zu festigen.

IN DER REVOLUTION GEBOREN

Die äthiopischen Revolutionäre gründen eine Partei der Werktätigen. Dem Dekret des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (PMVR) vom 18. Dezember v. J. über die Einsetzung einer Kommission zur Gründung dieser Partei ging eine umfassende Vorbereitungsarbeit der revolutionären Militärbehörden unter den Massen voraus.

Als sich das Volk Äthiopiens, eines der am schwächsten entwickelten Länder der Welt, vor mehr als fünf Jahren gegen das despotische Kaiserregime erhob, übernahmen fortschrittlich gesinnte jüngere Offiziere und Soldaten die politische Führung in diesem Kampf. Der konsequente Kurs des Militärrates auf eine grundlegende Umwandlung der äthiopischen Gesellschaft fand im Volk Unterstützung. Der PMVR orientierte sich auf die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft und leitete eine großangelegte Kampagne zur Politisierung der Massen und zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus ein.

Wie der Direktor der Politischen Schule, Tadesse Gebre-Ziaher, mit dem ich mich vorigen Herbst in Addis Abeba traf, erzählte, hat die Schule bereits Hunderte qualifizierte Propagandisten ausgebildet, die gegenwärtig in den entferntesten Gegenden Äthiopiens tätig sind. Er sagte: „Ihr Beitrag zur Sache der Revolution ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Mit Ihrer Hilfe erkennt das Volk die Größe unserer Aufgaben und die Notwendigkeit der Einheit aller Äthiopier im Kampf für das neue Leben.“

Die Veränderungen, die in Äthiopien in den Jahren der Revolution eingetreten sind, zeugen davon, wie ernst und zielbewußt die äthiopischen Führer an die Zukunft ihrer Heimat herangehen. Die Marksteine der Septemberrevolution von 1974 sind die Agrarreform, die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige und die Kampagne zur Liquidierung des Analphabetentums. Das ganze Volk beteiligte sich an diesen Maßnahmen der Regierung; das war entscheidend für ihren Erfolg und ermöglichte noch tiefere Umgestaltungen.

Die überwiegende Mehrheit der 30-Mio-Bevölkerung Äthiopiens sind Bauern, deren Leben noch in vieler Hinsicht nach althergebrachter Weise verläuft. Die Revolution hat sie von der feudalen Knechtung befreit und ihnen den Grund und Boden gegeben. Die Genossenschaftsbewegung auf dem Lande zeigt das hohe Be-

wußtsein der Bauern und die Tatsache, daß sie die Politik der revolutionären Führung verstehen. Die Arbeiterklasse, die fortschrittliche Intelligenz und die patriotische Geistlichkeit tragen zur Entwicklung der äthiopischen Revolution bei.

Die Äthiopier beurteilen die komplizierten Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, ganz nüchtern. Elend, Analphabetentum und Krankheiten grassieren noch in Stadt und Land, Landwirtschaft und Industrie stehen auf einer niedrigen Entwicklungsstufe. Hinzu kommen nicht abreißende Provokationen der inneren und äußeren Reaktionäre, die Umtriebe der imperialistischen Mächte, die die alten Zustände wiederherstellen möchten. Das äthiopi-



Das sozialistische Äthiopien sorgt für die heranwachsende Generation. ADN/TASS-Bild: In einem Kindergarten von Addis Abeba.

sche Volk konnte zwar die territoriale Integrität seiner Heimat behaupten und das Treiben volksfeindlicher Untergrundgruppierungen neutralisieren, aber die Sicherung der Revolution bleibt eine Hauptaufgabe. Gleichzeitig damit gilt es, die sozialökonomischen Umgestaltungen fortzuführen, die den Zweck haben, die Überreste des Feudalismus zu beseitigen und das Leben der einfachen Menschen zu verbessern. Die äthiopischen Revolutionäre kamen zu dem Schluß, daß unter diesen Umständen die Gründung einer Partei als lenkende und mobilisierende Kraft der ganzen Gesellschaft für den Fortschritt des Landes lebenswichtig wäre. „Es können nur zwei Garantien unserer Revolution, unserer Einheit und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung bestehen; die Schaffung einer festen Wirtschaftsbasis und die Gründung einer Partei der Werktätigen, die ständig die Leitung ausüben wird“, betonte vor kurzem der PMVR-Vorsitzende Mengistu Haile Mariam.

Jetzt ist der erste Schritt zur Gründung der Partei getan und die Zusammensetzung der Kommission zu ihrer Gründung festgelegt.

Wie es im erwähnten PMVR-Dekret heißt, kann Mitglied der Kommission jeder Werktätige oder Angehörige der revolutionären Armee sein, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, die Philosophie des Marxismus-Leninismus und das Programm der nationaldemokratischen Revolution anerkennt und einen bedeutenden Beitrag zur Sache der Revolution geleistet hat.

Die Partei der Werktätigen wird die einzige in Äthiopien sein. Ihre historische Mission besteht darin, „den Feudalismus, Imperialismus und bürgerlichen Bürokratismus restlos zu beseitigen ... das Volk zwecks Errichtung der sozialistischen Gesellschaft im Lande zu leiten“.

Zur Erziehung von Parteifunktionären wird die Kommission zahlreiche politische Schulen, Diskussionsforen und Seminare einrichten. Die äthiopischen Revolutionäre wollen enge Beziehungen zu den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, zu den nationalen Befreiungsbewegungen und demokratischen Organisationen herstellen. Mengistu Haile Mariam, der einstimmig zum Vorsitzenden der Kommission gewählt wurde, sagte: „Wir lernten bei den anderen Revolutionen und werden es weiterhin tun.“

Unsere Generallinie ist der sozialistische Entwicklungsweg und die Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.“

Kein Zweifel, die Erfahrungen des Parteaufbaus in den sozialistischen Ländern werden für Äthiopien von Nutzen sein. Die UdSSR stand immer auf seiten der äthiopischen Revolution, sowohl in den schweren Jahren des bewaffneten Kampfes gegen deren Feinde als auch in der Zeit des friedlichen Aufbaus. Die sowjetisch-äthiopischen Beziehungen basieren auf dem Freundschafts- und Beistandsvertrag von 1978. Sie festigten sich noch mehr nach dem Äthiopienbesuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Alexej Kossygin im vorigen September.

Mit der Einsetzung der Kommission für die Gründung der Partei tut das äthiopische Volk einen wichtigen Schritt vorwärts. Das wird ihm die Errungenschaften der Revolution zu verankern und den Kampf für das neue Äthiopien erfolgreich fortzusetzen helfen.

B. ASSOJAN

OLIVER TAMBO: WIR SIND ÜBERZEUGTE INTERNATIONALISTEN

Unser ständiger Berichterstatter Sergej Pefuchow traf sich in Lusaka mit Oliver TAMBO, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas und ersuchte ihn, einige Fragen zu beantworten.



Wie beurteilen Sie die Situation im Süden Afrikas nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Feuereinstellung in Rhodesien?

Der Befreiungskrieg des Volkes von Simbabwe ist Bestandteil und Fortsetzung der Befreiungskriege, die die Völker des Südens Afrikas seit Anfang der 60er Jahre gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid führen. Seitdem haben diese Völker ihre Reihen enger geschlossen, denn sie haben erkannt, daß sie für eine gemeinsame Sache gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen. Die revolutionären Erfahrungen haben ihr politisches Bewußtsein geformt und ihnen den Gegner klar gezeigt.

Deshalb sehen wir in der Unterzeichnung des Abkommens über die Feuereinstellung einen strategischen Sieg der Völker unserer Region und aller Fortschrittskräfte. Doch der Feind ist noch nicht vernichtet. So geht der Kampf der Völker weiter und richtet sich gegen das letzte Bollwerk des Kolonialismus und Rassismus: gegen das südafrikanische Apartheidregime, das in Namibia und in der RSA vernichtend geschlagen werden muß.

Jetzt ist der Schwerpunkt die Vorbereitung der Wahlen in Simbabwe. Aber die Imperialisten, vor allem Großbritannien, stellen das Abkommen als Signal zur Beendigung des revolutionären Kampfes im Süden Afrikas dar, als Rückkehr zu einer Zeit, da die Rassisten angeblich die Lebensbedingungen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen verbesserten.

Eine solche Kampagne gehört zur großangelegten imperialistischen Gegenoffensive im Süden Afrikas, die sich zwei strategische Ziele setzt: den Status quo in Südafrika zu erhalten sowie die Revolutionen in Moçambique und Angola zum Rückzug zu zwingen. Deshalb müssen alle ant imperialistischen Kräfte höchste Wachsamkeit üben.

Was können Sie über die mili-

tärische Präsenz der RSA in Rhodesien sagen?

Sie begann in den ersten Tagen des Regimes von Ian Smith und seit den ersten Schüssen, die im bewaffneten Kampf für die Befreiung Simbawes fielen. Der Kampf wurde 1966 aufgenommen, und schon ein Jahr später mußten Tausende südafrikanische Soldaten das Smith-Regime vor dem Zusammenbruch retten. Die militärische RSA-Präsenz nahm jahraus, jahrein zu. Zehntausende Einwohner von Simbabwe und viele Einwohner von Moçambique, Sambia und Botswana fielen, weil sich die Südafrikaner in den Krieg aufseiten des Smith-Regimes einmischten.

Die Anwesenheit der Truppen Pretorias in Simbabwe ergibt sich aus der Rolle der RSA als Gendarm, der die eigenen Interessen, aber auch die Interessen des Imperialismus als Ganzes verteidigt. Unlängst erklärten die RSA-Behörden unverschämt, sollte das Volk bei den bevorstehenden Wahlen in Simbabwe für die Patriotische Front stimmen, so würden sie zur militärischen Gewalt greifen, um die Regierung der Front zu stürzen und ein Marionettenkabinett unter Bischof Muzorewa an die Macht zu bringen. Diese herausfordernde Haltung zeigt noch einmal, daß der Kampf für volle und wirkliche Unabhängigkeit bei weitem noch nicht zu Ende ist und daß wir ihn gegen den südafrikanischen und internationalen Imperialismus weiterführen müssen.

In der RSA werden die Repressalien verstärkt. Berichten Sie bitte über den Prozeß gegen den ANC-Funktionär James Mange und über ähnliche Prozesse.

Gerichtsfarce gegen die Apartheidgegner sind in Südafrika gang und gäbe. Aber immer weitere Verhaftungen, Folterungen und harte Urteile können die Patrioten nicht brechen, vielmehr machen sie die Bewegung für den Sturz des Rassistentystems noch heftiger. Das Volk ist fest entschlossen, seine Freiheit zu erringen.

James Mange und seine elf Kameraden wurden des Hochverrats (und nicht des in solchen Fällen üblichen Terrorismus) beschuldigt, damit das Todesurteil gefällt werden könnte. Das ist nichts anderes als unverhohlener Mord am politischen Gegner des Regimes. Der ANC forderte die internationale Öffentlichkeit zum Protest auf, um das Botha-Regime am Gewaltakt gegen James Mange zu hindern.

RSA-Außenminister Botha erklärte, Pretoria wolle „die menschenunwürdigen und schmählischen Formen der Rassendiskriminierung“ beseitigen, doch würden die Afrikaner trotzdem nicht an die Macht zugelassen, denn das werde die Probleme des Landes nicht lösen.

Rassendiskriminierung kann sowieso nicht „würdig“ oder annehmbar sein. Schon die Idee der Teilung der Macht zwischen Weißen und Schwarzen ist rassistisch. Wir verlangen nicht etwa unseren Anteil, wir kämpfen dafür, daß die politische und wirtschaftliche Macht dem ganzen Volk Südafrikas, unabhängig von Rasse oder Hautfarbe, übergeben wird. Das ist unsere Antwort auf die Probleme der RSA. Herr Botha sollte die vom ANC verkündete Freiheits-Charta aufmerksamer lesen.

Welche Kampfformen wendet der ANC an, um das Volk Südafrikas zu befreien?

Im Kampf für den Sturz des Rassistenregimes in der RSA verbinden wir die politische Massenarbeit mit den Aktionen der Arbeiter und den bewaffneten Aktionen unserer Volksarmee, die Umkhonto we sizwe (Speer der Nation) heißt. Trotzdem vertreten wir immer den Standpunkt, daß nur eine breite politische Bewegung des ganzen Volkes den Erfolg auf der gegenwärtigen Etappe sichern kann.

Deshalb ist die Mobilisierung der Massen unsere aktuellste Aufgabe. Wir intensivieren unsere Arbeit unter verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen. Der politische Kampf besteht darin, die rassistischen Behörden täglich herauszufordern, ihnen Widerstand zu leisten und gegen ihren Kurs auf die Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Knechtung der Volksmehrheit aufzutreten. Der stärkste Teil unserer Bewegung ist die Arbeiterklasse, die sich hauptsächlich aus Schwarzen zusammensetzt. In den letzten Jahren demonstrierte sie wiederholt ihre Stärke und Aktivität. Unsere organisatorische und politische Tätigkeit entfaltet sich auch auf dem Lande, wo das Volk in Bantustans zusammengepfercht ist, wobei die Rassisten diese Bantustans gegeneinander aufhetzen.

Die Aufbietung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen das Rassistenregime ist die Grundlage des bewaffneten Widerstands, den das Volk selbst entfaltet hat. Mit jedem Jahr erweitert die Umkhonto we sizwe ihre Operationen. Die künftigen Siege der Völker von Simbabwe und Namibia werden die Möglichkeit geben, auch in der RSA die militärischen Operationen der Patrioten auszudehnen.

Die ganze Welt ist über die Nachricht beunruhigt, daß in der RSA eine Atombombe getestet wurde. Wie könnte sich der Umstand, daß Pretoria Kernwaffen besitzt, auf die Lage in Afrika auswirken!

Die westliche Presse bezweifelt manchmal, daß eine Atombombe in der RSA wirklich zur Explosion gebracht wurde. Doch liegen unumstößliche Beweise für die Absicht und die Fähigkeit des Rassistenregimes vor, die Atomwaffen zu bauen. Sie könnte in ihren Händen zu einem Mittel der Erpressung der afrikanischen Länder werden und Pretoria ungestraft Aggressionen ermöglichen. Außerdem wäre das ein Vorwand, die RSA in die NATO aufzunehmen, das den Wirkungsbereich dieses Blocks auf die südliche Hemisphäre ausdehnen würde. Was aber den Kampf der afrikanischen Völker für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, darunter den Kampf des Volkes Südafrikas, betrifft, so kann die Atombombe in den Händen der südafrikanischen Rassisten ihn keineswegs dämpfen, im Gegenteil, der Kampf wird weitergehen.

Bekanntlich unterhalten Großbritannien, die USA, die BRD, Frankreich und Israel entgegen den entsprechenden UNO-Resolutionen wirtschaftliche und militärische Beziehungen zur RSA.

In zahlreichen Urkunden und bei friedlichen Manifestationen rief die Weltöffentlichkeit jedes dieser Länder dazu auf, die RSA politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell zu isolieren. Das läge im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Afrika und der ganzen Welt. Aber besagte Länder hören weder auf die Weltöffentlichkeit noch auf die UNO, noch auf die unmittelbaren Opfer der rassistischen Verbrechen. Mehr noch, sie geizen nicht mit Geld, um die Wirtschaft und das Rüstungspotential des Regimes in Pretoria zu stärken, weshalb dieses sein Apartheidsy-

stem aufrechterhalten und sich die direkte militärische Einmischung in Rhodesien leisten kann. Offenbar glauben die Westmächte, ihre Interessen in der RSA retten zu können, wenn sie das Rassistenregime die Provokationen im Süden Afrikas schüren lassen. Doch ist es zweifelhaft, ob die Interessen des Westens dabei noch beachtet werden.

Auf die westlichen Länder, die den Rassisten Vorschub leisten, muß man Druck ausüben, damit sie das verhaßte, verbrecherische Regime der weißen Minderheit nicht mehr unterstützen.

Die Führer Pretorias reden in letzter Zeit von der Absicht der RSA, ein „Staatengestirn“ zu schaffen.

Diese Führer wissen, daß die Befreiungsbewegung bei den Fortschrittskräften der Welt Unterstützung findet, und suchen schon seit langem nach Verbündeten, um ihr dem Untergang geweihtes System zu retten.

Der frühere RSA-Premierminister Verwoerd trug sich seinerzeit mit der Idee, eine „Gemeinschaft der Nationen Südafrikas“ zu gründen. John Vorster, ebenfalls Expremier, unternahm nach dem Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal und nach dem Zusammenbruch von dessen afrikanischem Kolonialreich verzweifelte Versuche, ein Bündnis mit den unabhängigen afrikanischen Staaten auf der Basis eines „Dialogs“ zustande zu bringen. Der heutige rassistische Premier, Botha, redet von der Schaffung eines „Staatengestirns“. Ursprünglich sollten ihm alle Länder Südafrikas bis zu Zaire angehören und Pretoria die politische und militärische Führung übernehmen. Dann dürften alle diese Länder die Macht der weißen Minderheit gegen die Völker verteidigen, die gegen den Rassismus, für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen. Die unabhängigen afrikanischen Staaten lehnten dieses Ansinnen ab. Das „Gestirn“ soll sich neuerdings aus den Bantustans in der RSA selbst, also aus eindeutig marionettenhaften Gebilden, zusammensetzen. Allerdings hat Botha den Gedanken offenbar nicht aufgegeben, ins „Gestirn“ das künftige unabhängige Simbabwe sowie Namibia aufzunehmen. Ebendeshalb gab er unumwunden die Absicht bekannt, den Übergang der

Macht in Simbabwe an die Patriotische Front mit Waffengewalt zu verhindern. Pretoria hegt den Plan, die Kommandohöhen in den verschiedenen Lebensbereichen von Simbabwe zu besetzen, um die internationale Isolierung zu überwinden und aus der Einkreisung durch die revolutionären Befreiungskräfte auszubringen. Hierbei arbeitet Botha eng mit der britischen Regierung zusammen. Aber sein „Staatengestirn“ hat nicht mehr Chancen als die anderen ähnlichen Vorhaben, die schon gescheitert sind.

Welche Bedeutung hat die Solidarität der Fortschrittskräfte für den Kampf des Volkes Südafrikas!

Sie ist sehr groß. Die heutige Situation in der RSA, in der sich das Unterjochungsregime der Rassisten genötigt sieht, auf die mächtige Befreiungsbewegung unter Führung des ANC und seiner Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen, ist ein direktes Ergebnis der umfassenden internationalen Solidarität mit unserem Kampf. Eine solche Solidarität wird von den Nachbarländern der RSA, anderen Mitgliedern der Organisation der Afrikanischen Einheit, von vielen fortschrittlichen Parteien und Organisationen, von unseren Freunden in verschiedenen Teilen der Welt geübt.

Unsere Erfolge sind dank den Siegen unserer Kampfgenossen möglich geworden, die sich ihrerseits auf die internationale Solidarität stützten. In diesem Sinne ist das Abkommen über die Feuer-einstellung in Rhodesien, das im Lancaster House unterzeichnet wurde, ein überzeugender Beweis für die positive Rolle der Solidarität der sozialistischen Länder. Dank dieser Solidarität können das Volk von Simbabwe unter Führung der Patriotischen Front und das Volk von Namibia unter Führung der SWAPO den Rassisten, die von den Westmächten moderne Waffen bekommen, erfolgreich entgegentreten. Die Standhaftigkeit von Angola, Sambia, Moçambique und Botswana angesichts der nichtprovozierten bewaffneten Aggressionen hat ebenfalls bestätigt: Die Völker des Südens Afrikas stehen unerschütterlich in den Reihen der überzeugten Internationalisten.

DIE TORYS IN DER OFFENSIVE

Das neue Jahr hat für die Tory-Regierung gleich mit einem schwierigen Problem begonnen: Am 2. Januar sind über 100 000 Arbeiter, die in Betrieben der staatlichen British Steel Corp. beschäftigt sind, in den Streik getreten. Das ist der erste Generalstreik der Hüttenarbeiter seit über 50 Jahren. Sie waren zu dieser Maßnahme gezwungen, nachdem die Administration sich in langen Verhandlungen kategorisch geweigert hatte, die Forderungen nach Lohnerhöhung und eine Einstellung der Massenentlassungen zu erfüllen. Wegen des ständigen Preisanstiegs und des Inflationsstands von über 17% (nach offiziellen Angaben) hatte sich die Leitung von British Steel bereit erklärt, die Löhne der Arbeiter um insgesamt 2% anzuheben. Sogar viele bürgerliche Zeitungen mußten zugeben, daß die Unternehmensleitung, die, unterstützt von der Regierung, den Metallarbeitern vorschlug, freiwillig einer Senkung des Lebensstandards um 15% zuzustimmen, die Arbeiter selbst zum Streik provoziert hat.

Die Tory-Regierung erwies der British Steel keine ausreichende finanzielle Unterstützung und hat damit den Plan zur Entwicklung der Hüttenindustrie (Laufzeit 10 Jahre) praktisch zunichte gemacht. In den nächsten Monaten werden deshalb die Hüttenwerke in Corby, Shotton und Cleveland stillgelegt werden, 52 000 Menschen verlieren ihre Arbeit, dazu Tausende, die in vor- und nachgelagerten Zweigen, besonders in der Kohleförderung, beschäftigt sind.

Das alles sind direkte Folgen der Politik der Konservativen, die die Last der Wirtschaftskrise auf die Werktätigen abwälzen wollen. Das Kabinett von Margaret Thatcher hat als erstes Opfer die Arbeiter und Angestellten der verstaatlichten Wirtschaftszweige, wo die Regierung über mächtige Finanzhebel verfügt, ausersehen. Unter dem Vorwand, Mittel einsparen und die Rentabilität dieser Zweige allein durch eine erhöhte Arbeitsproduktivität steigern zu müssen, wurden die Bewilligungen für den staatlichen Sektor stark gekürzt.

Der Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik der Torys wächst. Deshalb ist die Regierung absichtlich zu einer offenen Konfrontation mit den Metall-

arbeitern übergegangen, um mit diesem Beispiel den übrigen Werktätigen eine Lehre zu erteilen. Die Konservativen wollen, daß die Arbeiter und Gewerkschaften sich mit einer Senkung des Lebensstandards abfinden und auf einen Kampf gegen die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze, die jetzt im Parlament diskutiert werden, verzichten.

Die Regierung und die Leitung von British Steel haben sich auf die Auseinandersetzung mit den Metallarbeitern sorgfältig vorbereitet. Nach Pressemeldungen haben sie etwa 5 Mio t Walzgut gehortet sowie Rohre und andere Erzeugnisse, die den Bedarf der Industrie auf vier Monate decken.

Die streikenden Metallarbeiter werden vom Britischen Trade-Union-Kongreß unterstützt, dem über 12 Mio organisierte Arbeiter und Angestellte angehören. Die Gewerkschaftsleitung rief dazu auf, alles nur mögliche zu tun, damit der Streik der Metallarbeiter Erfolg hat. Daraufhin haben die Docker beschlossen, die für British Steel bestimmte Fracht nicht zu löschen. Die Eisenbahner und LKW-Fahrer weigern sich, Rohstoffe und Erzeugnisse der Gesellschaft sowie von ihr importierten Stahl zu transportieren. Die Kumpel haben dem Streikfonds eine große Summe zukommen lassen. Die zahlreichen Streikposten und die Unterstützung der anderen Gewerkschaften ermöglichen den Streikenden bereits in den ersten Tagen, die Nutzung der Vorräte zu blockieren.

Die Leitung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und des Internationalen Metallarbeiterbunds wandten sich an die nationalen Gewerkschaften, die ihnen angehören, mit dem Aufruf, die Lieferung jeglicher Stahlerzeugnisse nach Großbritannien zu stoppen.

Durch ihren erfolgreichen Kampf konnten die Metallarbeiter die Administration von British Steel zu einigen Zugeständnissen zwingen. So schlug diese vor, die Gehälter um 6—8% zu erhöhen. Aber das entspricht nicht den Forderungen des Internationalen Metallarbeiterbundes. Der Streik ist eine strenge Warnung an die Torys.

W. PAWLOW
Eigenbericht

London, den 7. Januar

Vor kurzem forderte die Pekinger Zeitung „Beijing ribao“ das chinesische Volk auf, „bei den Erinnerungen an die erste Hälfte der 50er Jahre nicht zu verweilen“. Die Sehnsucht nach jener Zeit habe sich in China verbreitet, denn in den 50er Jahren „hob sich das Lebensniveau der Massen unablässig, bestanden gute Beziehungen zwischen den Menschen, und ein Mitglied der KP Chinas durfte stolz sein, weil das Leben im sozialistischen China glücklich war. Jetzt aber gibt es eine Vielzahl von Problemen, die zwischenmenschlichen Beziehungen sind spannungsgeladen, nach 30 Jahren ist unser materielles Niveau, unser Lebensstandard noch immer sehr niedrig, so daß es einem sehr traurig zumute ist“. Nicht nur die Chinesen vergleichen das erste Jahrzehnt der VR China mit den beiden nachfolgenden. Es springt ins Auge, daß die Erfolge des chinesischen Volkes in diesem ersten Jahrzehnt später fast völlig zunichte gemacht wurden.

Das Buch „Zum 30. Jahrestag der VR China (Siege, Niederlagen, Lehren)“*, das 1979 im Moskauer Verlag Snniye erschien, analysiert die äußerst widerspruchsvolle Entwicklung Chinas. Die Autoren, Oleg Borissow und Boris Koloskow, behandeln die Vergangenheit und die Zukunft Chinas und seine Stellung in der Welt.

Das chinesische Volk hat allen Grund, „bei den Erinnerungen an die erste Hälfte der 50er Jahre zu verweilen“. Damals wurde erfolgreich die Volkswirtschaft wiederhergestellt und begann die sozialistische Industrialisierung des Landes. Bis Ende 1957 wurde die Umgestaltung des Dorfes, des Privathandels und der Privatindustrie in der Hauptsache vollendet. Nach der Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes (1953—1957) stieg die Industrieproduktion fast um 50%.

In den 50er Jahren war das Volk mit Recht auch darauf stolz, wie rasch sein sozialistischer Staat seine internationalen Positionen festigte. Die VR China beteiligte sich damals zusammen mit der UdSSR und den anderen Friedenskräften am Kampf für die internationale Sicherheit, gegen Imperialismus und Kolonialismus, wodurch sie sich eine hohe Autorität erwarb. Die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte der Welt sahen voller Genugtuung, wie in

* O. Б. Борисов, Б. Т. Колосков. «К 30-летию КНР (победы, поражения, уроки)». М., «Знание», 1979.



DIE WICHTIGSTE LEHRE

Ostasien ein neuer freier Staat entstand, der in nicht geringem Maße zur Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus beitrug. Wer weiß, wie weit die gesamte Menschheit auf dem Wege des sozialen Fortschritts vorangekommen wäre, hätte sich die chinesische Revolution auch weiterhin in derselben Richtung entwickelt wie die Hauptströme der revolutionären Weltbewegung.

Wann ging China von diesem Weg ab und ließ sich in den verschwundenen Kreis der einander abwechselnden katastrophalen „Sprünge“ und der Perioden der „Wiedergutmachung“ einbeziehen? Wann begann Peking mit der Hegemoniepolitik, die es schließlich dazu brachte, die Freundschaft mit der sozialistischen Welt aufzugeben, bewaffnete Provokationen gegen die Nachbarländer zu starten und mit der Weltreaktion zu paktieren?

Die Autoren beantworten diese Frage in mehreren Kapiteln. Sie legen die Wurzeln des „besonderen Kurses“ der Mao-Gruppe bloß, zeigen, wie sich in der KP Chinas, noch bevor sie die Regierungspartei wurde, kleinbürgerliche, nationalistische Schwankungen bemerkbar machten. Die kommunistische Weltbewegung und die KPdSU verschlossen nicht die Augen vor den gefährlichen Tendenzen in der KP Chinas und leisteten eine geduldige Erläuterungsarbeit unter ihren führenden Politikern. All das hätte die Positionen der internationalistischen Kräfte in ihrem Kampf gegen die kleinbürgerlichen Elemente festigen sollen.

Dieser Kampf verschärfte sich nach der Gründung der VR China. Der VIII. Parteitag der KP Chinas (September 1956) stand im Zeichen der Konsolidierung und Erstarkung der marxistisch-leninistischen Kräfte in der Partei. Im neuen Statut wurde genau festgelegt, daß „die Kommunistische Partei Chinas sich in ihrer Tätigkeit vom Marxismus-Leninismus leiten läßt“, während die Formulierung des vorausgegangenen Parteitages über die führende Rolle der „Ideen Mao Zedongs“

gestrichen wurde. Es war klar, daß das Vorankommen auf dem Wege, den der VIII. Parteitag wies, dem Land erlaubt hätte, die politischen Kataklysmen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten 20 Jahre zu vermeiden. Ohne die 1958 unternommene Revision dieses Kurses hätte China jetzt nicht die mehr als 100 Millionen Hungernden, nicht die mehr als 20 Millionen Arbeitslosen, kurz, nicht die „Menge von Problemen“, von der die „Beijing ribao“ schrieb.

Die chinesischen Führer geben heute die Verderblichkeit einer solchen voluntaristischen Politik zu, sie sprechen von dem „verlorenen Jahrzehnt“, in dem die „Viererbände“ den altersschwachen Mao betrogen hätte. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Nicht zehn, sondern über zwanzig Jahre sind verloren. Schuld daran sind nicht nur die vier Mao Zedong besonders nahestehenden Personen, sondern vor allem der „große Steuermann“ selbst.

Zu einem großen Teil analysieren O. Borissov und B. Koloskow die gegenwärtige Lage in China, jene objektiven und subjektiven Faktoren, die das Leben heute beeinflussen und sich auf die künftige Entwicklung des Landes auswirken werden. Wie sie schreiben, bedeutet die praktische Tätigkeit der neuen Führung, welche an einigen Mao-Weisungen gewisse Korrekturen vornimmt, noch nicht eine „Entmaoisierung“, nicht eine radikale Überprüfung des strategischen Kurses, der der Partei und dem Land aufgezwungen wurde. Genauso wie unter Mao Zedong werden in China heute die demokratischen Grundrechte des Volkes ignoriert und wird das Rüstungspotential auf Kosten der Werktätigen gesteigert. Noch wie vor werden die Chinesen im Geiste des Chauvinismus erzogen. Auf internationaler Ebene ist Peking hartnäckig darauf aus, eine Hegemoniepolitik zu betreiben, deren Endziel die Weltherrschaft ist.

Wie sehen die Entwicklungsperspektiven Chinas aus? Das fragen Menschen in verschiedenen Ländern oft. O. Borissov und B. Koloskow stellen fest, daß die chinesische Politik der „offenen Tür“ für das Auslandskapital, der zunehmende Einfluß der nationalen Bourgeoisie und das Paktieren

mit dem Imperialismus die Gesellschaftsordnung in China gefährden.

„Und doch liegen Gründe vor“, betonen die Autoren, „an die sozialistische Zukunft Chinas zu glauben.“ Es ist nämlich so, führen sie aus, daß „es im Lande noch Elemente der sozialistischen Basis gibt, die in den ersten Jahren der Revolution geschaffen wurde“. Außerdem muß das chinesische Volk früher oder später erkennen, wie verhängnisvoll der antisozialistische Kurs der Pekinger Leitung ist, und seine Wahl treffen. Die Autoren schlußfolgern: „Eine solche Wende wird im Zusammenhang mit der Entfaltung des antimaoistischen Kampfes innerhalb Chinas und mit dem Machtantritt der marxistisch-leninistischen Kräfte stehen. Auch der konsequente Kampf der sozialistischen Länder gegen den Maoismus wird zu einer solchen Wende beitragen.“

Dieser grundsätzliche, unversöhnliche Kampf ist eine Form der internationalistischen Hilfe für das chinesische Volk. Zugleich besteht stets die Möglichkeit für die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur VR China auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.

Wovon zeugen die historischen Erfahrungen? Wir lesen im letzten Kapitel des Buches: „Jedemal, wenn die sowjetisch-chinesischen Beziehungen enger wurden, festigten die revolutionären Kräfte in China ihre Positionen und erhielt die fortschrittliche Bewegung einen zusätzlichen Impuls. Und umgekehrt: Jede Schwächung der Verbindungen zwischen China und der UdSSR wirkte sich äußerst negativ auf das politische Klima in China aus, dämpfte den revolutionären Geist, ermunterte die nationalistischen Tendenzen und ebnete der inneren Reaktion den Weg zum Paktieren mit dem Imperialismus.“

Der Weg zur Steigerung des internationalen Ansehens Chinas, zur Lösung seiner komplizierten ökonomischen und innenpolitischen Probleme führt nicht über Provozierung regionaler und internationaler Konflikte, nicht über die Politik „Kanonen statt Reis“. Dieser Weg führt über den mit der Welt des Sozialismus gemeinsamen Kampf für die Völkersicherheit, über eine harmonische Entwicklung Chinas im Einklang mit den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus.

Das wäre die Hauptlehre aus der 30jährigen Geschichte der VR China.

J. TAWROWSKI

ZEUGEN DER ANKLAGE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Es war ein merkwürdiges Buch. Außen sah es ganz wie jedes andere aus, schlug man es aber auf, so stellte man fest, daß die Seiten unnummeriert sind. Auch das Inhaltsverzeichnis wies nur die Überschriften der Kapitel ohne Seitenangabe auf. Statt einer Druckerei stand da nur „Printed in Europe“ und auf der Rückseite des Titelblattes: „Im Preis dieses Buches sind zu erwartende Gerichts- und Rechtsanwaltskosten mit einkalkuliert.“

Man händigte es mir neulich auf einer Pressekonferenz im Bonner Restaurant „Am Tulpenfeld“ ein, das sich neben dem Pressehaus befindet. Anlaß zur Konferenz war gerade das Erscheinen dieses Buches im Kölner Verlag Kiepenheuer und Witsch. Sein Titel lautet „Zeugen der Anklage“. Den Journalisten wurde es vom Verlagsleiter Neven du Mont und vom Verfasser, Günter Wallraff, vorgestellt.

Vor mehr als 10 Jahren ließ sich der damals erst angehende Journalist Wallraff bei Blohm & Voss in Hamburg einstellen und schrieb eine sensationelle Reportage. Er veranschaulichte darin als Augenzeuge, wie schonungslos ausgebeutet und entrechtet die Arbeiter in der „zivilisierten und demokratischen Bundesrepublik“ sind. Dieser erste Erfolg schien für Wallraffs weitere Laufbahn bestimmend gewesen zu sein. Später erlebte er noch mehrmals einen „Berufswechsel“. Als Pförtner bei der Direktion eines Konzerns zeigte er, wie dessen Bosse wirklich sind. Er meldete sich am Telefon als Beamter und veranlaßte so die Leiter des paramilitärischen Betriebsschutzes mehrerer Betriebe zu Offenheiten, mit deren Hilfe er deren arbeiterfeindliche, gesetzwidrige Praktiken enthüllen konnte. Als Vertreter der bundesdeutschen Neonazis getarnt, traf er sich mit dem portugiesischen General Spínola, und dieser erzählte ihm von den Vorbereitungen zum Putsch gegen die Republik.

Im Jahre 1977 verschwand Wallraff für längere Zeit. Dann verbreitete sich die sensationelle Kunde, er habe nach einer leichten Veränderung seines Äußeren fünf Monate in Hannover bei der Niederlassung der „Bild-Zeitung“, des größten bundesdeutschen Boulevardblattes, gearbeitet, das dem Springer-Konzern

gehört. Das Ergebnis war sein Buch „Der Aufmacher“, was in der Journalistensprache, wie vielleicht nicht jeder weiß, etwa Sensation fürs Titelblatt bedeutet.

Von der übrigen bundesdeutschen, ja überhaupt der westlichen Presse sticht die „Bild-Zeitung“ dadurch ab, daß sie erstens eine Auflage von 5 Millionen — zehnmal soviel wie ihr nächster Konkurrent auf der Rangliste — hat; daß sie zweitens nur ein Drittel vom Preis der „seriösen“ Blätter kostet; daß sie drittens infolge ihrer Massenaufgabe von den Herausgebern zur Verbreitung scheinbar objektiver, in Wirklichkeit aber höchst reaktionärer Anschauungen benutzt wird.

Wallraff schreibt, die Springer-Presse, vor allem die „Bild-Zeitung“, habe auf das politische Klima in der Bundesrepublik mehr als alle anderen Druckerzeugnisse eingewirkt. Er fährt fort: „Ohne Springer wäre diese Republik heute demokratischer: es gäbe weniger Nationalismus und Rassismus, weniger Polizeistaat, weniger Schnüffler, weniger Mißtrauen, weniger Lüge, weniger Prostitution, sexuelle wie politische. Die Bundesrepublik wäre ein friedlicheres Land, nicht so gefährlich für seine Nachbarn.“

Über Springer und über die „Bild-Zeitung“ ist schon ziemlich viel geschrieben worden. Bisher war aber noch niemand in ihre Lügenküche vorgedrungen. Deshalb erregte das Buch „Der Aufmacher“ viel Aufsehen. Und nicht nur in der Öffentlichkeit. Der Springer-Konzern strengte gegen den Verfasser gleich mehrere Gerichtsverfahren an und erreichte schließlich, daß eine Neuauflage verboten wurde.

Wallraff aber ergab sich nicht. Mit Unterstützung von Leuten, die wie er denken (darunter auch Mitarbeitern örtlicher Niederlassungen des Blattes) schrieb er ein zweites Buch und hängte dem genannten Titel den Untertitel an: „Die ‚Bild‘-Beschreibung wird fortgesetzt“. Das Ungewöhnliche an dem Buch, das ich eingangs schilderte, ist also nur Vorsichtsmaßregel. Die Herausgeber haben die Druckerei nicht genannt, damit Leute Springers nicht im letzten Augenblick die Auslieferung verhindern konnten. Die Seiten sind unnummeriert, damit im Falle des gerichtlichen Verbots eines Kapitels ein

anderes eingefügt werden kann, ohne daß man die ganze Auflage neu drucken müßte und das Buch nur neu zu Broschüren brauchte (fertigen Stoff für Ersatz habe er mehr als genug, wie Wallraff auf der Pressekonferenz mitgeteilt hat).

Ich muß gestehen, anfangs hielt ich die Geheimnistuerei nicht so sehr für Furcht vor Repressalien wie für Reklame. Als ich das Buch aber gelesen hatte, war meine Meinung anders geworden. Es besteht aus zwei Teilen. Im ersten sind Beispiele dafür gegeben, mit welchen Methoden die „Bild-Zeitung“ ihre Sensationen macht; im zweiten sind die Racheakte des Konzerns gegen den Verfasser geschildert, eine Geschichte, die noch längst nicht zu Ende ist.

Im Vorwort schreibt Wallraff: „Dieses Buch handelt von der Willkür einer Macht, die jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen ist. Es zeigt, wie Menschen in der alltäglichen Lügengeschichte verhöhnt werden. Und es zeigt, wie Menschen von ‚Bild‘ in den Tod getrieben werden.“ Und das ist keine Übertreibung.

Hier z. B. die Geschichte von Ingeborg und Karl Kreuzer aus Delmenhorst bei Bremen. Die 48jährige Frau Ingeborg war schwerkrank und mehrmals in einer psychoneurologischen Klinik. Im Frühjahr 1979 beging sie in einem Anfall von Schwermut Selbstmord. Am 30. April erschien die „Bild-Zeitung“ mit der balkendicken Schlagzeile: „Aus Angst vor Frühjahrsputz: Frau erschlug sich mit Hammer.“ In Wirklichkeit hatte sich die Frau erhängt, nachdem sie sich mit einem Hammer eine Verletzung beigebracht hatte. Das war dem Reporter von der „Bild-Zeitung“ aber nicht sensationell genug, und so mußte der Hammer die Waffe gewesen sein, was den Fall zum „sensationalsten Selbstmord des Jahres“ machte.

Und erst das Motiv! Das mußte der Meldung nach Ansicht der Redaktion noch „eine besondere Würze“ geben.

Aus „Journalist“ (BRD)



„NEUE ZEIT“ 2.80

Einige Tage nach dem „Selbstmord des Jahres“ kreuzte ein Mitarbeiter der „Bild-Zeitung“ namens Kathmann bei dem Witwer auf, stellte sich als Polizeibeamter vor und deutete an, er habe etwas mit einer Einrichtung zu tun, die Selbstmordursachen untersuche. Karl Kreuzer faßte Vertrauen zu dem „Psychologen“ (der von seinem Blatt natürlich nichts verlauten ließ). Er schilderte ihm in allen Einzelheiten die letzten Tage seiner kranken Frau.

Wie erschüttert war Kreuzer, als er diese Einzelheiten mit Kommentaren der „Bild-Zeitung“ einer sensationslüsternen Leserschaft preisgegeben sah! Verwandte und Bekannte überschütteten ihn mit befremdeten Fragen. Auch die Kollegen auf der Arbeit machten ihm Vorwürfe. Schließlich kam sein 15jähriger Sohn, vor dem er die schrecklichen Einzelheiten des Todes der Mutter geheimgehalten hatte, mit der Zeitung in der Hand nach Hause. Kreuzer wußte nicht mehr, was er machen sollte. Er rief bei seiner Arbeit an und bat um einige Tage Urlaub. Er ging nie aus und ließ sich vor den Nachbarn nicht sehen. In einem Brief an seine Söhne schrieb er, wie er sich über den Tod seiner Frau gräme; er habe die feste Absicht gehabt weiterzuleben, um den Jüngsten auf die Beine zu bringen, aber:

„...seit der Geschichte mit ‚Bild‘ bin ich total zerbrochen. Ich wollte zuerst diesen Verbrecher, der Kathmann heißt, umbringen. Aber Ihr sollt keinen Mörder zum Vater haben. Durch meinen Tod ist er zum Mörder geworden.“

Am 4. Mai 1979 ging Karl Kreuzer in die Garage, zog einen Gummischlauch über das Auspuffrohr seines Wagens, legte das andere Ende in die Karosserie und ließ den Motor an. Als Dieter Kreuzer aus der Schule kam, fand er den Vater tot vor.

Die Tragik dieses Falles und die genaue Anschrift der Schuldigen machen die Geschichte besonders haarsträubend. Dabei hat der Reporter nur mit den gewohnten Methoden gearbeitet.

Das Buch ist voll von solchen Beispielen. Da ist weiter die Geschichte einer jungen Frau, die die Überschrift der Rubrik „Bild“ setzt sich für Sie ein“ geglaubt hatte. Sie beklagte sich bei der Redaktion, der Fahrlehrer lasse sie nicht zur Fahrerprüfung zu, obwohl sie gut darauf vorbereitet sei. Statt sich für die Leserin einzusetzen, stellte die „Bild-Zeitung“ sie als blöd und unfähig hin, die einfachsten Fahrregeln zu begreifen. Die „komische“ Geschichte erschien in Millionen Exemplaren. Dabei legte die „dumme Gans“ bei einem anderen Fahrlehrer sehr

schnell die Fahrerprüfung ab. Glauben Sie, die „Bild-Zeitung“ hat sich entschuldigt? Weit gefehlt. Vielmehr warnte sie ihre Leser, sich auf den Autobahnen vor „Frau A.“ in Acht zu nehmen.

Eine andere junge Dame half ein Verbrechen aufdecken. Sie hatte erfahren, daß ein Mann, den sie vor kurzem kennengelernt hatte, an der Entführung eines Millionenerben zwecks Erhebung eines Lösegelds beteiligt war, und zeigte ihn bei der Polizei an. Sie selbst wurde als Mitschuldige auch festgenommen. Im Namen der „Bild-Zeitung“ wurde ihr kostenlos ein Verteidiger angeboten. Der angebliche Verteidiger ließ aber den Fall links liegen und holte aus der Klientin Einzelheiten über ihr Verhältnis mit dem Verbrecher heraus. Danach brachte die „Bild-Zeitung“ eine herzzerreißende Geschichte mit den Schlagzeilen: „Schwarze Inga sah beim Sterben zu“ und „Exklusiv: Ich war die Geliebte des Kidnappers. Erst ins Bett — dann ins Verbrechen“.

Also noch vor dem Prozeß suggerierte das Blatt seinen Lesern, daß die Angeklagte schuldig sei. Kaum aber nahm sie sich einen anderen Anwalt, da wurde sie glatt freigesprochen. Es war ihr aber fast unmöglich, den Ruf der Verbrecherin, den sie der „Bild-Zeitung“ verdankte, loszuwerden oder Arbeit zu finden.

Hier eine besonders unglaubliche Geschichte der letzten Zeit. Ein Schüler, der Rauschgift nahm, wurde unter dem Verdacht verhaftet, gegen das Drogengesetz verstoßen zu haben. In seinem Zimmer fanden sich Ampullen mit Blut. Später stellte es sich heraus, daß das sein eigenes Blut war und daß er es für harmlose chemische Experimente zu benutzen pflegte. Ohne aber die Klärung des Falles abzuwarten, stellte die „Bild-Zeitung“ den Jungen in einer ganzen Greuelserie als Vampir des 20. Jahrhunderts dar.

Für die Serie brauchte sie natürlich mehr Fotos („Der Blutsauger

als Kind“, „Die Bräute des Vampirs“ usw.). Mitarbeiter des Blattes brachen bei ihm ein, und am nächsten Tag erschienen die erbeuteten Fotos — daß Einbruch ein Verbrechen ist, braucht nicht gesagt zu werden. Der „Vampir“ wurde freigesprochen und freigelassen. Die Zeitung aber wurde unter Anklage gestellt.

Bei Springer tobten sie über diese und andere Enthüllungen in Wallraffs Buch. Sie zogen eine massive Hetze gegen ihn und alle auf, die wie er denken. Im Gefecht zeigte es sich wiederholt, daß Springer überall seine Leute hat. Die Gerichtsscheide über die einzelnen Kapitel des ersten Buches sind so oft zugunsten des Springer-Konzerns ausgefallen, daß Wallraff sie als unumstößliche Beweise für das Vorhandensein einer Klassenjustiz ansieht. Er schreibt:

„Man hat mich bespitzeln lassen, Wanzen gelegt, Telefongespräche abgehört, man hat mir Agents provocateurs geschickt, hat Informanten unter Druck gesetzt, ... und vieles mit einer Routine, die die Handschrift von Geheimdiensten, die Handschrift des Bundesnachrichtendienstes vermuten läßt.“

Ja, Springer hat überall seine Hand im Spiel. Wallraff gesteht, daß er schon oft fast verzweifelte und alles hinschmeißen wollte. Mut zum Weitermachen schöpfte er daraus, daß er so viele Anhänger hat. Ein Aufruf, die „Bild-Zeitung“ zu boykottieren, trug 100 000 Unterschriften. Aus den Spenden der Unterzeichner ist eine Hilfskasse für die Opfer des Blattes gebildet worden. Daraus sollen Anwälte bezahlt werden.

Der Kampf geht weiter. Aber auch der Gegner legt die Hände nicht in den Schoß. Im Oktober schrieb die Presse, Staatsanwalt Körner, der die Untersuchung wegen des Einbruchs einleitete, sei „aus Objektivitätsgründen“ dieser Obliegenheit enthoben worden.

Bonn

BIOGRAPHISCHES

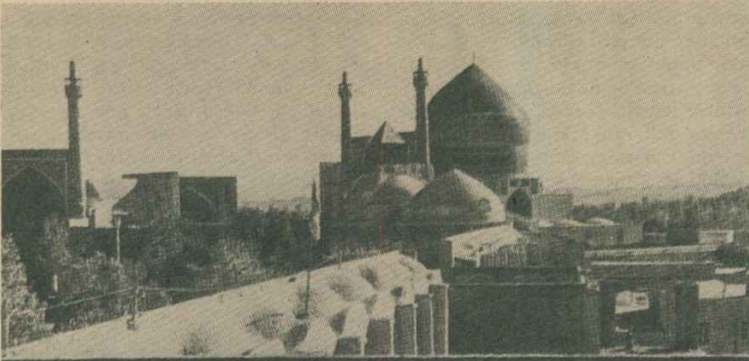


AUSSENMINISTER DER TÜRKEI
HAYRETTIN ERKMEN

Hayrettin Erkmen (geb. 1915 in Giresun) studierte Jura und Wirtschaftswissenschaften (Dr. oec.). Er war im Finanzministerium der Türkei tätig und unterrichtete an der Universität Istanbul. 1950 bis 1960 Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Partei. In dieser Zeit war

er Handels-, dann Arbeitsminister.

Nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 und nach dem Verbot der Demokratischen Partei trat H. Erkmen der Gerechtigkeitspartei bei. Seit 1975 ist er Senator des Republikanischen Senats des türkischen Parlaments von dieser Partei.



DAMALS IN TEHERAN

Michail TSCHERNOUSSOW

Der amerikanisch-iranische Konflikt, die Versuche Washingtons, sein wahres Wesen und die Hintergründe zu vertuschen sowie die Fakten der langjährigen US-Einmischung in die Angelegenheiten Irans zu „widerlegen“, all das veranlaßt uns, einen Exkurs in die jüngste Vergangenheit zu machen. Der Abriß unseres Kommentators Michail Tschernoussow basiert auf Dokumenten, Memoiren verantwortlicher Politiker, Berichten von Augenzeugen und unmittelbaren Teilnehmern der Vorgänge vor 30 Jahren. Sie zeigen, wie die Fäden der imperialistischen Verschwörung gegen den Iran gesponnen und mit Hilfe der CIA die rechtmäßige Regierung Mossadegh gestürzt wurde, die versucht hatte, das Land von ausländischer Herrschaft zu befreien, wie die proamerikanische Schahdiktatur errichtet wurde. Die iranischen Vorgänge Anfang der 50er Jahre hellen auch das Heute auf.

„Ein Damm aus morschen Brettern kann den Fluß nicht aufhalten“, so lautet eine orientalische Weisheit. In den letzten 30 Jahren hat die Geschichte des Iran zweimal die Richtigkeit dieser Worte bestätigt: Erstmals Anfang der 50er Jahre, als der antiimperialistische Kampf nicht gekannte Heftigkeit erreichte. Gerade vom Iran aus begann damals der machtvolle Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung im gesamten Nahen und Mittleren Osten (ebendeshalb versuchte man damals, diese Bewegung im Keim zu ersticken). Und zum zweiten Mal 1979, als das Schahregime zusammen mit seinen amerikanischen Stützen hinweggefegt wurde.

Zwanzig suchen Zuflucht

Im Herbst 1949 begaben sich zwanzig oppositionell gesinnte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des Iran — Journalisten, Juristen, Geistliche — in den Best*. Im Oktober standen Wahlen zum

* Best — unantastbare Zuflucht (vor allem in einer Moschee), wo eine Person, die von der Staatsmacht verfolgt wird, nicht festgenommen werden darf. Der Best schützt also vor Verfolgung.

Medschlis (dem Unterhaus) bevor, und die Gruppe unter Dr. Mohammed Mossadegh verlangte, daß die Regierung ihre Einmischung in den Wahlkampf und die offene Protektion ihr genehmer Personen beende.

Mossadegh wurde 1881 in einer reichen angesehenen Familie geboren. 1906 fuhr er nach Europa. Zwei Jahre studierte er Finanzwesen in Paris, dann Jura in der Schweiz. Nach seiner Rückkehr in den Iran wurde Mossadegh in den Medschlis gewählt, bekleidete einige Ministerämter, wurde zum Generalgouverneur verschiedener Provinzen ernannt und war Vorsitzender des Medschlis. Seit 1923 hatte er lange Zeit keine Staatsämter inne. 1940 wurde er aus politischen Gründen verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Bald schon wurde er freigelassen, doch Mossadegh stand auf seinem Gut unter Hausarrest. 1944 wurde er erneut in den Medschlis gewählt. Mossadegh vertrat die Interessen der nationalen Bourgeoisie und war für seine patriotischen Ansichten bekannt. Breite Popularität im Lande errang er durch seine feste Entschlossenheit, den Iran von ausländischem Einfluß zu befreien. Als Politiker handelte er

mutig und energisch.

... Nachdem die Regierung fest versprochen hatte, die Forderung der Gruppe zu erfüllen, verließen die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Journalisten ihren Zufluchtsort und kamen in Mossadeghs Haus zusammen, um einen Aktionsplan für den Wahlkampf zu erarbeiten. Sie setzten drei Hauptziele: freie Wahlen, Pressefreiheit und die Aufhebung des Kriegsrechts, das nach dem Attentat auf den Schah im Februar 1949 verhängt worden war.

Auf der Beratung wurde die Nationale Front gebildet, eine politische Organisation, die von Mossadegh geleitet wurde.

Aus den Parlamentswahlen ging die Nationale Front als Sieger hervor. Als ihre Hauptaufgabe proklamierte sie sogleich die Nationalisierung der Ölindustrie, was als Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme angesehen wurde.

William D'Arcys Erbe

Die Englisch-Iranische Ölgesellschaft (AIOC) verfügte praktisch unkontrolliert über das iranische Öl. In einem halben Jahrhundert brachte die AIOC Großbritannien (dem 59% der Aktien gehörten) zumindest 700—800 Mio Pfund Sterling Profit ein. Die Gewinne überstiegen das Anfangskapital um das 25fache. Allein die Steuern der AIOC an Großbritannien beliefen sich auf das Dreifache ihrer Abgaben an den Iran. Gegen Ende des Jahres 1950 gehörten der Company 59 Tochtergesellschaften auch außerhalb Irans. Von 1914 bis 1950 pumpte sie 324 Mio t Öl aus dem Land.

Alles soll 1901 begonnen haben. William Knox D'Arcy, Untertan der britischen Krone und Sohn eines obskuren Angestellten aus Devonshire, war beim Goldsuchen in Australien ein reicher Mann geworden und nach Persien gekommen, um nach Öl zu suchen. Er hatte gehört, daß vor vielen Jahrhunderten bei persischen Tempeln riesige Feuer angezündet wurden — diese wurden dem Sonnengott zugeschrieben. D'Arcy erschlich das Vertrauen des Schahs, und jener überreichte ihm eine Schenkungsurkunde, deren wichtigster Punkt lautete: „In Anbetracht der sehr engen Freundschaft zwischen Persien und Großbritannien und angesichts der besonderen Verdienste des Ingenieurs D'Arcy wird ihm und allen seinen Mitarbeitern, Nachkommen, Freunden und Erben für 60 Jahre das uneingeschränkte

Recht eingeräumt, nach eigener Wahl die geologische Prospektion und Ausbeutung auf dem gesamten Territorium Persiens vorzunehmen, wobei alle von ihm entdeckten Bodenschätze sein voller Besitz sein werden."

Bald schon entdeckte D'Arcy überaus reiche Ölvorkommen in Persien. Spekulanten und Bankiers boten ihm Millionen Pfund Sterling für die Konzessionsrechte. Doch D'Arcy lehnte ab. Als überzeugter Katholik wollte er angeblich nur, daß den katholischen Missionaren der Weg nach Persien geöffnet werde. An Bord eines Schiffes, auf dem D'Arcy in die Heimat zurückkehrte, erzählte er einem Missionar von seinem größten Wunsch, Perser und Araber zum Christentum zu bekehren. Der Missionar bat D'Arcy um die kostbare Schenkungsurkunde des Schahs, angeblich um unter dem Deckmantel von „Mitarbeitern, Nachkommen, Freunden und Erben“ D'Arcys vielen Dienern der Kirche den Weg nach Persien zu öffnen. Der „Missionar“ hieß Sydney George Reilly.

Es handelte sich eben um den berühmten Agenten des britischen Intelligence Service, der später nach Sowjetrußland eingeschleust wurde, um eine konterrevolutionäre Verschwörung anzuzetteln, und der dort ein klägliches Fiasko erlitt.

Reilly übergab der britischen Admiralität die Schenkungsurkunde des Schahs. Ebendieses Dokument war offenbar die Grundlage des detaillierten Konzessionsabkommens, das später geschlossen wurde. 1909 wurde die Englisch-Persische Ölgesellschaft gegründet, die später in Englisch-Iranische Ölgesellschaft, eine Vorläuferin der British Petroleum, umbenannt wurde. 1933 wurde die Konzessionsfrist der Gesellschaft nach dem neuen britisch-iranischen Vertrag bis 1993 verlängert, und die Engländer behielten alle Rechte auf die Ausbeutung des iranischen Öls.

... 1950 war das Konzessionsgebiet der AIOC 259 000 km² (mit mehr als 300 Bohrtürmen) groß. Der Company gehörten die Ölraffinerien von Abadan (Ausstoß: 25 Mio t jährlich), ca. 2700 km Pipelines, über 100 Großtanker, mehr als 10 000 Autos, Flugplätze, Rundfunksender, eine Eisenbahn, Häfen, Schiffe und Flugzeuge sowie eine eigene Polizei.

Die Company plünderte den Iran total aus. Während der Irak Anfang der 50er Jahre 60 Cent pro Barrel, Saudi-Arabien 56 Cent und Bahrain 35 Cent erhielten, bekam der Iran nur 18 Cent. Die AIOC fügte dem Iran durch ihr „Recht“ der zollfreien Einfuhr von angeblich für den Eigenbedarf bestimmten Waren

großen Schaden zu. Ende der 40er Jahre importierte die AIOC jährlich fast ebensoviel Waren in den Iran, wie der Staat selbst kaufte. Wenn all das verzollt worden wäre, hätte die Gesamtsumme mehr als das Doppelte der Konzessionszahlungen der AIOC an die iranische Regierung betragen.

Die Bewegung gegen diesen „Staat im Staat“ und gegen die Einmischung des britischen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten setzte gleich nach dem zweiten Weltkrieg ein. Unter dem Druck der patriotischen Kräfte nahm die iranische Regierung bereits im Sommer 1948 Verhandlungen über eine Revision der Bedingungen des Konzessionsabkommens auf. Diese Verhandlungen führten 1949 zur Unterzeichnung eines „Zusatzabkommens“. Ihm zufolge erklärte sich die AIOC bereit, ihre Zahlungen an den Iran etwas zu erhöhen, doch behielt sie alle ihre Rechte.

Der Mord bei der Moschee

Mitte 1950 wurde General Razmara, der für seine Verbindungen zu den Engländern bekannt war, zum Ministerpräsidenten ernannt. Er war gegen eine Nationalisierung der AIOC-Betriebe und für eine Ratifizierung des „Zusatzabkommens“ durch den Medschlis. Razmara hoffte ferner auf US-Kredite. Der General verfolgte eine probritische Politik, der US-Imperialismus aber wollte sich selbst das iranische Öl aneignen. Razmaras Politik störte die amerikanischen Pläne, und die Kredite wurden verweigert.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahmen immer akutere Formen an. Die Öffentlichkeit verlangte freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, forderte, die unter dem Druck der USA gestörten iranisch-sowjetischen Handelsbeziehungen wieder zu normalisieren. Razmara nahm Verhandlungen mit der UdSSR auf, die im November 1950 zur Unterzeichnung eines Handelsabkommens führten. Bald schon, am 11. Januar 1951, wies der Medschlis unter dem Druck der antiimperialistischen Volksbewegung das „Zusatzabkommen“ mit der AIOC zurück. Die Nationale Front unter Mossadegh verlangte, die Konzession an die Company zu annullieren. Diese Forderung wurde von der Geistlichkeit unterstützt.

US-Agenten suchten sich den populären Plan einer Nationalisierung der Ölindustrie zunutze zu machen. Die USA wollten die Positionen Großbritanniens untergraben und ihren eigenen Ölkonzernen unter dem Deckmantel der „Hilfe“ für den Iran bei der Ausbeutung der Erdöllagerstätten den Weg dorthin bahnen.

Razmara gab den USA die Schuld daran, daß es ihm nicht gelungen war, das „Zusatzabkommen“ durchzuboxen. Londons Intrigen veranlaßten ihn, die Positionen der USA im Lande zurückzudrängen. Seine Regierung forderte die US-Wirtschaftsberater auf, den Iran zu verlassen. Dem amerikanischen Botschafter in Teheran, Grady, erklärte der Ministerpräsident, er werde sich in Zukunft nicht mehr um US-Hilfe bemühen. Aus den USA wurde eine Gruppe iranischer Offiziere vorzeitig abberufen. Razmara verbot sogar die Ausstrahlung von Rundfunksendungen der „Stimme Amerikas“ im Iran.

Am 7. März 1951 wurde General Razmara ermordet, als er eine Moschee in Teheran verließ. Nach der amtlichen Version war der Mörder ein religiöser Fanatiker und Terrorist...

Danach wurde Hussein Ala, ehemals Botschafter des Iran in den USA, am 11. März zum Ministerpräsidenten ernannt. Dem Schahhof nahestehend, verfügte er über ausgezeichnete Beziehungen zu politischen Kreisen der USA und Großbritannien. Ala bildete eine Regierung, in die er die Generale Zahedi, Arfa und andere reaktionäre Politiker aufnahm.

Hussein Alas Manöver und das Ende eines „Monstrums“

Hussein Ala wollte die Volksbewegung unterdrücken sowie mit Washington und London neue Formen der „Zusammenarbeit“ vereinbaren. Als erstes verbot er Kundgebungen und Demonstrationen und verhängte für zwei Monate das Kriegsrecht. Doch Ala sollte diese zwei Monate politisch nicht überleben.

Am 8. März 1951 unterstützte der Ölausschuß des Medschlis den Antrag Mossadeghs und der Nationalen Front, die Ölindustrie zu nationalisieren. Am 15. März billigten der Medschlis und am 20. März der Senat einstimmig das Gesetz über die Nationalisierung der AIOC-Betriebe. Das Gesetz war von großer Bedeutung für den Iran. Seine Verwirklichung hätte die Beseitigung einer Kolonialbastion des britischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten bedeutet. Die Nationalisierung der AIOC hätte die Ausplünderung des Iran beenden und Perspektiven für seine Wirtschaft, für die Überwindung der Armut des Volkes und für eine Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit eröffnen können. Das Gesetz sah die unverzüglich Übergabe des AIOC-Besitzes an den Staat vor. Ein Ausschuß wurde gebildet, um die Einhaltung des Gesetzes zu überwachen. Er soll-

te eine Satzung der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft sowie ein Programm für die Ausbildung eigener Fachleute erarbeiten. In dem Gesetz hieß es, daß alle, die Öl bei der ehemaligen AIOC gekauft haben, in Zukunft jährlich die gleiche Menge wie früher zu Weltmarktpreisen erwerben können. Das Gesetz sah eine Entschädigungszahlung an die Company vor.

Am 16. März versammelten sich trotz aller Verbote viele Tausende zu einer Kundgebung auf dem Platz vor dem Medschlis. Ihre Teilnehmer begrüßten den Parlamentsbeschluß und verlangten die unverzügliche Inkraftsetzung. Alle patriotischen Kräfte des Landes vereinten sich im Kampf für die Rückgabe des Öls.

Die AIOC geriet in Panik. Die Company stellte plötzlich die Zahlung der Erschwerungszulagen an die iranischen Erdölarbeiter ein. Als Antwort darauf kam es Ende März auf vielen Ölfeldern zu Streiks. Die Regierung Ala entsandte Truppen, die den Befehl erhielten, auf die Streikenden zu schießen, nach Abadan und in die Ölreviere. Soldaten verletzten und töteten viele Arbeiter, Verhaftungen erfolgten. In Teheran, Isfahan und anderen Städten kam es zu Streiks und Demonstrationen. Die AIOC mußte den Arbeitern Zugeständnisse machen.

Gerade diese Proteste, die von der Tudeh-Partei, den demokratischen Gewerkschaften und den ihnen angeschlossenen linken Organisationen sowie von der Nationalen Front getragen wurden, taten das ihre, daß der Medschlis-Ölausschuß am 26. April 1951 das Gesetz über die Nationalisierung der Ölindustrie bestätigte.

Am nächsten Tag erklärte der „treueste Freund des Westens“, wie die westliche Presse Hussein Ala charakterisierte, seinen Rücktritt.

Am 28. April verabschiedete der Medschlis einstimmig das Gesetz über die Nationalisierung der Ölindustrie. Einen Tag später wurde Mohammed Mossadegh, der Führer der Nationalen Front, als neuer Ministerpräsident bestätigt. Er erklärte: Von jetzt an würden dem Iran die reichen Schätze offenstehen, die lange Jahre von einem schrecklichen Monstrum, dem Monstrum der AIOC, bewacht wurden. Die Auflösung der AIOC werde dazu beitragen, daß ein Instrument des Imperialismus im Iran beseitigt wird, sowie den Weg zu wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit bahnen.

Unterdes liefen britische Kriegsschiffe in den Persischen Golf ein.

(Fortsetzung folgt)

UNSERE RUSSISCH-SEITE

LEKTION 5

Wörter und Wortverbindungen

Ближний Восток
Средний Восток
расшатывание общееарабской позиции
совещание в верхах
ООП—Организация освобождения Палестины
кэмп-дэвидское соглашение
сепаратный договор
сепаратная сделка
ближневосточный конфликт
урегулирование конфликта
основа конфликта
время работает (на кого?)
ставленник империализма
беспочвенность надежд

der Nahe Osten
der Mittlere Osten
die Unterhöhlung der gesamtarabischen Position
die Gipfelkonferenz, der Gipfel
die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)
das Abkommen von Camp David
der Separatvertrag
die Separatabmachung
der Nahostkonflikt
die Beilegung des Konflikts
der Hauptfaktor des Konflikts
die Zeit arbeitet (für wen?)
die Marionette des Imperialismus
unbegründete Hoffnungen

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

В последнее время на Ближнем и Среднем Востоке усилились антиамериканские настроения, о чем свидетельствуют и результаты проходившей недавно в Тунисе конференции арабских руководителей. Участники совещания предупредили: продолжение антиарабской политики Вашингтона приведет к отрицательным последствиям для арабо-американских отношений. В Вашингтоне, Каире и Тель-Авиве надеялись на расшатывание общееарабской позиции, выработанной на предыдущем Багдадском совещании в верхах. Но лидеры арабских стран и Организация освобождения Палестины в Тунисе вновь оказались единодушны в своей оппозиции кэмп-дэвидским соглашениям и израильско-египетскому сепаратному договору. Они подчеркнули право палестинского народа на создание своего самостоятельного государства.

Организаторы сепаратных сделок убеждаются в том, что арабские народы полны решимости обеспечить прочное урегулирование ближневосточного конфликта, основа которого — палестинская проблема.

Ошибаются те, кто надеется на то, что время работает на империализм и его ставленников. Нынешний рост антиамериканских, антисионистских настроений на Ближнем и Среднем Востоке со всей очевидностью свидетельствует о беспочвенности подобных надежд.

Übung 2: Finden Sie im Text sinnverwandte Wörter zu den in folgenden Wortverbindungen fettgedruckten Wörtern:

руководители арабских стран
совещание на высшем уровне
независимое государство
несостоятельность надежд
негативные последствия

Übung 3: Beachten Sie die Wortbildung von Adjektiven:

Ближний Восток — ближневосточная (проблема)
Дальний Восток — дальневосточный (край)
Средний Восток — средневосточные (земли).

Übung 4: Finden Sie im Text antonyme Wortverbindungen zu den folgenden:

проамериканские настроения
позитивные последствия
укрепление общееарабской позиции
последующая конференция
время работает против империализма
спад антиамериканских настроений.

Sie weisen häufig auf die wachsende Bedeutung der Öffentlichkeit und der breiten Massen im internationalen Leben hin. Aber ihre Bedeutung kann kaum als wesentlich bezeichnet werden: Die wichtigsten politischen Entscheidungen wie die Stationierung neuer Arten amerikanischer Waffen in Europa werden von Politikern und Regierungen allein getroffen. Was kann da schon die Öffentlichkeit tun!

Ray GORDON
Essex, Großbritannien



Es diskutiert
der Verantwortliche
Sekretär
der „Neuen Zeit“
Sergej
GOLJAKOW

Ihr Gedankengang, Herr Gordon, ist leicht zu verstehen. Die gefährliche Entscheidung der NATO, von der Sie sprechen, richtet sich in der Tat gegen die Lebensinteressen der Europäer und nicht nur gegen ihre. Washington hat seinen „Bündnispartnern“ eine weitere Eskalation des Wettrüstens aufgezwungen, und zwar gegen den Willen von Millionen Menschen. Die Lage in Europa ist schwieriger geworden.

Das hat bei Ihnen offensichtlich dazu geführt, daß Sie über die Bedeutung und Möglichkeiten der Öffentlichkeit bei der Entscheidung wichtiger aktueller Fragen pessimistisch urteilen. Aber ich kann Ihnen hier nicht zustimmen.

Beginnen wir damit, daß die neuen amerikanischen Atomraketen, wie sich nach der NATO-Ratstagung gezeigt hat, nur in drei Ländern stationiert werden, nämlich in England, der BRD und Italien, obwohl zuerst geplant war, sie auch in Holland und Belgien zu dislozieren. Holland hat inzwischen die Entscheidung über die Stationierung von Raketen auf seinem Boden um zwei Jahre aufgeschoben, und Belgien um ein halbes Jahr. Außerdem haben Norwegen und Dänemark Einwände gegen die NATO-Pläne vorgebracht. Vorbehalte machte auch die Türkei. So wurde in die NATO-Front eine Bresche geschlagen und zwar von den Ländern, deren Öffentlichkeit besonders energisch gegen die Umrüstung in Europa aufgetreten ist.

Allein dieser Umstand, geehrter Herr Gordon, ist ein äußerst wichtiges Argument in der Auseinandersetzung darum, was die Volksmassen und ihre Organi-

sationen und Parteien erreichen können und was nicht.

Dort, wo diese Kräfte entschlossen und gemeinsam auftreten, erzielen sie beachtliche Resultate. Die öffentliche Massenbewegung für den Frieden kennt zahlreiche inspirierende Beispiele für die Effektivität solcher Aktionen. Es genügt, an die Erfahrungen des Kampfes gegen den schmutzigen Vietnamkrieg, gegen die Neutronenbombe zu erinnern, oder an die Massenunterstützung der Initiativen der sozialistischen Länder für die Einstellung des Wettrüstens und die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges. Mehr als drei Jahrzehnte Frieden auf unserem Kontinent — das ist in nicht geringem Maße der Verdienst der Öffentlichkeit. Sie fragen, was können die öffentlichen Kräfte unter den derzeitigen Bedingungen tun. Diese haben ein konkretes Aktionsprogramm. Es wurde auf dem repräsentativen Forum der europäischen Öffentlichkeit für Abrüstung und Sicherheit, das vor kurzem in Belgien stattfand, erörtert sowie auf der außerordentlichen Sitzung des Büros des Präsidiums des Weltfriedensrates in Helsinki und bei anderen internationalen und nationalen Treffen.

Die Teilnehmer dieser Diskussionen nannten als estrangige Aufgabe die Verbreitung der Wahrheit über das Wesen und die Gefährlichkeit der neuen Pläne des Pentagons und der NATO und ebenfalls über den Inhalt der sowjetischen Friedensinitiativen, die Leonid Breschnew in seiner Berliner Rede unterbreitet hat.

Sie, Herr Gordon, wissen als Bewohner eines kapitalistischen Landes, auf welch aufdringliche und tückische Weise die Zeitungen der Fleet Street und Axel Springers sowie Funk und Fernsehen versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und dabei die

wahren Sachverhalte bis zur Unkenntlichkeit verzerren. Die Pläne, Westeuropa in ein Versuchsgelände der USA für Atomraketen umzuwandeln, werden als Maßnahmen zur Festigung des Friedens hingestellt, die äußerst wichtigen Initiativen der UdSSR und ihrer Bündnispartner als reine Propaganda herabgewürdigt. Eben hier muß die Öffentlichkeit ihre Rolle spielen. Den einfachen Menschen die wirkliche Situation auseinanderzusetzen, ist eine äußerst wichtige Aufgabe, die keinen Aufschub duldet.

Eine andere Richtung der öffentlichen Tätigkeit steht nach Meinung der Teilnehmer internationaler Treffen mit den Versuchen der Entspannungsgegner in Zusammenhang, die Parlamente zu ignorieren. Das Schicksal von Nationen darf jedoch nicht hinter dem Rücken ihrer Parlamente entschieden werden. Man muß unbedingt eine breite Diskussion über den ganzen Fragenkreis hinsichtlich der Zukunft Europas anstreben. Das ist die Meinung der Vertreter der europäischen Öffentlichkeit. Eine bedeutende Rolle im Kampf für die Sicherheit der Völker können die Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte sowie andere Organe der örtlichen Selbstverwaltung spielen. Wie die belgische Presse berichtete, haben viele gewählte Organe der Gemeinden dieses Landes die Entscheidung getroffen, daß keine Raketen auf seinem Territorium stationiert werden dürfen. Und nach der jetzigen Haltung Belgiens in der Frage der Euroraketen hat die Regierung des Landes diese Forderung berücksichtigt.

Wie Sie sehen, Herr Gordon, kann die friedliebende Öffentlichkeit eine große Rolle im Kampf für eine friedliche Zukunft Europas und der ganzen Welt spielen.



Was ist Intervision? Welche Ziele und Aufgaben hat diese Organisation?

S. DEGTJAR
Grodno, Belorussische SSR

Intervision ist eine regionale, internationale Vereinigung, die 1960 im Rahmen der Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation gegründet wurde. Zur Intervision gehören das Fernsehen mehrerer sozialistischer Länder Osteuropas, der UdSSR, der Mongolei, Kubas und Finnlands.

Intervision organisiert und verwirklicht einen Austausch von Fernsehprogrammen zwischen den Teilnehmerländern und bereitet Programme vor, die über ihr Netz

ausgestrahlt werden: Reportagen über die wichtigsten Ereignisse der Intervision-Länder, über Sportwettkämpfe sowie Musik-, Kinder- und Unterhaltungssendungen. Intervision veranstaltet Musikfestivals, Konzerte und jährlich auch Fernsehforen. Es fördert die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens mit Hilfe künstlicher Erdsatelliten.

Die Leitung von Intervision befindet sich in Prag.

PS

Makabre Werbung



In den USA werden bekanntlich unverhohlen Söldner zur Niederwerfung der Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika geworben. Um möglichst viele „Hunde des Krieges“, wie man sie nennt, zu ködern, malt man ihre Exzesse in den buntesten Farben aus. Vor kurzem hat eine Hollywooder Firma mit einem ziemlich bekannten solchen Hund, einem gewissen Bob Denard, einen Kontrakt über einen Film geschlossen, in dem seine Schandtaten geschildert werden sollen. Er befahl die Söldner, die 1978 auf den Komoren landeten und dort den Präsidenten der Republik ermordeten.

Zweierlei Recht

Die britischen Ölkonzerne Shell und British Petroleum lieferten 10 Jahre lang unter Mißachtung der UNO-Sanktionen Erdöl an die rassistischen Behörden Rhodesiens. 1978 leitete die Labourregierung deswegen eine Untersuchung ein. Als aber die Tories zur Macht kamen, wurden die Anschuldigungen niedergeschlagen. Der Generalstaatsanwalt, der Tory Michael Havers, rechtfertigte das in seinem Bericht über die Untersuchungsergebnisse mit „unzureichenden Details“. Um genug zusammenzubekommen, mußte

man mindestens 14 000 Aktienstücke durcharbeiten, was mindestens noch 4 Jahre in Anspruch nähme. Zu allem Überfluß seien vieler in die Angelegenheit verwickelten Personen inzwischen gestorben oder in den Ruhestand getreten.

Da kommen Gangster nicht mit

In einer kalifornischen Bank überschrieb ein EDV-Operator fünf Jahre lang von Privatkonten regelmäßig ein paar Cent auf sein eigenes Konto. Als die Sache aufflog, hatte er schon 100 000 Dollar beisammen. Der „Newsweek“ zufolge ist so etwas in den USA schon etwas Alltägliches. Die jährlichen Verluste durch Veruntreuungen mit Hilfe von Computern werden von Experten auf mindestens 100 Mio Dollar geschätzt, das sind viel mehr als der Wert der Beute bei Raubüberfällen.

Aufgabe für ABC-Schützen



Vor einiger Zeit ersetzten die BRD-Behörden einen Teil der Stipendien durch Darlehen, die nach Abschluß des Studiums getilgt werden müssen. Mit der Eintreibung befaßten sich 170 Beamte. Sie brachten 7,3 Mio DM zusammen, ihre Gehälter aber beliefen sich auf 6,5 Mio. Jetzt beantragt das Innenministerium die

Einstellung weiterer 33 Beamter. Die Gehälter aller 203 werden jährlich mindestens 8,3 Mio DM ausmachen. Lohnt das Ganze überhaupt noch?

Erwünschte Steuern



In der Schweiz fordern die Pornohändler und die Herausgeber entsprechender Schriften, daß ihre Erzeugnisse besteuert werden. Jetzt veranstaltet die Polizei nämlich ziemlich regelmäßig Razzien in den einschlägigen Unternehmen und beschlagnahmt die besonders anrühige „Ware“, wodurch die Inhaber Verluste erleiden. Diese Herren meinen, eine Steuer werde ihre Branche legalisieren, und dann würden die Razzien aufhören.

Eher das Leben als die Börse

Robert Truax, ein unbeschäftigter amerikanischer Raketenbauer, hat annonciert, wer Sensationen liebt, könne mit einer von ihm aus ausgerüsteten Baugruppen und Bestandteilen zusammengebastelten X-17-Einmannrakete 80 000 m hoch in den Kosmos fliegen. Sie werde mit einem Fallschirm auf dem Pazifik niedergehen und dort von einem Motorboot aufgefischt werden. Der Spaß soll 100 000 Dollar kosten. Zwei Vergnügungssüchtige haben sich schon gemeldet, aber nur eine Anzahlung gemacht. Truax klagt: „Es sieht so aus, als ob die Leute lieber ihr Leben riskieren, als ihr Geld aufs Spiel zu setzen.“

Wo ist Osten?

Bei den kürzlichen österreichischen Manövern wur-

de ein „Ostspion“ gestellt und festgenommen, der allerdings Kurt Schilling heißt. Vor Gericht ergab es sich, wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, daß er ein Oberleutnant a. D. des schweizerischen Geheimdienstes ist und von dem schweizerischen General Bachmann mit bestimmten Aufträgen zu den Manövern geschickt worden war. Eine schöne Blamage.

Hinter 50 Schlössern



Der Ex-Beatle John Lennon hängte, als er genug verdient hatte, die Singerei an den Nagel und ließ sich in New York nieder. Die größte Sorge dieses Millionärs ist jetzt die Sicherheit seines Vermögens. An seiner Haustür hat er 50 Schlösser angebracht. Außerdem schickte er, um sich bei der Polizei beliebt zu machen, einen Scheck über 1000 Dollar an den Wohltätigkeitsverein für Polizisten zur Anschaffung kugelsicherer Westen. Lennon erwartet natürlich, daß sich die Polizei revanchieren wird.

Lebe wohl, du schöner Wald!

In den USA hat ein mit Holzgas betriebener PKW erfolgreich eine achttägige Testfahrt von Küste zu Küste gemacht und dafür, wie seine Urheber angeben, „nur“ einen großen Baum verbraucht. Das Benzinproblem scheinen sie damit gelöst zu haben. Wenn sich ihr Wagen aber groß einführen sollte, dann werden die Wälder der USA gewiß nicht lange reichen.

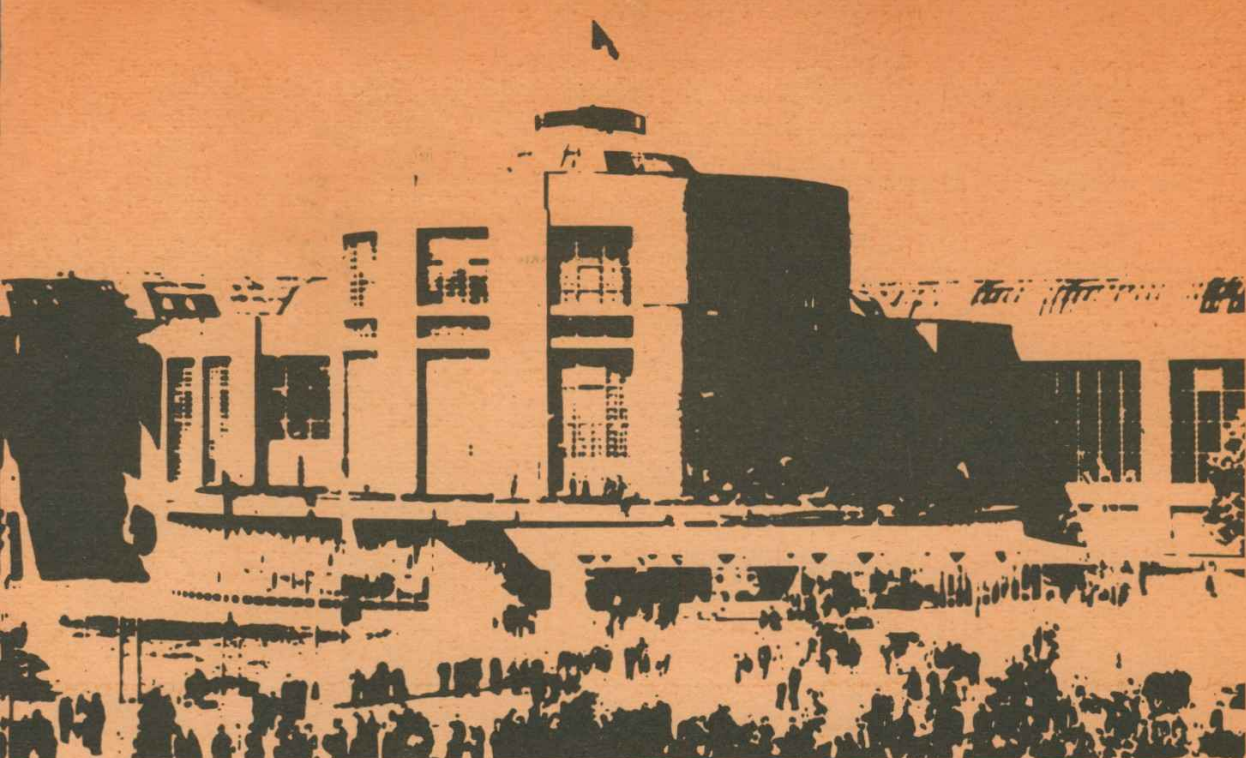
Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ



VERTRAGSABSCHLÜSSE

ERZEUGNISSE

INFORMATIONEN

finden

Sie auf den von **BVV**,
dem Messe-

und Ausstellungs-

unternehmen **Brno**,

im Jahre 1980

veranstalteten Messen

und Ausstellungen

BRNO—

Ausstellungsgelände—

Tschechoslowakei

SALIMA-80

internationaler Nahrungsmittelsalon

20.—27.2.

INTERNATIONALE KONSUMGÜTERMESSE

16.—22.4.

AUTOPROGRESS

internationale Ausstellung der
Automobiltechnik

FOND-EX

internationale Ausstellung der
Gießereitechnik

WELDING

internationale Ausstellung der
Schweißtechnik

ROBOT

internationale Ausstellung von
Industrierobotern

MONTEX

internationale Ausstellung von
Montageausrüstungen

28.6.—4.7.

**INTERNATIONALE AUSSTELLUNG VON
HUNDEN**

12.—13.7.

INTERNATIONALE MASCHINENBAUMESSE

10.—18.9.

INVEX

internationale Ausstellung von Erfindungen
und technischen Neuheiten

23.—29.10.

Terminänderungen vorbehalten!

Alle Informationen bei: **BVV**, Messe- und Ausstellungsunternehmen
BRNO Vystaviště 1, 60200

Brno, CSSR

Telefon: 314; Telex: 062294, 062295; Telegraf: FAIRBRNO



Im Objektiv: WARSCHAU

Die Nike,
zum Gedenken
an die Helden
Warschaus



Ihren ersten Bombenangriff erlebte die polnische Hauptstadt, noch bevor die Welt vom Beginn des zweiten Weltkrieges erfuhr. Die vielen Gedenktafeln an den Stellen, wo das Blut der Warschauer vergossen wurde, mahnen an den Alpdruck der faschistischen Okkupation. Hitler hatte sich vorgenommen, die Stadt, die sich ihm nicht unterordnen wollte, auszuradieren.

Vor 35 Jahren, am 17. Januar 1945, brachten die Soldaten der Sowjetarmee, mit denen die Soldaten der Polnischen Volksarmee Schulter an Schulter kämpften, Warschau die Rettung. Dank der selbstlosen Arbeit ist



An einem sonnigen Tag

Das berühmte
Stare Miasto



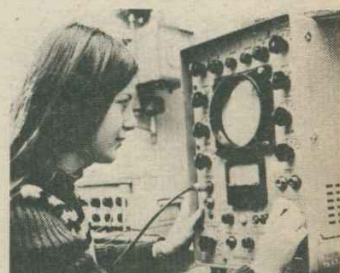
Die Lazienkowska,
eine neue
Verkehrsader
der Hauptstadt

die Stadt aus den Ruinen aufstanden. Schon längst sind alle Wunden vernarbt, aber Warschau ehrt das Andenken der Menschen, die sich den Okkupanten nicht gebeugt, die Stadt vor der Vernichtung gerettet und alles getan hatten, damit Warschau weiterlebt.

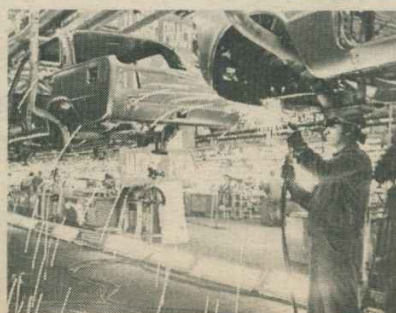
Ecke Marszałkowska
und Jerozolimskie-Alleen

Denkmal
für Pioniersoldaten
an der Wisa

Unterricht
in der Hochschule
für Präzisionsmechanik



Sie wurden
im neuen
Warschau
geboren



In einem
Autowerk

Fotos: TASS, CAF
und Interpress